

**Kinderkommission  
des Bayerischen Landtags**

**Abschlussbericht**

**2. Juli 2013**

**Inhaltsverzeichnis**

**Seite**

<b>1. Auftrag</b> .....	2
1.1. Antrag	
1.2. Einsetzung einer Kinderkommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag	
<b>2. Zusammensetzung</b> .....	2
2.1. Mitglieder und Stellvertreterinnen	
2.2. Vorsitz und stellvertretender Vorsitz	
2.3. Mitarbeiter und Beauftragte	
<b>3. Themenschwerpunkte – Arbeitsprogramm</b> .....	3
3.1. Frühkindliche Bildung	
3.2. Kinder und Jugendhilfe / Kinder und Gewalt	
3.3. Kinder und Mobilität	
3.4. Kinderarmut	
3.5. Kinder und Medien	
3.6. UN-Kinderrechtskonvention	
3.7. Schulische Bildung von Kindern	
3.8. Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern	
3.9. Kinder und Alltag	
3.10. Kinder und Ernährung / Verbraucherschutz	
3.11. Kinder und Flucht / Integration	
3.12. Vernachlässigung und soziale Ausgrenzung	
3.13. Kinder und Behinderung / Inklusion	
3.14. Kinder und Kultur	
3.15. Kinder und Sport	
<b>4. Beratungsverlauf</b> .....	9
<b>5. Verzeichnis der Initiativen und Empfehlungen der Kinderkommission</b> .....	12
<b>6. Verzeichnis der überwiegend öffentlichen Anhörungen und Expertengespräche</b> .....	13
<b>7. Verzeichnis der Informationsgespräche in den Sitzungen der Kinderkommission</b> .....	13
<b>8. Auswärtige Informationsbesuche und Informationsgespräche</b> .....	15
<b>9. Verzeichnis der Delegationsreisen</b> .....	15
<b>10. Verzeichnis der Veranstaltungen und Aktionen</b> .....	16
<b>11. Verzeichnis der Pressemitteilungen, Presseinformationen und Meldungen</b> .....	16
<b>12. Tätigkeitsberichte</b> .....	17
<b>13. Resümee</b> .....	18
Anlage 1 Einsetzungsbeschluss des Bayerischen Landtags vom 18.06.2009 .....	19
Anlage 2 Beschluss der Geschäftsordnung der Kinderkommission vom 10.12.2009, geändert am 28.09.2011 .....	20
Anlage 3 Beschluss zum Thema „Frühe Hilfen“ vom 25.03.2010 .....	26
Anlage 4 Beschluss des Arbeitsprogramms der Kinderkommission für die 16. Wahlperiode vom 20.04.2010 .....	27
Anlage 5 Beschluss zum Thema „Inklusion an Schulen“ vom 03.02.2011 .....	58
Anlage 6 Beschluss Thema „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ vom 24.03.2011 .....	59
Anlage 7 Beschluss zum Thema „Eltern-Kind-Entfremdung“ vom 17.05.2011 .....	60
Anlage 8 Beschluss zum Thema „Familienpflege“ vom 15.07.2011 .....	61
Anlage 9 Beschluss der Änderung der Geschäftsordnung der Kinderkommission vom 28.09.2011 .....	62
Anlage 10 Beschluss zum Thema „Asylbewerberkinder und Leistungen nach dem Teilhabepaket“ vom 01.12.2011 .....	68
Anlage 11 Beschluss zum Thema „Trennung von Flüchtlingsgeschwistern“ vom 21.06.2012 .....	69
Anlage 12 Beschluss zum Thema „Pädagogisches Kochen an Schulen“ vom 05.07.2012 .....	70
Anlage 13 Beschluss zum Thema „Kinder im Internet: Kompetent und geschützt“ vom 15.11.2012 .....	71
Anlage 14 Beschluss zum Thema „Besteuerung von Schülern“ vom 15.11.2012 .....	73
Anlage 15 Beschluss zum Thema „Kein Sexueller Missbrauch von Kindern“ vom 16.05.2013 .....	74
Anlage 16 Beschluss zum Thema „Essstörungen“ vom 13.06.2013 .....	75
Anlage 17 Tätigkeitsbericht über den 1. Turnus .....	76
Anlage 18 Tätigkeitsbericht über den 2. Turnus .....	82
Anlage 19 Tätigkeitsbericht über den 3. Turnus .....	92
Anlage 20 Tätigkeitsbericht über den 4. Turnus .....	100
Anlage 21 Tätigkeitsbericht über den 5. Turnus .....	134

**1. Auftrag****1.1 Antrag**

In der 16. Legislaturperiode haben Vertreter der SPD-Fraktion am 19.02.2009 einen Antrag auf „**Einrichtung einer Kinderkommission im Landtag**“ gestellt (Drs. 16/742).

Am 11.03.2009 reichten Abgeordnete der CSU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion einen Antrag auf „**Einsetzung einer Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag**“ ein (Drs. 16/905).

Beide Anträge waren am 14.05.2009 Gegenstand einer Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz. Mitberatend waren der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit sowie der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport eingebunden.

Die befürwortende Beschlussempfehlung und der Bericht datieren vom 28.05.2013 (Drs. 16/1488)

**1.2. Einsetzung einer Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag**

Der Bayerische Landtag hat in seiner Plenarsitzung vom 18.06.2009 die Einsetzung einer Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag beschlossen (Drs. 16/1562)

Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

*Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:*

*Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Renate Will, Julika Sandt, Dr. Annette Bulfon und Fraktion (FDP)*

*Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Karl Freller Joachim Unterländer und Fraktion (CSU)*

*Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Maget und Fraktion (SPD)*

*Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Claudia Jung und Fraktion (FW)*

*Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Claudia Stamm, Theresa Schopper, Renate Ackermann, Maria Scharfenberg, Christine Stahl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Drs. 16/905, 16/1488

*Einsetzung einer Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag*

1. *Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit setzt im Landtag eine Kinderkommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder als eigenen Unterausschuss ein.*

2. *Die Kinderkommission besteht aus einem Mitglied jeder Fraktion sowie einer entsprechenden Zahl von Stellvertreterinnen und Stellvertretern, die jeweils ordentliches*

*Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit sein sollen. Diese werden von den Fraktionen benannt. In begründeten Ausnahmefällen kann von der Mitgliedschaft im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit abgewichen werden.*

3. *Der Vorsitz und die damit verbundene Sprecherinnen- bzw. Sprecherfunktion wechseln zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Der Turnus des Wechsels wird in der ersten Sitzung der Kinderkommission festgelegt. Pro Legislaturperiode erhält jede Fraktion mindestens einmal gleichlang den Vorsitz.*

4. *Beschlussfähigkeit besteht nur bei Anwesenheit aller stimmberechtigter Mitglieder.*

5. *Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen und öffentliche Äußerungen der Kinderkommission bedürfen der Einstimmigkeit. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit ist darüber zeitnah zu informieren.*

6. *Anlässlich eines jeden Wechsels des Vorsitzes legt die Kinderkommission dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit einen Tätigkeitsbericht vor.*

7. *Öffentliche Anhörungen sowie Reisen der Kinderkommission sind im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit durchzuführen.*

8. *Alle Ausgaben, beispielsweise für die Arbeitskräfte im Sekretariat der Kinderkommission, Reisekosten der Experten etc., werden über das Budget des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit abgewickelt.*

[Anlage 1]

**2. Zusammensetzung**

Die nachfolgend genannten Mitglieder des Bayerischen Landtags wurden von den Fraktionen als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder benannt:

**2.1. Mitglieder**

Dettenhöfer Petra,  
CSU

Dr. Strohmayr Simone,  
SPD

Gottstein Eva,  
FREIE WÄHLER

Stamm Claudia,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Meyer Brigitte,  
FDP

**Stellvertretende Mitglieder**

Sem Reserl,  
CSU

Stachowitz Diana,  
SPD

Schweiger Tanja,  
FREIE WÄHLER

Ackermann Renate,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sandt Julika,  
FDP

**2.2. Vorsitz und stellvertretender Vorsitz**

Die Mitglieder der Kinderkommission haben sich am

10. Dezember 2009 eine Geschäftsordnung gegeben, geändert am 28.09.2011, die u.a. den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz regelt.

[Anlage 2]

Im § 2 der Geschäftsordnung heißt es hierzu:

- (1) Der Vorsitz und die damit verbundene Sprecherinnen- bzw. Sprecherfunktion wechseln zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Der stellvertretende Vorsitz wechselt nach dem in der Anlage 1 genannten Schema.
- (2) Der Turnus des Wechsels des Vorsitzes und des stellvertretenden Vorsitzes ist Anlage 2 zu entnehmen. Pro Legislaturperiode erhält jede Fraktion mindestens einmal gleich lang den Vorsitz.

### 2.3 Mitarbeiter und Beauftragte

Die Arbeit der Kommission wurde durch folgende Mitarbeiter/innen der Fraktionen und eines Bürgerbüros unterstützt:

- Zunächst Dr. Heike Jung, später Markus Winter, CSU-Fraktion
- Sandra Lepper, Mitarbeiterin im Bürgerbüro von Frau Dr. Strohmayer, SPD
- Ute Späth, FREIE WÄHLER
- Thomas Kohl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Sonja Meyer, FDP

Von Seiten des Landtagsamts wurde die Kinderkommission zunächst von Monika Zschau, der damaligen Büroleiterin des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit, mitbetreut. Seit September 2011 steht hierfür Dagmar Feldmann in Teilzeitbeschäftigung zur Verfügung.

Als Vertreter der Staatsregierung nahmen regelmäßig Beamte des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen teil. Zu bestimmten Themen waren auch Beamte der weiteren Ressorts anwesend, insbesondere des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit.

### 3. Themenschwerpunkte – Arbeitsprogramm

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags hat sich folgende Themenschwerpunkte gesetzt:

<b>Themen</b>	<b>wahrgenommen durch</b>
- Frühkindliche Bildung	MdL Petra Dettenhöfer
- Kinder und Jugendhilfe / Kinder und Gewalt	MdL Petra Dettenhöfer
- Kinder und Mobilität	MdL Petra Dettenhöfer
- Kinderarmut	MdL Dr. Simone Strohmayer
- Kinder und Medien	MdL Dr. Simone Strohmayer
- UN-Kinderrechtskonvention	MdL Dr. Simone Strohmayer
- Schulische Bildung	MdL Eva Gottstein
- Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern	MdL Eva Gottstein

- Kinder und Alltag	MdL Eva Gottstein
- Kinder und Ernährung / Verbraucherschutz	MdL Claudia Stamm
- Kinder und Flucht / Integration	MdL Claudia Stamm
- Vernachlässigung von Kindern und soziale Ausgrenzung	MdL Claudia Stamm
- Kinder und Behinderung / Inklusion	MdL Brigitte Meyer
- Kinder und Kultur	MdL Brigitte Meyer
- Kinder und Gesundheit/ Sport	MdL Brigitte Meyer

### 3.1. Frühkindliche Bildung

#### Verantwortlich: MdL Petra Dettenhöfer

Der Grundstein der frühkindlichen Bildung und Erziehung wird im Elternhaus gelegt. Entwicklungs- und Bildungschancen sind eng mit der Förderung durch die Eltern verbunden. In der Familie werden die entscheidenden Weichen für die soziale, persönliche und emotionale Entwicklung des Kindes und damit für seinen Bildungserfolg und seine künftigen Chancen im Leben gestellt. Der Großteil der Eltern ist sehr bemüht, das Beste für ihre Kinder zu erreichen. Deshalb gilt es in erster Linie die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken. Familienstützpunkte, Mütterzentren, Erziehungsberatungsstellen oder das Hebammenprojekt Maja sind wichtige Begleiter, um Mütter und Väter bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen.

Kindertageseinrichtungen leisten mit ihrer hochwertigen pädagogischen Arbeit einen wertvollen Beitrag zur frühkindlichen Bildung unserer Kinder – sie unterstützen und ergänzen die Eltern. Besonderes Augenmerk ist in diesem Zusammenhang auf die Qualitätsstandards zu legen. Der Anstellungsschlüssel sollte weiter verbessert werden. Tagespflege als Alternative muss für die Eltern bezahlbar sein. Für Kinder unter 3 Jahren ist der bedarfsgerechte Ausbau der Plätze in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiger Baustein. Der Situation von Alleinerziehenden und ihren besonderen Bedürfnissen sollte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da sie ihrer Familienverantwortung unter erschwerten Bedingungen gerecht werden müssen.

Für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus einem schwierigen sozialen Umfeld kann die frühzeitige Inanspruchnahme staatlicher Einrichtungen helfen, grundlegende Kompetenzen für den späteren Erfolg in Schule, Beruf und gesellschaftlichem Leben rechtzeitig zu erwerben. Kindertageseinrichtungen tragen so auch zu mehr Chancengerechtigkeit bei. Dafür bedarf es insbesondere einer gezielten Sprachförderung für Migrantenkinder, aber auch für Kinder ohne Migrationshintergrund, die aber in ihrer Sprachentwicklung verzögert sind.

Um die Kinder beim Übergang von Kindergarten und Grundschule zu begleiten bedarf es ferner der engen Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule.

Die Kinderkommission wird sich daher

- durch einen Besuch beim Staatsinstitut für Frühpädagogik über den gegenwärtigen Stand der Bildungsforschung im frühkindlichen Bereich informieren,
- sich vor Ort ein Bild über das Modellprojekt Kindergärten der Zukunft KIDZ machen und Anregungen erarbeiten, wie die Erkenntnisse aus diesem Projekt für alle Kindertageseinrichtungen umgesetzt werden können,
- mit einem Besuch bei einer Fachakademie für Sozialpädagogik den gegenwärtigen Stand der Erzieherinnen-ausbildung sowie Möglichkeiten der Weiterentwicklung eruieren.

### 3.2. Kinder und Jugendhilfe / Kinder und Gewalt

**Verantwortlich: MdL Petra Dettenhöfer**

Es ist eine Aufgabe allerersten Ranges, Kinder bestmöglich vor Gefährdungen zu schützen. Diese Aufgabe setzt nicht erst im konkreten Gefährdungsfall ein. Vielmehr gilt es Gefährdungen präventiv entgegenzuwirken.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für den Freistaat Bayern 2008 weist 1.385 Kinder als Opfer von Gewaltstraftaten aus. In ca. der Hälfte der Fälle kannte das Kind den Täter oder war sogar mit ihm verwandt. Diese Zahlen spiegeln allerdings nur die Spitze des Eisberges wider. Es gilt weit unterhalb der Schwelle zur Strafbarkeit Kinder vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen. So bedeutet etwa gewaltfreie Erziehung weitaus mehr, als Kinder nicht mehr zu schlagen. In den Blick zu nehmen ist dabei nicht nur die Anwendung von körperlicher Gewalt, sondern auch von psychischer Gewalt. Auch Gewalttätigkeiten bei Kindern untereinander sowie zunehmend gegen sich selbst gerichtete Gewalt von Kindern stellen gravierende Problemfelder dar.

Ein zentraler Akteur zum Schutz der Kinder vor Gefährdungen ist die Kinder- und Jugendhilfe. Mit ihren beratenden, unterstützenden und fördernden Angeboten für junge Menschen und ihre Familien tragen sie insbesondere präventiv dazu bei, im persönlichen Nahfeld von Kindern Gefährdungspotentiale abzubauen. Beispielhaft für diese Angebotspalette sind hier die Kindertageseinrichtungen als Partner der Eltern bei der Bildung und Erziehung ihrer Kinder, die Erziehungs-, Eltern- und Familienberatungsstellen, die die elterlichen Kompetenzen bei der Förderung ihrer Kinder verbessern. Wen sich jedoch Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung ergeben, die die Eltern nicht abwenden können oder wollen, muss das Jugendamt aufgrund seines staatlichen Schutzauftrags intervenieren.

Die Kinder- und Jugendhilfe bedarf jedoch der guten Vernetzung mit vielen weiteren Institutionen, damit Kinderschutz gelingen kann. Hierzu gehören neben dem Jugendamt und den Akteuren der Jugendhilfe insbesondere auch die Justiz und Polizei, die Schule sowie das Gesundheitsamt.

Die Kinderkommission wird sich daher

- vor Ort über die Arbeit einer koordinierenden Kinderschutzzstelle sowie das Bayerische Kinderschutzkonzept informieren und
- zusammen mit Praktikern aus Jugendhilfe, Polizei und

Justiz über die Entwicklung der Gewalt an Kindern und Lösungsmöglichkeiten beraten.

### 3.3. Kinder und Mobilität

**Verantwortlich: MdL Petra Dettenhöfer**

Wir leben in einer Zeit weiter wachsenden Individualverkehrs und der Beschleunigung. Kinder haben einen natürlichen Drang zur Bewegung. Bewegung dient ihnen nicht nur zur körperlichen Ertüchtigung, sondern auch zum Entdecken und Begreifen ihrer Welt. Bewegung und Lernen gehören bei Kindern untrennbar zusammen. Ihre Teilnahme am öffentlichen Verkehr ist zwangsläufige Folge, birgt jedoch auch Gefahren, vor denen wir Kinder bestmöglich schützen müssen.

Ziel muss es daher ein, Kinder altersgemäß zur Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr zu befähigen und ihnen verkehrsgeschützte Freiräume zu schaffen. Hierzu ist es erforderlich, dass weiterhin Verkehrserziehung schon im Kindergarten und anschließend in der Grundschule regelmäßig durchgeführt und die Teilnahme am Straßenverkehr als Fußgänger oder auch Radfahrer praktisch eingeübt wird.

Neben den Kindertageseinrichtungen und den Schulen sind in erster Linie die Eltern bei der Sicherung ihrer Kinder vor den Gefahren im Straßenverkehr gefordert. Hierzu gehören gemeinsam zurückgelegte Gänge oder Fahrradtouren von Eltern und ihren Kindern, bei denen die Eltern die Kinder für Gefahren sensibilisieren, unabdingbar dazu. Welche Vorkehrungen für die Mitnahme von Kindern im Auto je nach Alter des Kindes zu treffen sind, könnte allen Erwachsenen dadurch vermittelt werden, dass dieses Thema in den Schulunterricht integriert wird.

Zur Sicherheit von Kindern im Individualverkehr ist es ferner notwendig, dass Verkehrsmittel kindersicher ausgestattet werden. Dies betrifft insbesondere die Sicherheit der Schulbusse: Sie sind für die Verkehrssicherheit von Schulkindern bei Überlandwegen oder in verkehrsdichten Städten unverzichtbar, müssen dann aber auch durch gesicherte Haltestellen und bei jüngeren Kindern durch Begleitpersonen selbst sicher ausgestaltet werden. Notwendig ist zudem eine strenge Überprüfungen von Kindersitzen. Auch in Flugzeugen sollten vorgehaltene Kindersitze selbstverständlich sein.

Konkret wird sich die Kinderkommission

- über die Angebote des ADAC für Kinder und deren Sicherheit im Straßenverkehr informieren und
- schriftlich bei der Deutschen Bahn dafür einsetzen, dass ihr Service-Programm „Kids on tour“ auch auf Streckenverbindungen nach bayerischen Städten ausgeweitet wird.

### 3.4. Kinderarmut

**Verantwortlich: MdL Dr. Simone Strohmayr**

Eine Klassenfahrt, gemeinschaftliches Kicken im Fußballverein oder auch die angesagte Markenjeans: All dies ist für viele Kinder und Jugendliche unerreichbar – auch in einem so reichen Land wie Bayern. Nach Auskunft der Wohlfahrtsverbände leben dort etwa 140 000 Kinder unter 15 Jahren in Haushalten, die Hartz IV empfangen. Fast jedes sechste



Kind im Freistaat wird von einem alleinerziehenden Elternteil versorgt - und ist somit einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Neben Alleinerziehendenhaushalten stellen ausländische sowie kinderreiche Familien Gruppen dar, in denen der Anteil armer Kinder besonders hoch ist. Von den mit Abstand höchsten Kinderarmutsrisikoquoten sind jedoch Familien betroffen, in denen kein Elternteil einer Erwerbsarbeit nachgeht und/oder die in den Regelungsbereich des SGB II fallen.

Es muss daher Anliegen des Bayerischen Landtags sein, nach effektiven Wegen zu suchen, um Kinder aus der Armut herauszuholen. Die Kinderkommission wird daher Möglichkeiten ausloten, um

- über monetäre Leistungen tatsächlich eine spürbare Einkommensverbesserung in den Familien zu bewirken. Hierbei soll auch der Einsatz von Sach- und Dienstleistungen geprüft werden;
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranzutreiben und damit die Erwerbsbeteiligung der Eltern, insbesondere der Alleinerziehenden, zu fördern;
- um Menschen mit Migrationshintergrund eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu verschaffen,
- die Bildungsarmut zu bekämpfen, da sie mit der materiellen Armut sehr häufig korreliert.

### 3.5. Kinder und Medien

**Verantwortlich: MdL Dr. Simone Strohmayr**

Kinder und Jugendliche wachsen heute mit allen Medien auf. Längst haben moderne Informations- und Kommunikationstechnologien in Kita und Schule Einzug gehalten, sie sind wesentlicher Bestandteil in Ausbildung und Beruf, kaum einer möchte im Alltag auf sie verzichten.

Medien können jedoch bei übermäßigem und unsachgemäßem Konsum viele negative Auswirkungen auf die Gesundheit insbesondere von Kindern und Jugendlichen nach sich ziehen. Untersuchungen haben ergeben, dass Kinder, die besonders viel Zeit beispielsweise mit dem Handy, vor dem Fernseher oder im Internet verbringen, ein erhöhtes Risiko für auffällige Verhaltensweisen, wie Aufmerksamkeitsstörungen, Alkohol- und Drogenkonsum, Fettleibigkeit, schlechte Schulnoten und Rauchen, aufweisen.

Dabei sollte man bedenken: Alles, was wir lesen oder hören, kann auf einer unbewussten Ebene unsere Einstellungen mehr oder weniger stark beeinflussen. Das gilt für Kinder ebenso wie für Erwachsene. Kinder gelten jedoch als weitaus empfänglicher. Der Medienmanipulation ist also Tür und Tor geöffnet, wenn keine Maßnahmen zum Schutze der Kinder und Jugendlichen getroffen werden.

Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass Kontrollinstanzen wie die KJM, FSM oder die USK die Eltern zwar von der Aufgabe entlasten, einzelne Spiele oder Internetseiten auf ihre Jugendeignung hin zu beurteilen. Auch können technische Sicherheitsvorkehrungen wie Webfilter, die den Zugriff auf unerwünschte Inhalte im Netz verhindern, behilflich sein. Die absolute Sicherheit per Label und per Knopfdruck gibt es allerdings nicht. Sol-

che Maßnahmen können nie Ersatz für die elterliche Aufmerksamkeit sein und selbst diese stößt an ihre Grenzen, da der Nachwuchs niemals lückenlos im Alltag begleitet werden kann.

Es gibt also deutlich mehr zu tun, damit der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren der Medien gelingen kann. Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird daher

- die Missstände näher beleuchten und nach Möglichkeiten suchen, wie dem entgegengetreten werden kann
- das Ziel verfolgen, die Medienkompetenz der Kinder und Jugendliche zu stärken, damit dieser Personenkreis selbst die Gefahren der Medien einzuschätzen lernt und dementsprechend handeln kann.

### 3.6. UN-Kinderrechtskonvention

**Verantwortlich: MdL Dr. Simone Strohmayr**

In Deutschland sind Kinder und Jugendliche seit Inkrafttreten des Grundgesetzes selbstverständlich ebenso wie Erwachsene Träger der Menschenrechte. Darüber hinaus gibt es aber Bestrebungen, die Rechte und das Selbstbewusstsein von Kindern und Jugendlichen in besonderem Maße zu stärken, insbesondere seitdem sich die Vereinten Nationen 1989 auf eigene Rechte von Kindern und Jugendlichen geeinigt und in der Folge eine Kinderrechtskonvention ins Leben gerufen haben. Die Bundesrepublik Deutschland hat das 54. Artikel umfassende Dokument unterschrieben und sich damit verpflichtet, diese Rechte für alle Kinder in Deutschland Lebenswirklichkeit werden zu lassen. Ob diese Verpflichtung eine Änderung des Grundgesetzes erfordert oder ob anderen Maßnahmen der Vorzug gegeben werden soll – auch dieser Frage will die Kinderkommission nachgehen.

Jedoch tat die damalige Bundesregierung dies unter Vorbehalt, insbesondere was Flüchtlingskinder betrifft. Die UN-Kinderrechte gelten für sie in Deutschland und damit auch im Freistaat Bayern bislang mit dieser Maßgabe. So haben z. B. junge Menschen, die vor Krieg und Gewalt aus anderen Ländern flüchten, nicht automatisch die gleichen Rechte wie diejenigen, die hier geboren sind. Kinderschutz- und Menschenrechtsorganisationen betrachten dies als einen Skandal.

Zudem hat die Bundesregierung ihren beim UN-Ausschuss für die Rechte der Kinder in Genf bis zum 4. April 2009 abzugebenden Bericht zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention noch nicht abgegeben.

Die UN-Kinderrechtskonvention existiert nun schon seit mehr als 20 Jahren. Trotzdem ist die Bundesrepublik nach wie vor kein in jeder Hinsicht kinderfreundliches Land. Bund, Länder und Kommunen müssen daher mehr als bisher Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen.

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird sich daher

- für ein kinderfreundliches Bayern einsetzen,
  - die Aufklärung der Kinder und Jugendlichen vorantreiben.
- Denn: Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch einfordern.

### 3.7. Schulische Bildung von Kindern

**Verantwortlich: MdL Eva Gottstein**

Bildung ist die entscheidende Ressource für die Zukunft unserer Kinder und damit unserer Gesellschaft. Die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems ist eine der größten Herausforderungen für unsere Politik. Hervorzuheben ist besonders die Chancengleichheit in unserem Bildungssystem. Denn allen Kindern soll, unabhängig von Alter, sozialer Herkunft und Migrationshintergrund die bestmögliche Bildung angeboten werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten heran zu reifen, ihnen Werte unseres Gemeinwesens zu vermitteln und sie auf das Leben in der Gesellschaft vorzubereiten, in der sie gerne Verantwortung für sich und andere übernehmen können.

Daher setzt sich die Kinderkommission dafür ein

- im schulischen Bereich die Bildungsmöglichkeiten der Kinder weiter zu verbessern
- die öffentliche und politische Debatte zu verstärken, um spezifische Gesichtspunkte in diesem Bereich zu ergänzen
- zu beobachten, inwieweit Bildungssysteme anderer Staaten für Bayern bereichernd sein können

### 3.8. Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern

**Verantwortlich: MdL Eva Gottstein**

Junge Menschen in Bayern interessieren sich immer weniger für Politik und ihre Gremien. Bei der letzten Kommunalwahl im März 2008 – die Wahlbeteiligung hatte ohnehin ein historisches Tief von 59,5 Prozent erreicht – gingen weniger als die Hälfte der Berechtigten im Alter von 18 bis 25 Jahren an die Urnen.

Um dem entgegen zu wirken, sollten schon im Kindesalter die Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden, damit sie zu verantwortungsbewussten engagierten Mitgliedern unserer demokratischen Gesellschaft heranwachsen können.

Die Kinderkommission braucht nicht zuletzt Unterstützung durch Kinder und Jugendliche, die selbst für ihre Interessen eintreten, aktiv ihre Umwelt mitgestalten wollen.

Daher setzt sich die Kinderkommission ein für

- die Stärkung der Teilhabe-Rechte von Kindern in deren unmittelbarer Umgebung (Kinder- und Jugendparlamente).
- altersangepasste Mitwirkungsmöglichkeiten in allen Bereichen der Gesellschaft.
- die Förderung von außerschulischen Angeboten in der Jugendarbeit.
- einen Kindertag im Bayerischen Landtag.

### 3.9. Kinder und Alltag

**Verantwortlich: MdL Eva Gottstein**

Kinder sind in unserer Gesellschaft besonders schutzbedürftige Mitglieder. Sie erkunden jeden Tag aufs Neue ihre Umgebung. Es ist darum Aufgabe der Erwachsenen, dafür Sorge zu tragen, dass die Belange der Kinder stärker ins Bewusstsein unserer Gesellschaft treten.

Als Schwerpunkt des Bereiches „Kinder und Alltag“ haben sich die Mitglieder der Kinderkommission für das Thema „Kinderlärm“ ausgesprochen.

Kinder machen Lärm, und das ist das normalste der Welt, sie kommen ihrem natürlichen Spiel- und Bewegungsdrang nach. Doch leider ist immer wieder Kinderlärm Streitpunkt im Alltag und nicht zuletzt vor Gericht. Kinder brauchen Freiräume, um sich zu mündigen, sozialen und verantwortungsbewussten Mitgliedern unserer Gesellschaft zu entwickeln, Kinder sind unsere Zukunft.

Die Kinderkommission wird sich

- durch Sachverständigenanhörung ein umfassendes Bild verschaffen
- einsetzen für notwendige gesetzliche Änderungen auf Landes- und Bundesebene
- mitwirken, um einen echten Bewusstseinswandel für ein kinderfreundliches Bayern/ Deutschland zu ermöglichen

### 3.10. Kinder und Ernährung/ Verbraucherschutz

**Verantwortlich: MdL Claudia Stamm**

Die jüngsten Verbraucherinnen unserer Gesellschaft, nämlich Kinder und Jugendliche, benötigen besonderen Schutz und Aufmerksamkeit, um ihnen eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen. Das Recht auf gesunde Ernährung und unbedenklichen Spielzeug sind hierbei als wichtige Beispiele für Handlungsfelder der Politik zu nennen.

Gesunde und qualitativ hochwertige Ernährung ist eine wichtige Voraussetzung für Aktivität, Lebensqualität und Zufriedenheit bei Kindern und Jugendlichen während ihrer Entwicklung. Bewegungsmangel, ungünstige Essgewohnheiten, Essstörungen und mangelnder Bezug zu Qualität und Ursprung der Nahrung sind auch in Bayern mitverantwortlich für eine erschreckend hohe Zahl an dicken Kindern: So sind laut Schuleingangsuntersuchung 2008 8,8 % der ABC-Schützen übergewichtig, davon 3,4 % adipös.

Da ca. 40 % der übergewichtigen Kinder in ihrer weiteren Entwicklung auch dicke Erwachsene werden, entstehen hierdurch massive Kosten für das Gesundheitssystem. Bereits jetzt machen pro Jahr im deutschen Gesundheitssystem die Ausgaben ernährungsmitbedingter Krankheiten 30 % und damit ca. 80 Milliarden Euro aus. Diese Ausgaben wären durch präventive Aktionen und sensible Aufklärung über Ernährungsverhalten vermeidbar.

Die Kinderkommission wird sich auf der Basis des bestehenden Fachwissens mit den medizinischen, sozialen, kulturellen und finanziellen Aspekten schlechter Ernährung und Lebensweisen bei Kindern und Jugendlichen beschäftigen und hierzu Lösungsansätze erarbeiten.

Thematische Schwerpunkte hierbei sind in der verstärkten und verbesserten Aufklärung und Information von Eltern im Alltag und ErzieherInnen/ LehrerInnen in Bereuungseinrichtungen und Schulen über gesunde Ernährung und aktive Lebensweise mit mehr Bewegung zu setzen. Der Zusammenhang zwischen ungünstigen Ernährungs- und Lebensweisen und chronischen (z.B. Diabetes Typ 1) oder anderen Erkrankungen sowie möglichem psychischen Leiden in Folge (Depressionen bei Übergewicht, etc.) soll dabei hervorgehoben werden. Hierbei sollen insgesamt auch Lösungsansätze erar-

beitet werden, wie nichtdeutsche Eltern für das Thema sensibilisiert und darüber informiert werden können (bspw. bei mangelnden Kenntnissen der deutschen Sprache).

Darüber hinaus ist die Verbesserung der Ernährung in Gemeinschaftsverpflegungen ein wichtiges Ziel. Hierbei ist zu überprüfen, ob die bereits existierenden Projekte reichen oder ausgeweitet werden müssten. Auch die Sensibilität im Umgang mit Lebensmitteln und die Wertschätzung gesunder Produkte soll bei den Kindern und Jugendlichen durch Aktionen, wie bspw. gemeinsames Kochen, gestärkt werden.

Neben ungesunder Ernährung gefährden Giftstoffe in Spielwaren die Gesundheit der Kinder. Egal ob Schwermetalle, krebserregende Stoffe oder hormonähnliche Weichmacher; in Spielzeug sammeln sich katastrophale Mengen an Chemikalien, die die Kinder durch Berührung täglich aufnehmen.

So hat das BfR (Bundesinstitut für Risikobewertung) erst kurz vor Weihnachten wieder vor Chemikalien in Kinderspielzeug gewarnt und in diesem Zusammenhang auf die „steigende Zahl von Krebserkrankungen“ bei Kindern hingewiesen. Einer der besonders häufig verwendeten und giftigen Chemie-Cocktails darf laut EU-Spielzeugrichtlinie nur bis zu einer Konzentration von 100 Milligramm pro Kilogramm in Spielzeug vorhanden sein. „Schon in diesem Fall können Kinder bei einstündigem Hautkontakt ein Vielfaches dessen aufnehmen, was im Rauch von 40 Zigaretten am Tag enthalten ist“, warnt das BfR. Das Institut hält die gültige EU-Spielzeug-Richtlinie deshalb für völlig unzureichend. Grenzwerte werden hier in Hinblick auf Erwachsene festgelegt.

Durch eine Novellierung der EU-Spielzeugrichtlinie muss schleunigst ein umfassender Schutz der Kinder vor diesen Giften erreicht werden. Hierbei ist es auch Aufgabe der Länderregierungen, sich auf Bundesebene für eine solche umfassende Novellierung stark zu machen. Darüber hinaus muss durch die für Hersteller und Importeure verpflichtende Analyse und Siegelvergabe durch ein unabhängiges Prüfinstitut (wie beim GS-Siegel „Geprüfte Sicherheit“) die Unbedenklichkeit eines Spielzeugs für die Eltern klar und sicher erkennbar gemacht werden.

### **3.11. Kinder und Flucht / Integration** **Verantwortlich: MdL Claudia Stamm**

Für junge Neuzuwanderer, die zum Beispiel im Rahmen des Familiennachzugs nach Bayern kommen und zu alt für einen qualifizierenden Abschluss sind, gibt es häufig keine adäquaten Sprach- und Qualifizierungsmaßnahmen. Die Jugendmigrationsdienste sehen hier ein großes Defizit. Dies wirft die Frage auf, wie auch diesem Personenkreis eine Perspektive in unserer Gesellschaft eröffnet werden kann. Ein weiterer Themenschwerpunkt ist die Situation von Kindern, deren Eltern keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Diese Kinder leben in der Regel am Rand der Gesellschaft und sind ausgeschlossen von Bildung, Gesundheitsdiensten und Wohnraum, was sich extrem negativ auf die Sozialisation, auf Entwicklung und Teilhabemöglichkeiten der Kinder auswirkt.

Darüber hinaus ist auch die Situation von Jugendlichen mit prekärem Aufenthaltsstatus zu diskutieren. Es muss darüber nachgedacht werden, ob es auch für Kinder ohne Aufenthaltsstatus möglich sein sollte, in die Schule zu gehen und auf ihr Alter zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen zu erhalten, um beispielsweise den Hauptschulabschluss nachholen zu können.

Besonders betroffen von sozialer Ausgrenzung sind Kinder von Flüchtlingen. Dies beginnt bereits bei der Unterbringung und Versorgung der betroffenen Kinder in den Gemeinschaftsunterkünften, in denen sie häufig beengt und unterhalb der Armutsgrenze leben müssen und in denen häufig keine Räumlichkeiten für Spiele und Hausaufgaben zur Verfügung stehen. Die eingeschränkte medizinische Versorgung und der enorme psychische Druck wirken sich negativ auf die Entwicklung der Flüchtlingskinder aus. Gerade in der Freizeit sind sie aufgrund ihrer marginalisierten Situation von Gleichaltrigen isoliert. Besonderes Augenmerk ist in diesem Zusammenhang auf die besondere Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ab 16 zu richten. In diesem Zusammenhang stehen auch das 4-Stufen-Konzept – und insbesondere dessen praktische Umsetzung – sowie der deutsche Vorbehalt gegen die UN-Kinderrechtskonvention zur Debatte.

Auch bei Menschen mit Migrationshintergrund liegt die Armutsquote bei 25 Prozent. Ihr Einkommen liegt um 20 Prozent unter dem durchschnittlichen Nettoeinkommen und sie sind doppelt so häufig arbeitslos. Gleichzeitig gehören nicht EU-Ausländer überproportional häufig zu den kinderreichen Familien. Kinderreiche Paare mit drei oder mehr Kindern verfügen insgesamt über ein deutlich niedrigeres Einkommen als der Durchschnitt der Bevölkerung (ca. 15 %).

Kinder mit Migrationshintergrund haben durchschnittlich einen geringeren Bildungserfolg. 17 Prozent der Mädchen und 22 Prozent der Jungen mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne Abschluss. Damit sind sie auf dem regulären Arbeitsmarkt so gut wie chancenlos.

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird sich deshalb auch mit politischen Lösungsansätzen und –vorschlägen zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund auseinandersetzen. Hierzu gehören u.a. der Ausbau der frühen Sprachförderung in Kitas und Grundschulen, mehr individuelle Förderung der Schüler, die gezielte Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, die Einbeziehung der Eltern und die interkulturelle Fortbildung von ErzieherInnen und Lehrkräften.

### **3.12. Vernachlässigung und soziale Ausgrenzung** **Verantwortlich: MdL Claudia Stamm**

Die EU hat das Jahr 2010 in Übereinstimmung mit den Mitgliedsstaaten zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Vor diesem Hintergrund ist es so besonders wichtig, diese Schwerpunkte in der Kinderkommission zu setzen. Durch emotionale und physische Vernachlässigung, durch Gewalt und körperliche Strafen, werden Kinder stark in ihrem Wohlbefinden und



ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Gewalt wird als Modell der Konfliktbewältigung erlebt und selbst erfahrene Gewalt in der Kindheit steigert die künftige Gewaltbereitschaft der Betroffenen. In Bayern wurden im Jahr 2006 rund 15.000 Fälle von häuslicher Gewalt polizeilich registriert, wobei in jedem dritten betroffenen Haushalt Kinder lebten. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien sind besonders häufig von Gewalt, Vernachlässigung und sozialer Ausgrenzung betroffen. Kinder aus sozial schwachen Familien zeichnen sich durch einen schlechteren Gesundheitszustand und häufigere psychische Auffälligkeiten aus. Sie haben deutlich schlechtere schulische und berufliche Chancen. Oft fehlt es den Eltern an grundsätzlichen Kompetenzen zur Lebens- und Alltagsbewältigung. Diese Kinder und Familien brauchen deshalb eine zielgerichtete und nachhaltige Unterstützung. Eltern in schwierigen Lebenssituationen, minderjährige Eltern, alkohol- und suchtkranke Eltern sowie psychisch erkrankte Eltern brauchen zur Stärkung der Elternkompetenzen und bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung ein verlässliches Hilfe- und Unterstützungsangebot. Durch ein flächendeckendes System aufsuchender Früher Hilfen kann Vernachlässigung und soziale Ausgrenzung bereits in einem frühen Stadium erkannt und verhindert werden. Die Kinderkommission des bayerischen Landtags wird sich deshalb mit den organisatorischen und datenschutzrechtlichen Problemen bei der Implementierung niedrigschwelliger, aufsuchender sozialer Frühwarn- und Fördersysteme auseinandersetzen. Ein wichtiger präventiver Ansatz zur Stärkung der Erziehungsverantwortung ist die Förderung des Ausbaus der kommunalen Infrastruktur der Eltern- und Familienbildung und -beratung. Hier gilt es, das Angebot an Mütter- und Nachbarschaftszentren, Erziehungsberatungsstellen und Familienbildungsstätten weiter zu stärken und auszubauen. Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird sich intensiv mit der Auswertung der durch den Freistaat geförderten Modellprojekte Familienstützpunkte und Koordinierende Kinderschutzstellen beschäftigen. Eine dauerhafte finanzielle Absicherung und ein flächendeckender Ausbau dieser Angebote ist zu prüfen.

Neben der besseren Vernetzung der verschiedenen Akteure, geht es auch um eine Einbeziehung des Gesundheitswesens in die Präventions- und Hilfsarbeit, den Ausbau der kommunalen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, eine bessere Qualifizierung der handelnden Akteure und die Stärkung nachbarschaftlicher Strukturen um gesellschaftlicher Isolation vorzubeugen. Die Gewährleistung eines effektiven Kinderschutzes hat für die Kinderkommission des Bayerischen Landtags höchste Priorität.

### 3.13. Kinder und Behinderung / Inklusion

#### Verantwortlich: MdL Brigitte Meyer

Der in den letzten Jahren vollzogene Paradigmenwechsel, auch unterstützt von der UN-Konvention zum Schutz von Menschen mit Behinderung, von der Fürsorge und Versorgung hin zur gleichberechtigten Teilhabe, war ein sehr wichtiger und richtiger Schritt. Das vorrangige Ziel der bayerischen Behindertenpolitik ist es deshalb, schrittweise die volle Inklusion der Menschen mit Behinderung in Gesellschaft und Beruf zu verwirklichen. Doch zur Teilhabe von

Menschen mit Behinderung am Leben in der Gemeinschaft bereits vom Kindesalter an gehört auch die Möglichkeit Freizeit sinnvoll gestalten, Kontakte knüpfen und Neues kennenlernen zu können.

Inklusion darf aber nicht ein rein gesetzliches Konstrukt bleiben. Damit Kinder mit Behinderung wirklich in die Gemeinschaft aufgenommen werden, muss die Inklusion erst noch alle Köpfe der Menschen erreichen, denn dort findet der wichtigste Part der Inklusion statt: die Annahme eines jeden Menschen, unabhängig von einer Behinderung. Dieses Ziel ist leider noch nicht erreicht. Daher muss es Aufgabe der Politik sein, diesen Prozess unterstützend zu begleiten. Erste Schritte dahingehend werden mit Formen der inklusiven Schule und integrativen Kindergärten bereits unternommen. Ein gemeinsames Aufwachsen und füreinander da sein ist ein wichtiger Ansatzpunkt hierfür.

Die Zahl der Menschen mit Behinderung in Bayern hat auf Grund der guten medizinischen Möglichkeiten kontinuierlich die letzten Jahre zugenommen. Und auch die Entwicklungsprognosen fallen immer besser aus. Viele Menschen mit Behinderung können heute mehr Kompetenzen und Selbständigkeit erlangen, als dies noch vor einigen Jahren möglich war. Dies liegt sowohl an der medizinischen Versorgung als auch an den technischen Hilfsmitteln und der immer weiter verbreiteten Barrierefreiheit. Um diesen Prozess weiter zu unterstützen, muss daher insbesondere Kindern mit Behinderung von Anfang an qualitativ hochwertige Förderung zugebracht werden, um sie von Anfang an zu fördern und bestmöglich an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Daher muss es Aufgabe der Politik sein, im Bereich der Frühförderung die Strukturen und Vernetzung mit anderen Stellen der Familien- und Jugendhilfe so herzustellen, dass eine bestmögliche Förderung gewährleistet ist.

Die Kinderkommission wird daher Aktionen starten, um

- Inklusion in die Köpfe der Menschen zu bringen
- die Wichtigkeit der Inklusion zu thematisieren
- die Strukturen im Bereich der Frühförderung bestmöglich zu gestalten

### 3.14. Kinder und Kultur

#### Verantwortlich: MdL Brigitte Meyer

Kultur ist ein schwer zu definierender Begriff. Am meisten Konsens besteht jedoch, wenn man als Kultur alles vom Menschen Erschaffene betrachtet. Dazu gehören auf der einen Seite Werte, Normen, Religionen, Weltanschauungen, und auf der anderen Seite Musik, die bildenden Künste, Architektur, Lyrik und Prosa.

In einer stark zunehmenden globalisierten Welt treffen immer mehr verschiedene Kulturen aufeinander. Das Umziehen und Arbeiten in einem weit entfernten Land ist keine Seltenheit mehr. So leben und arbeiten in Bayern Menschen mit ihren Familien aus vielen Nationen. Integration beginnt in den Köpfen der Menschen. Gerade Kinder verfügen über die große Begehung, anderen Menschen mit voller Neugier und ohne Voreingenommenheit gegenüberzutreten. Dies sollte man nutzen und im Rahmen von gezielten Projekten fördern. Daher sollte keine Chance ungenutzt verstreichen, Kindern immer wieder nahezubringen, unterschiedliche Kulturen zu akzeptieren und als positive Bereicherung wahrzunehmen.

Neuen Kulturen kann man sowohl im menschlichen Beieinander sein begegnen, aber auch im Rahmen von Ausstellungen und Museen. In Bayern gibt es eine Vielzahl von Museen und historischen Gebäuden, angefangen im künstlerischen Bereich, über die Geschichte der Menschheit bis hin zum naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Im Rahmen von Museen können Kinder die schönen Künste genießen, die Welt entdecken, sich als kleine Forscher fühlen und ein bisschen mehr vom Leben verstehen. Viele Museen und Städte bieten bereits extra Ausstellungen für Kinder oder spezielle Führungen für Familien an, denn erst so macht Kultur den Kindern richtig Spaß. Damit Familien und Lehrer noch bessere Angebote speziell für Kinder zur Kulturbildung ausfindig machen können, bietet sich hierzu die Erarbeitung eines Elternratgebers „Kultur für Kinder“ an.

Laut Sozialbericht stellen für Kinder und Jugendliche die neuen Medien einen wichtigen Part in ihrem Freizeitverhalten dar. Projekte wie das „Filmende Klassenzimmer“ verdeutlichen Jugendlichen, wie ein Film entsteht und führen sie so in den Bereich der Medienproduktion ein. Sich selber künstlerisch engagieren zu können im Bereich der neuen Medien ist für viele eine hochinteressante Erfahrung. Somit sollten auch die neuen Medien in der Kultur nicht fehlen.

Die Kinderkommission wird daher

- Aktionen und Programme ins Leben rufen, mittels denen Kindern beigebracht wird, unterschiedliche Kulturen zu akzeptieren und als positiv wahrzunehmen.
- Einen Elternratgeber „Kultur für Kinder“ ins Leben rufen.
- Die neuen Medien in die Aktionen zur Kultur für Kinder mit einbeziehen

### 3.15 Kinder und Gesundheit / Sport

**Verantwortlich: MdL Brigitte Meyer**

Kinder zu einer gesunden Lebensweise zu erziehen ist eine sehr wichtige Aufgabe der Eltern und der gesamten Gesellschaft. Ein gesunder Lebensstil erweist sich als beste Präventionsmaßnahme vor physischen und psychischen Leiden. Daher sollte unter Gesundheit nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Gesundheit ins Zentrum der Arbeit der Kinderkommission gerückt werden.

Laut Sozialbericht offenbaren viele Studien, dass insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Gruppen häufiger Unfälle erleiden, einen schlechteren Zahnzustand aufweisen und bei den Schuleingangsuntersuchungen eine häufigere Notwendigkeit der Frühförderung im sprachlichen und motorischen Bereich offenbaren. Das höhere Verletzungsrisiko ergibt sich oft aus mangelndem Präventionsverhalten, beispielsweise durch das Weglassen eines Fahrradhelmes beim Fahrrad fahren. Im Bereich der Zahngesundheit vereint eine immer kleinere Grup-

pe den größten Teil der Zahnerkrankungen auf Grund von mangelnder Zahnhygiene. Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass fast 10% der Kinder unter Übergewicht oder Adipositas leiden, darunter überproportional Kinder aus benachteiligten Gruppen oder mit Migrationshintergrund. Diese Kinder haben auch eine größere Vorliebe für ernährungsphysiologisch eher ungünstige Essgewohnheiten wie Fast Food und stark zuckerhaltige Erfrischungsgetränke. In Anbetracht dieser Erkenntnisse wird deutlich, dass hier möglichst früh angesetzt werden muss, um eine gesunde Lebensweise zu etablieren. Prävention statt Reaktion, muss hier der Grundsatz lauten. Daher muss an die Eltern appelliert werden, ihren Kindern eine gesunde Lebensweise vorzuleben. Darüber hinaus müssen Aktionen für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen werden, die ihnen die Notwendigkeit einer gesunden Lebensweise aufzeigen und ihnen auch demonstrieren, wie man mit Spaß durch Sport und gesundes Essen fit und gesund sein kann.

Im späteren Jugendalter tritt ein ganz spezielles Risiko für die gesundheitliche Entwicklung auf. An Magersucht oder Bulimie erkranken in der Adoleszenz und im frühen Erwachsenenalter 1–3 % der Frauen. Diese gefährliche Krankheit, die auch zum Tode führen kann, geht häufig mit einer gestörten Selbstwahrnehmung einher. Darüber hinaus ergeben Studien, dass viele Mädchen in der Adoleszenz unglücklich mit ihrem eigenen Körper sind und sich im Vergleich mit Fotomodellen und Stars unattraktiv erleben. Daher sollte es auch ein wichtiges Anliegen der Politik sein, sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen und im Rahmen von Workshops oder Aktionen auf diese Thematik aufmerksam zu machen und Projekte zur primären Prävention starten. Eine mögliche Strategie wäre eine Zusammenarbeit mit Hochglanzmagazinen, welche Workshops für Jugendliche anbieten, um ihnen die Möglichkeiten der Fotomontage zu erläutern, um bei den Jugendlichen einen Sinn für Realitäten zu entwickeln.

Die Kinderkommission wird daher

- Appelle und Aktionen für eine gesunde Lebensweise starten.
- das Thema Bulimie in die Öffentlichkeit rücken und ihr mit Aktionen begegnen.

### 4. Beratungsverlauf

In den insgesamt überwiegend nichtöffentlichen 47 Sitzungen bis zum Ende der Legislaturperiode – bei Drucklegung steht noch eine Sitzung aus – hat sich die Kinderkommission des Bayerischen Landtags (KiKo Bayern) insbesondere mit nachstehenden Schwerpunkten befasst:

SitzungsNr.	Sitzungsdatum	Tagesordnungspunkte
1. Sitzung	21.10.2009	- Konstituierende Sitzung - Wahl der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreterin - Bezeichnung / Umbenennung in „Kinderkommission des Bayerischen Landtags“
2. Sitzung	24.11.2009	- Festlegung der Geschäftsordnung - Beratung von Verfahrensfragen - Festlegung der Zuständigkeitsbereiche
3. Sitzung	10.12.2009	- Arbeitsprogramm der KiKo Bayern - Anliegen von Bürgern und Verbänden - Organisatorisches - Verschiedenes
4. Sitzung	11.02.2010	- Abstimmung des Arbeitsprogramms - Anliegen von Bürgern und Verbänden - Organisatorisches - Verschiedenes

SitzungsNr.	Sitzungsdatum	Tagesordnungspunkte
5. Sitzung	25.03.2010	- Arbeitsprogramm - Beschlussfassung „Frühe Hilfen“ - Anliegen von Bürgern und Verbänden - Organisatorisches - Verschiedenes
6. Sitzung	29.03.2010	- Informationsbesuch bei KiDZ in Günzburg, einem Modellversuch zur individuellen Frühförderung von Kindern mit Informationsgesprächen
7. Sitzung	13.04.2010	- Arbeitsprogramm - Anliegen von Bürgern und Verbänden - Organisatorisches - Verschiedenes
8. Sitzung	20.04.2010	- Offizielle Vorstellung des Arbeitsprogramms mit anschließender Presseerklärung
9. Sitzung	10.05.2010	- Fachgespräch mit der Leiterin des Staatsinstituts für Frühpädagogik München - Fachgespräch mit Vertreterinnen des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V. - Anliegen von Bürgern und Verbänden - Organisatorisches - Verschiedenes
10. Sitzung	17.06.2010	- Gespräch mit einem Vertreter des Bundesfachverbandes Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge und der Geschäftsführerin von Refugio München, Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer - Anliegen von Bürgern und Verbänden - Organisatorisches - Verschiedenes
11. Sitzung	25.06.2010	- Informationsbesuch bei der Maria-Ward-Fachakademie für Sozialpädagogik der Diözese Eichstätt mit anschließender Gesprächsrunde
12. Sitzung	12.07.2010	- Vorstellung des Abschlussberichts der Evaluation des KiDZ-Projekts (Kindergarten der Zukunft) durch Prof. Roszbach, Universität Bamberg - Gespräch mit VertreterInnen des Bayerischen Jugendrings - Vorstellung des Projekts „Flexible Grundschule“ durch VertreterInnen der Stiftung Bildungspaket Bayern - Gespräch mit VertreterInnen der Kinderkommission Kempten - Organisatorisches - Verschiedenes
13. Sitzung	28.07.2010	- Wahl der Vorsitzenden des 2. Turnus und ihrer Stellvertreterin und Statements der bisherigen und der neuen Vorsitzende - Anliegen von Bürgern und Verbänden - Organisatorisches - Verschiedenes
14. Sitzung	17.09.2010	- Anliegen von Bürgern und Verbänden - Organisatorisches - Verschiedenes
15. Sitzung	22.10.2010	- Informationsbesuch bei FISS (Forum für Inklusive Strukturen an Schulen in der Region) in Augsburg
16. Sitzung	28.10.2010	- Gespräch mit Vertretern der Stadt Augsburg und des Landkreises Günzburg zum Thema „Leistungen für Kinder in Form einer Familienkarte“ - Anliegen von Bürgern und Verbänden - Organisatorisches - Verschiedenes
17. Sitzung	12.11.2010	- Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen; Sachstandsbericht des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen - Organisatorisches (u.a. Gestaltung des Flyers der KiKo Bayern) - Verschiedenes - Informationsbesuch bei SchlaU (Schulanaloger Unterricht für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)
18. Sitzung	06.12.2010	- Thema „Frühkindliche Bildung, Kinder und Medien“ - Gespräch mit dem stellvertretenden Landesgeschäftsführer des BLLV (Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V.) und dem Vorsitzenden und Jugendmedienbeauftragten des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V. - Beschlussfassung zum Thema „Inklusion an Schulen“ - Organisatorisches (u.a. Key Visual – Löwenpärchen-Logo) - Verschiedenes
19. Sitzung	03.02.2011	- Thema „Kinderlärm“ – Sachstandsbericht des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz - Beschlussfassung zum Thema „Inklusion an Schulen“ - Thema „Kinder und Medien“ - Organisatorisches - Verschiedenes
20. Sitzung	24.03.2011	- Beschlussvorlage zum Thema: „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ - Organisatorisches - Verschiedenes
21. Sitzung	24.03.2011	- Fachgespräch zum Thema „Eltern-Kind-Entfremdung“ mit Foto-Ausstellungseröffnung
22. Sitzung	31.03.2011	- Informationsbesuch in Rosenheim und Gespräch zum Thema „Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ mit VertreterInnen von Behörden und Einrichtungen
23. Sitzung	17.05.2011	- Wahl der Vorsitzenden des 3. Turnus und ihrer Stellvertreterin und Statements der bisherigen und der neuen Vorsitzenden - Beschluss zum Thema „Eltern-Kind-Entfremdung“ - Organisatorisches - Verschiedenes

SitzungsNr.	Sitzungsdatum	Tagesordnungspunkte
24. Sitzung	15.07.2011	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachbesprechung der Delegationsreise nach Berlin</li> <li>- Thema „Kinder und Gewalt“ Thema „Kinder und Jugendhilfe“</li> <li>- Beschlussfassung zum Thema „Familienhilfe“</li> <li>- Anliegen von Bürgern und Verbänden</li> <li>- Organisatorisches</li> <li>- Verschiedenes</li> </ul>
25. Sitzung	28.09.2011	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Änderung der GeschO der KiKo Bayern durch Beschlussfassung</li> <li>- Anliegen von Bürgern und Verbänden</li> <li>- Organisatorisches</li> <li>- Verschiedenes</li> </ul>
26. Sitzung	19.10.2011	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bundeskinderschutzgesetz und Kinderhandel</li> <li>- Auslegung des Bildungs- und Teilhabepaket bei jungen Flüchtlingen</li> <li>- Anliegen von Bürgern und Verbänden</li> <li>- Organisatorisches (u.a. Umsetzung der Beschlüsse, Wettbewerb für die Namensgebung des Löwenpärchens für Broschüren und Veranstaltungen)</li> </ul>
27. Sitzung	01.12.2011	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bericht zu den bisher gefassten Beschlüssen</li> <li>- Beschlussfassung zum Thema „Asylbewerberkinder und Leistungen nach dem Teilhabepaket“</li> <li>- Kinder und Medien – Themen für ein Fachgespräch</li> <li>- Organisatorisches</li> <li>- Verschiedenes</li> </ul>
28. Sitzung	30.01.2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wahl der Vorsitzenden des 4. Turnus und ihrer Stellvertreterin und Statements der bisherigen und der neuen Vorsitzenden</li> <li>- Bekanntgabe des Namens für das Löwenpärchen für die Broschüren der KiKo Bayern und die Werbemitteln des Landtags nach Abschluss des bayernweiten Namenswettbewerbs</li> <li>- Thema „Eltern-Kind-Entfremdung“</li> <li>- Thema „Inklusion an Schulen“</li> <li>- Anliegen von Bürgern und Verbänden (u.a. Jenaplanschule München)</li> <li>- Organisatorisches</li> <li>- Verschiedenes</li> </ul>
29. Sitzung	01.03.2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Konzeption zur Veranstaltung zum Thema „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“</li> <li>- Konzeption zum Fachgespräch zum Thema „Kinder und Medien“</li> <li>- Erörterung eines Beschlusses zum Thema „Kinder und Medien“</li> <li>- Thema „Inklusion an Schulen“</li> <li>- Anliegen von Bürgern und Verbänden</li> <li>- Organisatorisches</li> <li>- Verschiedenes</li> </ul>
30. Sitzung	29.03.2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Modalitäten zur Veranstaltung zum Thema „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“</li> <li>- Modalitäten zum Fachgespräch zum Thema „Kinder und Medien“</li> <li>- Thema „Inklusion an Schulen“ und „Familienpflege“</li> <li>- Anliegen von Bürgern und Verbänden</li> <li>- Organisatorisches</li> <li>- Verschiedenes</li> </ul>
31. Sitzung	19.04.2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Friedberger Gymnasiasten/Abiturienten stellen ihre Projektarbeit „Die Inhalte der Kinderrechtskonvention an GrundschülerInnen vermitteln“ vor</li> <li>- Sachstandsbericht zur Situation des Kinderzirkus LILALU e.V. durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen</li> <li>- Organisatorisches (u.a. Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit – „Ländermeile“)</li> <li>- Verschiedenes</li> </ul>
32. Sitzung	10.05.2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Altersfeststellung von jugendlichen Flüchtlingen</li> <li>- Trennung von Flüchtlingsgeschwistern</li> <li>- Sachstand Jenaplanschule München</li> <li>- Organisatorisches</li> <li>- Verschiedenes</li> </ul>
33. Sitzung	13.06.2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Informationsgespräch zum Thema „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ mit betroffenen Jugendlichen mit Eröffnung der Fotoausstellung „STATUS“</li> </ul>
34. Sitzung	21.06.2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Friedberger Gymnasiasten/Abiturienten stellen ihre Projektarbeit „Die Inhalte der Kinderrechtskonvention an GrundschülerInnen vermitteln“ vor</li> <li>- Thema „CO2-Ausstoss“ in Klassenzimmern</li> <li>- Beschlussfassung zum Thema „Trennung von Flüchtlingsgeschwistern“</li> <li>- Anliegen von Interessenverbänden und Institutionen“</li> <li>- Organisatorisches - Verschiedenes</li> </ul>
35. Sitzung	05.07.2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Thema „Altersfeststellung von jugendlichen Flüchtlingen“</li> <li>- Beschlussfassung zum Thema „Pädagogisches Kochen an Schulen“</li> <li>- Anliegen von Bürgern, Interessenverbänden und Institutionen (u.a. Schülerinnen- und Schülerbeförderung im ländlichen Raum)</li> <li>- Organisatorisches</li> <li>- Verschiedenes</li> </ul>
36. Sitzung	25.07.2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachgespräch zum Thema „Kinder und Medien“ mit dem Medienbeauftragten des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V., der Direktorin des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF), einer Vertreterin der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) bei der Landeszentrale für neue Medien (BLM) und eines Referenten aus dem Bereich der verhaltensorientierten Prävention des Bayerischen Landeskriminalamts</li> </ul>



SitzungsNr.	Sitzungsdatum	Tagesordnungspunkte
37. Sitzung	27.09.2012	- Beschlussentwurf „Intersicherheit“ - weitere Beschlüsse - Anliegen von Bürgern, Interessenverbänden und Institutionen“ - Organisatorisches - Verschiedenes
38. Sitzung	18.10.2012	- Sachstandsbericht zur Situation von LILALU e.V. durch die Sachgebietsleiterin Pädagogik - Verfahrensfragen - Verschiedenes
39. Sitzung	15.11.2012	- Wahl der Vorsitzenden des 5. Turnus und ihrer Stellvertreterin und Statements der bisherigen und der neuen Vorsitzenden - Informationen über die Neuerungen im Grundschullehrplan durch die Abteilungsleiterin Grund-, Haupt- und Förderschule am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung - Vorstellung des Forschungsprojekts COPING „Kinder Inhaftierter haben Rechte“ durch die Geschäftsführerin und einer Referentin von TREFFPUNKT e.V. Nürnberg - Beschlussfassungen zum Thema „Kinder im Internet“ und zum Thema „Besteuerung von Schülern“ - Verschiedenes
40. Sitzung	06.12.2012	- Allgemeine Verfahrensfragen - Organisatorisches (u.a. Unterstützung der bundesweiten Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“) - Verschiedenes
41. Sitzung	24.01.2013	Fachgespräch zum Thema „Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern“ im Zusammenhang mit der bundesweiten Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ mit einer Referentin von AMYNA e.V., Institut zur Prävention von sexuellem Missbrauch, mit der Fachleitung von Imma e.V., Beratungsstelle für junge Mädchen mit sexueller Gewalterfahrung und mit einem Psychologen von Kibs, Kinderschutz e.V., Beratungsstelle für männliche Opfer von Missbrauch
42. Sitzung	07.02.2013	Expertengespräch zum Thema „Essstörungen“ mit der Leiterin des Therapie-Centrums Essstörungen München, dem geschäftsführenden Vorstand von ANAD e.V. (Therapeutische Wohngruppen), München sowie Vorstandsmitglied des Bundesverbands Essstörungen e.V. und mit einer Referentin vom BKK-Projekt „bauchgefühl“, einem Unterrichtsprogramm.
43. Sitzung	21.03.2013	- Vorstellung des Modellprojekts „Netzwerk Familienpaten Bayern“ durch die Geschäftsführerin des Landesverbands Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V. und durch die Projektleitung des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V. - Erörterung von Beschlussvorlagen - Aufarbeitung der Fachgespräche - Organisatorisches (u.a. geplante Informationsbesuche, Teilnahme an Veranstaltungen) - Verschiedenes
44. Sitzung	18.04.2013	Fachgespräch zum Thema „Inklusion von gehörlosen Kindern – aktuelle Erkenntnisse aus pädagogischer Sicht“ mit der Inhaberin des Lehrstuhls für Gehörlosen- und Schwerbehindertenpädagogik an der LMU München, mit der Referentin für Medien und Organisation des Deutschen Gehörlosen Bund e.V., Medienzentrale, mit der Abteilungsleiterin der Sozialverwaltung und dem Sachgebietsleiter Eingliederungshilfe, beide Bezirk Schwaben, sowie mit der Sonderschullektorin des Förderzentrum Augsburg.
45. Sitzung	14.05.2013	- Erörterung der Beschlussvorlage zum Thema „Essstörungen“ - Erörterungen zur Beschlussvorlage zum Thema „Kein sexueller Missbrauch von Kindern“ - Informationsaustausch mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, mit der Inneren Mission München, mit VertreterInnen der Regierung von Oberbayern, mit Vertretern der Staatsregierung, zur Situation an den Erstaufnahmeeinrichtungen - Verfahrensfragen zum 5. Tätigkeitsbericht sowie zum Abschlussbericht - Organisatorisches / Verfahrensfragen - Verschiedenes
46. Sitzung	13.06.2013	- Beschlussfassung zum Thema „Essstörungen“ - Organisatorisches - Verschiedenes
47. Sitzung	04.07.2013	- Einladung einer 4. Grundschulklasse - Informationen zum Thema „Berufspraktikum“ schon ab der 4. Klasse - Vorstellung der Arbeit des PFAD für Kinder e.V. (Verband für fremduntergebrachte Kinder, Pflegekinderhilfe, Adoption) durch den Vorsitzenden, die stv. Vorsitzende und eines Vorstandsmitglieds

## **5. Verzeichnis der Initiativen und Empfehlungen der Kinderkommission**

10.12.2009	Beschluss der Geschäftsordnung der Kinderkommission	Anlage 2
25.03.2010	Beschluss zum Thema „Frühe Hilfen“	Anlage 3
20.04.2010	Beschluss des Arbeitsprogramms der Kinderkommission für die 16. WP	Anlage 4
03.02.2011	Beschluss zum Thema „Inklusion an Schulen“	Anlage 5
24.03.2011	Beschluss Thema „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“	Anlage 6
17.05.2011	Beschluss zum Thema „Eltern-Kind-Entfremdung“	Anlage 7
15.07.2011	Beschluss zum Thema „Familienpflege“	Anlage 8
28.09.2011	Beschluss der Änderung der Geschäftsordnung der Kinderkommission	Anlage 9
01.12.2011	Beschluss zum Thema „Asylbewerberkinder und Leistungen nach dem Teilhabepaket“	Anlage 10
21.06.2012	Beschluss zum Thema „Trennung von Flüchtlingsgeschwistern“	Anlage 11

05.07.2012	Beschluss zum Thema „Pädagogisches Kochen an Schulen“	Anlage 12
15.11.2012	Beschluss zum Thema „Kinder im Internet: Kompetent und geschützt“	Anlage 13
15.11.2012	Beschluss zum Thema „Besteuerung von Schülern“	Anlage 14
16.05.2013	Beschluss zum Thema „Kein Sexueller Missbrauch von Kindern“	Anlage 15
13.06.2013	Beschluss zum Thema „Essstörungen“	Anlage 16

### **6. Verzeichnis der überwiegend öffentlichen Anhörungen und Expertengespräche**

06.12.2010	Thema „Kinder und Medien“ Gespräch mit Florian Fischer, stellvertretender Landesgeschäftsführer des BLLV (Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V.) und Ekkehard Mutschler, dem Vorsitzenden und Jugendmedienbeauftragten des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V.
24.03.2011	Thema „Eltern-Kind-Entfremdung“ Gespräch mit der Vorsitzenden PAS (Parental Alienation Syndrom)-Eltern e.V., Frau Christiane Förster, dem 1. Vorsitzenden VAK (Verband Anwalt des Kindes), Landesverband Bayern, Herrn Rafiq Iqbal, Herrn Dr. Rupert Prizl, Väteraufbruch für Kinder (VAfK), Ortsgruppe München, Herrn Gerd Riedmeier, Referent Forum Mann und Frau, Herrn RA Jürgen Rudolph, „Cocheimer Praxis“, Vertretern der Bayerischen Staatsregierung und weiteren Gesprächsteilnehmern Ausstellungseröffnung „Eltern-Kind-Entfremdung – Bilder sagen mehr als 1000 Worte“
25.07.2012	Thema „Kinder und Medien“: Internetsicherheit“ Expertengespräch mit dem dem Medienbeauftragten des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V., Herrn Ekkehard Mutschler, der Direktorin des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF), Frau Kathrin Demmler sowie Frau Verena Weigand, Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) bei der Landeszentrale für neue Medien (BLM) und Herrn Hans-Joachim Bokowsky aus dem Bereich der verhaltensorientierten Prävention des Bayerischen Landeskriminalamts
24.01.2013	Thema „Kein Raum für Missbrauch von Kindern“ Expertengespräch mit Frau Christine Rudolf-Jilg, Dipl. Sozialpädagogin(FH), AMYNA e.V., Institut zur Prävention von sexuellem Missbrauch, Frau Sabine Wininger, Dipl. Psychologin, Fachleitung mit Imma e.V., Beratungsstelle für junge Mädchen mit sexueller Gewalterfahrung, und dem Psychologen Herrn Dr. Peter Mosser, Kibs Kinderschutz e.V., Beratungsstelle für männliche Opfer von Missbrauch

07.02.2013	Thema „Essstörungen“ Expertengespräch mit der Leiterin des Therapie-Centrums Essstörungen München, Frau Dr. phil. Karin Lachenmeier, dem geschäftsführenden Vorstand von ANAD e.V. (Therapeutische Wohngruppen), München sowie Vorstandsmitglied des Bundesverbands Essstörungen e.V., Herrn Andreas Schnebel, Dipl. Psychologe, sowie Frau Vanessa von Wyschetzki, Dipl. Sozialpädagogin (FH) von ANAD e.V., und mit Frau MPF Maja Schrader, der Referentin vom BKK-Projekt „bauchgefühl“, einem Unterrichtsprogramm.
18.04.2013	Thema „Inklusive Beschulung von gehörlosen Kindern – Pädagogische Erfahrungen“ Expertengespräch mit Frau Prof. Dr. Annette Leonhardt, Lehrstuhl für Gehörlosen- und Schwerhörigenpädagogik der LMU München; Frau Cornelia von Pappenheim, Referentin für Medien und Organisation, Deutscher Gehörlosen-Bund e.V., Medienzentrale, München, in Begleitung von Herrn Pinilla, dem Assistenten sowie den Gebärdensprachdolmetschern Frau Schulze und Herr Exner; Frau Gertrud Kreutmayr, Abteilungsleiterin Sozialverwaltung und Johann Miller, Sachgebietsleiter Eingliederungshilfe, Bezirk Schwaben, Augsburg; Frau Eva-Maria Geser, Sonderschulkonrektorin und stv. Schulleiterin, Förderzentrum Augsburg; Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **7. Verzeichnis der Informationsgespräche in den Sitzungen der Kinderkommission**

10.05.2010	Fachgespräch mit der Leiterin des Staatsinstituts für Frühpädagogik München, Frau PD Dr. Fabienne Becker-Stoll Fachgespräch mit der Geschäftsführerin des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V., Frau Maria Boge-Diecker, der Abteilungsleitung Elternkurse, Frau Andrea Bergmayr, und der Abteilungsleitung Medienkompetenz, Frau Simone Hensel
17.06.2010	Gespräch mit einem Vertreter des Bundesfachverbandes Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge, Herrn Nils Espenhorst, und der Geschäftsführerin von Refugio München, Beratungs- und Behandlungszentrum für

	Flüchtlinge und Folteropfer, Frau Anni Kammerlander		für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
12.07.2010	Vorstellung des Abschlussberichts der Evaluation des KiDZ-Projekts (Kindergarten der Zukunft) durch Prof. Dr. Hans-Günther Rossbach, Universität Bamberg Gespräch mit der Präsidentin des Bayerischen Jugendrings, Frau Marina Kobriger, und der Justiziarin des Bayerischen Jugendrings, Frau Gabriele Weitzmann Vorstellung des Projekts „Flexible Grundschule“ durch VertreterInnen der Stiftung Bildungspaket Bayern, Herr Boris Hackl und Frau Eva Königsberger Gespräch mit der Vorsitzenden der Kinderkommission Kempten, Frau Claudia Dress, und weiteren Mitgliedern, u.a. dem Jugendamtsleiter der Stadt Kempten, Herrn Matthias Haug, Herrn Klaus Klarer, Erziehungsberatungsstelle, Frau Erna-Kathrein Groll als Vertreterin der Mütter, und Frau Christiane Scheuthle als Vertreterin des Gesamtelternbeirats der Grund- und Hauptschulen	19.04.2012	Sachstandsbericht zur Situation des Kinderzirkus LILALU e.V. durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
		10.05.2012	Sachstandsbericht zur aktuellen Situation an der Jenaplanschule München durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus  Altersfeststellung von jugendlichen Flüchtlingen und Trennung von Flüchtlingsgeschwistern-Bericht des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
		21.06.2012	Vorstellung der Studie „Frische Luft an bayerischen Schulen – Untersuchungen zur Verbesserungen der Luftqualität – des Bayerischen Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit
28.10.2010	Gespräch zum Thema „Leistungen für Kinder in Form einer Familienkarte“ mit Wolfgang Leichs, Leiter des Amtes für Soziale Leistungen, Senioren und Menschen mit Behinderung und Robert Kern, Sachgebietsleiter für das Projekt Kinderchancen und Wohnhilfe, beide Vertreter der Stadt Augsburg, sowie Meinrad Gackowksi, Beauftragter für Familie, Demografie und Integration und Gerhard Weiß, Leitbildentwicklung und Kultur, beide Vertreter des Landkreises Günzburg		Vorstellung der Projekt-Seminararbeit von Gymnasiasten des Wernher-von-Braun-Gymnasiums Friedberg zum Thema „UN-Kinderrechtskonvention“
		05.07.2012	Altersfeststellung von jugendlichen Flüchtlingen – Bericht des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
12.11.2010	Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen; Sachstandsbericht des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	18.10.2012	Sachstandsbericht zur Situation von LILALU e.V. durch die Sachgebietsleiterin Pädagogik, Frau Anna Seliger
06.12.2010	Thema „Frühkindliche Bildung, Kinder und Medien“ – Gespräch mit dem stellvertretenden Landesgeschäftsführer des BLLV (Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V.), Herrn Florian Fischer, und dem Vorsitzenden und Jugendmedienbeauftragten des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V., Herrn Ekkehard Mutschler	15.11.2012	Informationen über die Neuerungen im Grundschullehrplan durch die Abteilungsleiterin Grund-, Haupt- und Förderschule am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, Frau Alexandra Brumann  Vorstellung des Forschungsprojekts COPING „Kinder Inhaftierter haben Rechte“ durch die Geschäftsführerin von TREFFPUNKT e.V. Nürnberg, Frau Hilde Kugler und der Fachreferentin, Frau Justyna Bieganski
03.02.2011	Thema „Kinderlärm“ – Sachstandsbericht des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz	21.03.2013	Vorstellung des Modellprojekts „Netzwerk Familienpaten Bayern“ durch die Geschäftsführerin des Landesverbands Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V., Frau Susanne Veit, und durch die Projektleitung des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V., Frau Martina Böhm-Brandt
19.10.2011	Bundeskinderschutzgesetz und Kinderhandel – Auslegung des Bildungs- und Teilhabepaket bei jungen Flüchtlingen, Sachstandsbericht durch das Bayerische Staatsministerium		

- 14.05.2013 Informationsaustausch mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, mit der Inneren Mission München, mit VertreterInnen der Regierung von Oberbayern und eines Vertreters des Bayerischen Staatministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen Situation an den Erstaufnahmeinrichtungen
- 04.07.2013 Vorstellung der PFAD für Kinder, Landesverband der Pflege- und Adoptivfamilien in Bayern e.V. durch den Vorsitzenden Peter Able, die stellvertretende Vorsitzende Monika Görres und das Vorstandsmitglied Johann Munker

### **8. Auswärtige Informationsbesuche und Informationsgespräche**

- 29.03.2010 Informationsbesuch zum Modellversuch „KiDZ – Kindergarten der Zukunft in Bayern“ in Günzburg mit Teilnahme von Patycja Grutzka, der stellvertretenden Leiterin, und Yvonne Bockmaier, Lehrkraft, beide Evangelisches Kinderhauses Günzburg, von Wolfgang Hackel, Schulleiter der Grundschule Süd-Ost, Eva Roßberger, Vertreterin der Stiftung Bildungspaket sowie Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.
- 25.06.2010 Informationsbesuch bei der Maria-Ward-Fachakademie für Sozialpädagogik der Diözese Eichstätt, Gespräche mit Rupert Murböck, dem Schulleiter und Rita Steibel, der stellvertretenden Schulleiterin sowie mit Diakon Peter Nothaft, Abteilungsleiter Schulen des Bischöflichen Ordinariats Eichstätt.
- 22.10.2010 Informationsbesuch bei FISS (Forum für Inklusive Strukturen an Schulen in der Region) am Lehrstuhl für Grundschulpädagogik und Grundschuldidaktik der Universität in Augsburg. Informationsgespräch mit Mitgliedern von FISS unter der fachlichen Leitung von Dr. Pius Thoma und Dr. Cornelia Rehle und mit Vertretern der Bayerischen Staatsregierung.
- 12.11.2010 Informationsbesuch bei SchlaU (Schulanaloger Unterricht für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge); Gespräch mit dem Schulleiter, Herrn Michael Stenger, und dem kaufmännischen Geschäftsführer; Herrn Björn Schalles.
- 31.03.2011 Informationsbesuch in Rosenheim und Gespräch zum Thema „Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ mit VertreterInnen der Stadt Rosenheim (Kreisjugendamt, Stadtjugendamt) – dem Jugendamtsleiter, Herrn Gerd Rose, der Regionalleiterin, Frau Beate Jellesen, Frau Martina

Monigl vom Regionalteam, Frau Stadträtin und MdL Maria Noichl, Frau Estermann, Vormundschaften-, des Landkreises Rosenheim – Herrn Landrat Josef Niederhell, Frau Kreisvorsitzender und MdL Annemarie Bichl, der Abteilungsleiterin Frau Anna Lösch, des Jugendamtsleiters, Herrn Johannes Fischer, der Gruppenleiterin Sozialer Fachdienst, Frau Christine Falk, der Gruppenleiterin Vormundschaften, Frau Ruth Ehm, dem Pressereferenten, Herrn Michael Fischer –, der Bundespolizei – dem Inspektionsleiter Herrn Reinhard Tömm –, dem Bundesverband Unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, Herr Goran Ekmecic und der Bereichsleiterin des Caritas Kinderdorf Irschenberg, Frau Cordula Meyer-Erben

- 07.09.2011 Informationsbesuch der Jenaplanschule in München
- 09.12.2011 Informationsbesuch in Neumarkt/Opf. zum Projekt KoKi (Koordinierende Kinderschutzstelle); Gespräch mit Landrat Simon Wittmann, dem Jugendamtsleiter Klaus Egelseer und den Sachbearbeitern Eva-Maria Höcht und Norbert Meister  
Gespräch an der Grundschule in Altenmarkt zum Projekt „Faustlos“ mit Rektor Klaus Kuschel, den Kindergartenleiterinnen Frau Bauer und Frau Pöllath, der Schulrätin Frau Söllner, dem Elternbeiratsvorsitzenden Thomas Zahner sowie Herrn Bürgermeister Schick-tanz
- 24.04.2012 Informationsbesuch bei der Katholischen Jugendfürsorge (KJF) in Augsburg und ihrer Einrichtung, das Frère-Roger-Kinderzentrum. Themen waren die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei der KJF, das derzeit viel diskutierte Thema Inklusion sowie die Auswirkungen des neuen Kinderschutzgesetzes. Ein weiteres Thema war das therapeutische Angebot, das die KJF sexuell übergriffigen Minderjährigen macht.
- 21.05.2012 Informationsbesuch am Luisengymnasium in München zum Pädagogischen Kochen
- 17.06.2013 Besuch des Willi-Graf-Gymnasiums in München zum Thema „Saubere Luft in Klassenzimmern – CO<sub>2</sub>-Messungen“
- 08.08.2013 Beteiligung am Kinderfriedensfest in Augsburg

### **9. Verzeichnis der Delegationsreisen**

- 29.06.2011 Delegationsreise nach Berlin zur Kinderkommission des Deutschen Bundestages



**10. Verzeichnis der Veranstaltungen und Aktionen**

16.10.2010	Teilnahme der KiKo Bayern am Tag der Offenen Tür im Landtag	29.03.2010	Die Kinderkommission informiert sich in Günzburg über KiDZ –Kindergarten der Zukunft in Bayern
24.03.2011	Fachgespräch zum Thema „Eltern-Kind-Entfremdung“ mit Vertretern der Staatsregierung, des Verbands Anwalt des Kindes (VAK), PAS-Eltern e.V. (Allen Kindern beide Eltern!) und Väteraufbruch für Kinder (VAfK) mit anschließender Ausstellungseröffnung der Fotoausstellung „Eltern-Kind-Entfremdung – Bilder sagen mehr als 1000 Worte“	14.04.2010	Die Kinderkommission nimmt Stellung zu Missbrauchsfällen und fordert Transparenz und Konsequenz als Grundlage der Aufklärung
15.07.2011	1. Kinderparlament des Bayerischen Landtags mit Beteiligung der Kinderkommissionsmitglieder als Paten für die Arbeitsgruppen mit den Themen „Gerechtigkeit“, „Schule“, „Umwelt“, „Gesundheit“, „Miteinander“	25.06.2010	Die Kinderkommission informiert sich beim Besuch der Fachakademie des Bistums Eichstätt über den aktuellen Stand der ErzieherInnen-Ausbildung in Bayern
23.05.2012	„Flamme der Hoffnung“ – Aktion der Stiftung Projekt Omnibus	15.07.2010	Die Kinderkommission Kempten besucht die Kinderkommission des Bayerischen Landtags
13.06.2012	Podiumsdiskussion zur Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge mit betroffenen Jugendlichen, mit der Geschäftsführerin von Refugio, Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer, Frau Anni Kammerlander und Frau Else Huber, Initiativkreis Migration Rosenheim Ausstellungseröffnung „STATUS“ – einer Fotoausstellung der Refugio Kunstwerkstatt zur Situation jugendlicher Flüchtlinge in Deutschland	17.09.2010	Die Kinderkommission fordert mehr Respekt für Kinder und Jugendliche anlässlich des Weltkindertags
10.07.2012	„Ramadama“-Aktion – Die Kinderkommission greift ein Anliegen aus dem 1. Kinderparlament auf und sammelt Müll	15.10.2010	Gemeinsames Lernen will gelernt sein – Die Kinderkommission informiert sich an der Universität Augsburg zum Thema „Inklusion“
25.09.2012	„Ein Kinderrecht für jeden Abgeordneten“ – gemeinsame Aktion mit dem Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Bayern e.V. im Rahmen der Info-Kampagne Kinderrechte	02.11.2010	FISS-Treffen (Forum für inklusive Strukturen an Schulen in der Region) – Kinderkommission verschafft sich an der Universität Einblicke in die Herausforderung der Inklusion
02./03.10.2012	Präsenz der KiKo Bayern mit einem eigenen Infostand im Landtagszelt im Rahmen der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit	04.11.2010	Inklusion muss in die Köpfe vordringen – Verstärkte Nutzung von Universitäts-Kompetenz
05.07.2013	2. Kinderparlament des Bayerischen Landtags mit Beteiligung der Kinderkommissionsmitglieder als Paten für die Arbeitsgruppen mit den Themen „Gerechtigkeit“, „Schule“, „Umwelt“, „Gesundheit“, „Miteinander“	19.11.2010	Bildung und Beistand für minderjährige Asylbewerber – Kinderkommission besucht Schule für junge Flüchtlinge
		23.11.2010	Bilanz der Kinderkommission aus einem Jahr Tätigkeit
		24.11.2010	Kinderkommission feiert einjähriges Bestehen
		22.03.2011	Thema „Eltern-Kind-Entfremdung“ – Fachgespräch mit Fotoausstellung im Maximilianeum
		13.05.2011	Staffelübergabe bei der Kinderkommission nach dem 2. Turnus; Eva Gottstein ist neue Vorsitzende
		29.06.2011	Gedankenaustausch mit der Kinderkommission des Deutschen Bundestages
		07.07.2011	1. Kinderparlament im Bayerischen Landtag mit den Mitgliedern der Kinderkommission
		27.07.2011	Kinderkommission fordert: Spenden für Afrika angesichts der drohenden humanitären Katastrophe

**11. Verzeichnis der Pressemitteilungen, Presseinformationen und Meldungen**

15.12.2009 Die Kinderkommission legt Schwerpunkte ihrer Arbeit fest

07.09.2011	Besuch der Jenaplanschule in München-Sendling		kommission, im Rahmen eines Besuchs des Bayerischen Landtags
12.01.2012	Inklusion an Schulen – Die Kinderkommission setzt sich für zwei gehörlose Mädchen in Schwaben ein	18.10.2012	Die Kinderkommission zu Gast im Kinderheim Salberghaus in Putzbrunn
30.01.2012	Zwei neue Helfer der Kinderkommission des Bayerischen Landtags: Leo und Lea, das Löwenpärchen Bekanntgabe der Namen des Namenwettbewerbs für das Löwenpärchen, die zukünftig bei den Kinder- und Jugendveranstaltungen des Hauses eingesetzt werden	12.11.2012	Staffelübergabe der Vorsitzenden bei der Kinderkommission nach dem 4. Turnus; Claudia Stamm zieht Bilanz
30.03.2012	Inklusion an Schulen – Kinderkommission plädiert für generelle Regelung der Kosten für Inklusionsleistungen	20.11.2012	Hohe Qualität in der Schulmensa sicherstellen – Besteuerung von Schulessen gerecht gestalten
24.04.2012	KiKo Bayern zum Fortbestand des gemeinnützigen und mildtätig wirkenden Kinderzirkus LILALU e.V. (Ferienprogramm mit Betreuungangebot für Kinder)	16.01.2013	Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern – Kinderkommission unterstützt die bundesweite Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“
24.04.2012	Informationsbesuch bei der Katholischen Jugendfürsorge (KJF) in Augsburg	31.01.2013	Essstörungen bei Kindern, eine Entwicklung, die aufhorchen läßt – Die Kinderkommission berät mit Experten über Ursachen und Präventionsmöglichkeiten
21.05.2012	Die Kinderkommission zu Besuch am Städtischen Luisengymnasium München – Informationen zum Pädagogischen Kochen	07.02.2013	Essstörungen bei Kindern – Fachgespräch über Ursachen und Präventionsmöglichkeiten
08.06.2012	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Gesprächsrunde und Eröffnung der Fotoausstellung „STATUS“	14.05.2013	Informationsgespräch mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zur Situation an den Erstaufnahmeeinrichtungen
13.06.2013	„Wir wollen ein normales Leben“ – minderjährige Flüchtlinge berichten von ihren Erfahrungen	19.06.2013	Dicke Luft im Klassenzimmer – Die Kinderkommission besucht das Städtische Willi-Graf-Gymnasium, das CO2-Ampeln einsetzt
03.07.2012	Friedberger Gymnasiasten stellen der Kinderkommission ihr Projektseminar zum Thema „UN-Kinderrechtskonvention – Kinderrechte“ vor		
06.07.2012	Landtagspräsidentin und Kinderkommission starten Müllaktion – Ein Auftrag aus dem 1. Kinderparlament im Landtag „Nehmen Kinder ernst“		
20.07.2012	Fachgespräch zum Thema „Kinder und Medien: Internetsicherheit“ – Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags lädt Experten verschiedener Institutionen ein		
20.09.2012	Kinderkommission unterstützt Info-Kampagne des Deutschen Kinderschutzbundes „Auch Kinder haben Rechte“ mit der Aktion „Ein Kinderrecht für jeden Abgeordneten“		
11.10.2012	Kinderkommission ehrt Taufpaten von Leo und Lea, den beiden „Helfern“ der Kinder-		

## **12. Tätigkeitsberichte**

Entsprechend § 7 der Geschäftsordnung der Kinderkommission ist anlässlich jeden Wechsels des Vorsitzes dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit ein Tätigkeitsbericht vorzulegen.

- Tätigkeitsbericht über den ersten Turnus vom 24.11.2009 bis 16.08.2010 unter Vorsitz von MdL Petra Dettenhöfer Anlage 17
- Tätigkeitsbericht über den zweiten Turnus vom 17.08.2010 bis 17.05.2011 unter Vorsitz von MdL Dr. Simone Strohmayer Anlage 18
- Tätigkeitsbericht über den dritten Turnus vom 17.05.2011 bis 30.01.2012 unter Vorsitz von MdL Eva Gottstein Anlage 19
- Tätigkeitsbericht über den vierten Turnus vom 31.01.2012 bis 15.11.2012 unter Vorsitz von MdL Claudia Stamm Anlage 20

- Tätigkeitsbericht über den fünften Turnus vom 16.11.2012 bis zum Ende der Legislaturperiode unter Vorsitz von MdL Brigitte Meyer

Anlage 21

### 13. Resümee

Die zahlreichen Beratungssitzungen, Experten- und Informationsgespräche, Beschlüsse, Pressemitteilungen sowie Außer-Haus-Termine spiegeln die engagierte und wirkungsvolle Arbeit der in der 16. Legislaturperiode erstmalig gegründeten Kinderkommission des Bayerischen Landtags wieder. Die Kinderkommission hat sich selbst als Lobby der Kinder verstanden und sich thematisch an den aktuellen Problemen von Kindern und ihrer Umwelt orientiert sowie eigene kinderpolitische Signale gesetzt. Da das Bewusstsein für die besonderen Belange der Kinder nur langsam wächst, bedarf es eines langfristigen und nachhaltigen Arbeitens. Daher empfehlen die Mitglieder der Kinderkommission, die begonnene erfolgreiche Arbeit in der kommenden Legislaturperiode fortzusetzen.

Die grundsätzliche Struktur der Kinderkommission hat sich bewährt. Allerdings wäre aus heutiger Sicht auch Raum für Modifikationen um die erfolgreiche Arbeit der Kinderkommission fortzuführen.

Die Mitglieder der Kinderkommission sprechen sich einstimmig für folgende Empfehlungen für die Gestaltung einer Kinderkommission in der kommenden Legislaturperiode aus:

- Der turnusmäßige Vorsitzwechsel hat sich bewährt und sollte beibehalten werden. Auch die Vorlage eines Tätigkeitsberichts der/des jeweiligen Vorsitzenden nach ihrem/seinen Turnus hat sich bewährt.
- Weiterhin sollte für das Fassen von Beschlüssen das Einstimmigkeitsprinzip bei Anwesenheit aller Mitglieder angewandt werden.
- Die Sitzungen sollten weiterhin grundsätzlich nicht-öffentlich stattfinden.

- Die Termine der einzelnen Sitzungen sollten jeweils zu Beginn eines jeden Turnus vorab festgelegt werden oder eine feste Einbindung in den Sitzungskalender des Bayerischen Landtags erfahren.
- Es wird angeregt, die Kinderkommission künftig nicht mehr als Unterausschuss des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit, sondern vom Landtag als eigene Kommission nach § 40 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag zu bilden.

In der Regel befasst sich ein Unterausschuss mit einer Thematik aus dem Bereich des betreffenden Ausschusses. Die Kinderkommission befasst sich mit vielfältigen Kinder- und Jugend-Themen, die nicht nur dem Spektrum des sozialpolitischen Ausschusses zuzuordnen sind. Beispielsweise sind auch Inhalte aus dem Bereich Bildung, Jugend und Sport, aus dem Bereich Umwelt und Gesundheit oder aus dem Bereich Wirtschaft und Verkehr Gegenstand der Beratungen.

Auch aus anderen Aspekten entspricht die Struktur der heutigen Kinderkommission nicht einem „reinen“ Unterausschuss, denn sie weist spezielle Kriterien auf.

Hier wären beispielsweise zu nennen

- Nicht alle Mitglieder der KiKo Bayern müssen Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit sein.
- Der Vorsitz wechselt turnusmäßig. Es ist nach jedem Turnus ein Tätigkeitsbericht vorzulegen.
- Es gilt nicht das Mehrheitsprinzip. Beschlüsse können nur einstimmig und bei Anwesenheit aller Mitglieder gefasst werden.
- Die Sitzungen finden grundsätzlich nichtöffentlich statt

Eine Kinderkommission nach § 40 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag böte mehr Eigenständigkeit, auch im Hinblick auf eine eigene Budgetierung und die Behandlung des Abschlussberichts im Plenum.

## Anlage 1

**Bayerischer Landtag**

16. Wahlperiode

Drucksache **16/1562**

18.06.2009

**Beschluss****des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Renate Will, Julika Sandt, Dr. Annette Bulfon** und **Fraktion (FDP)**

**Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Karl Freller, Joachim Unterländer** und **Fraktion (CSU)**

**Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

**Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Claudia Jung** und **Fraktion (FW)**

**Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Claudia Stamm, Theresa Schopper, Renate Ackermann, Maria Scharfenberg, Christine Stahl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/905, 16/1488

**Einsetzung einer Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag**

1. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit setzt im Landtag eine Kinderkommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder als eigenen Unterausschuss ein.
2. Die Kinderkommission besteht aus einem Mitglied jeder Fraktion sowie einer entsprechenden Zahl von Stellvertreterinnen und Stellvertretern, die jeweils ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit sein sollen. Diese werden von den Fraktionen benannt. In begründeten Ausnahmefällen kann von der Mitgliedschaft im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit abgewichen werden.

3. Der Vorsitz und die damit verbundene Sprecherinnen- bzw. Sprecherfunktion wechseln zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Der Turnus des Wechsels wird in der ersten Sitzung der Kinderkommission festgelegt. Pro Legislaturperiode erhält jede Fraktion mindestens einmal gleichlang den Vorsitz.
4. Beschlussfähigkeit besteht nur bei Anwesenheit aller stimmberechtigten Mitglieder.
5. Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen und öffentliche Äußerungen der Kinderkommission bedürfen der Einstimmigkeit. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit ist darüber zeitnah zu informieren.
6. Anlässlich eines jeden Wechsels des Vorsitzes legt die Kinderkommission dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit einen Tätigkeitsbericht vor.
7. Öffentliche Anhörungen sowie Reisen der Kinderkommission sind im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit durchzuführen.
8. Alle Ausgaben, beispielsweise für die Arbeitskräfte im Sekretariat der Kinderkommission, Reisekosten der Experten etc., werden über das Budget des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit abgewickelt.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident



**Anlage 2**

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-001

Beschluss der Kinderkommission vom 10.12.2009

## **Geschäftsordnung der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 10. Dezember 2009**

**Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags gibt sich unter Einbindung des Beschlusses des Bayerischen Landtags vom 18.06.2009 auf Drs. 16/1562 folgende Geschäftsordnung:**

### **§ 1 Zusammensetzung**

Die Kinderkommission besteht aus einem Mitglied jeder Fraktion sowie einer entsprechenden Zahl von Stellvertreterinnen und Stellvertretern, die jeweils ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit sein sollen. Diese werden von den Fraktionen benannt. In begründeten Ausnahmefällen kann von der Mitgliedschaft im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit abgewichen werden.

### **§ 2 Vorsitz und stellvertretender Vorsitz**

- (1) Der Vorsitz und die damit verbundene Sprecherinnen bzw. Sprecherfunktion wechseln zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße.  
Der stellvertretende Vorsitz wechselt nach dem in der Anlage 1 genannten Schema.
- (2) Der Turnus des Wechsels des Vorsitzes und des stellvertretenden Vorsitzes ist Anlage 2 zu entnehmen.  
Pro Legislaturperiode erhält jede Fraktion mindestens einmal gleich lang den Vorsitz.
- (3) Die Wahl der Vorsitzenden bzw. des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden erfolgt - ab dem zweiten Turnus jeweils am Ende des vorhergehenden Turnus - im einfachen Verfahren.

### **§ 3 Arbeitsprogramm**

Die Mitglieder der Kinderkommission legen in Abstimmung untereinander ein Arbeitsprogramm mit Verteilung der Zuständigkeitsbereiche fest.

### **§ 4 Sitzungen**

- (1) Die Kinderkommission tagt grundsätzlich einmal monatlich mit Ausnahme der sitzungsfreien Zeiten. Die Einberufung weiterer Sitzungen bleibt jedoch unbenommen.
- (2) Die Kinderkommission tagt grundsätzlich nichtöffentlich.

- (3) Sofern die Anwesenheit der Staatsregierung gewünscht wird, wird diese ausdrücklich eingeladen.
- (4) Über die Sitzungen wird eine Niederschrift geführt.
- (5) Die Teilnahme an den Sitzungen ist Pflicht.

#### **§ 5 Beschlussfähigkeit**

Beschlussfähigkeit besteht nur bei Anwesenheit aller stimmberechtigten Mitglieder.

#### **§ 6 Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen, öffentliche Äußerungen**

- (1) Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen und öffentliche Äußerungen der Kinderkommission bedürfen der Einstimmigkeit.
- (2) Der Ausschuss für Soziales Familie und Arbeit ist hierüber zeitnah zu informieren.
- (3) Die Beschlüsse der Kinderkommission werden schriftlich ausgefertigt und in Abdruck den sozialpolitischen Sprechern der Fraktionen im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit, den Landtagsbeauftragten der betroffenen Staatsministerien, den Fraktionen im Landtag und gegebenenfalls weiteren Adressaten, die im Einzelfall von der Kinderkommission bestimmt werden, zur Kenntnis gegeben.

#### **§ 7 Tätigkeitsbericht**

Anlässlich eines jeden Wechsels des Vorsitzes legt die Kinderkommission dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit einen Tätigkeitsbericht vor.

#### **§ 8 Öffentliche Anhörungen, Reisen**

- (1) Öffentliche Anhörungen sowie Reisen der Kinderkommission sind im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit durchzuführen.
- (2) Die Genehmigung der Präsidentin von öffentlichen Anhörungen und Reisen der der Kinderkommission wird durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Soziales, und Arbeit eingeholt.

#### **§ 9 Ausgaben**

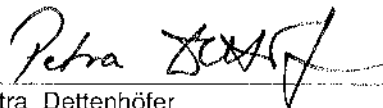
Alle Ausgaben, beispielsweise für die Arbeitskräfte im Büro der Kinderkommission, Reisekosten der Experten etc., werden über das Budget des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit abgewickelt.

**§ 10 Anwendung der Geschäftsordnung des Landtags**

Soweit diese Geschäftsordnung nichts anderes regelt, gelten die Bestimmungen der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag über Unterausschüsse direkt und die Bestimmungen über Ausschüsse entsprechend.

München, den 10. Dezember 2009

Für die Kinderkommission des Bayerischen Landtags



---

Petra Dettenhöfer  
(Vorsitzende des 1. Turnus)



**Anlage 1 zur Geschäftsordnung der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 10. Dezember 2009**

Wechsel des stellvertretenden Vorsitzes in Abhängigkeit vom Vorsitz:

<b>Vorsitz</b>	<b>stellvertretender Vorsitz</b>
CSU	SPD
SPD	FW
FW	B90/Grüne
B90/Grüne	FDP
FDP	CSU

**Anlage 2 zur Geschäftsordnung der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 10. Dezember 2009**

Turnus des Wechsels des Vorsitzes und des stellvertretenden Vorsitzes:

In der 16. Wahlperiode, gerechnet ab der Konstituierung des Bayerischen Landtags (20. Oktober 2008), verbleiben von der Konstituierung der Kinderkommission des Bayerischen Landtags am 24. November 2009 bis zum Ende der Legislaturperiode 190 Wochen.

Daher entfallen auf jede Fraktion 38 Wochen, in denen sie den Vorsitz ausüben kann.

Der Turnus wird daher wie folgt festgelegt:

1. Turnus:	24. November 2009	bis	16. August 2010
2. Turnus:	17. August 2010	bis	09. Mai 2011
3. Turnus:	10. Mai 2011	bis	30. Januar 2012
4. Turnus:	31. Januar 2012	bis	22. Oktober 2012
5. Turnus:	23. Oktober 2012	bis	15. Juli 2013 bzw. Ende der WP

## Anlage 3

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-002

### Beschluss der Kinderkommission vom 25.03.2010 zum Thema „Frühe Hilfen“

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags setzt sich dafür ein, dass die gesetzliche wie auch private Krankenversicherung die Finanzierung der Hebammenhilfe von bislang bis zu 8 Wochen nach der Geburt auf 6 Monate ausweitet.

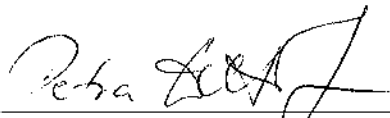
Eine fachkundige Begleitung der Familien in den besonders sensiblen ersten Monaten hilft, Überforderungssituationen zu erkennen und rechtzeitig Hilfen anzubieten. Im Rahmen der Frühen Hilfen gehört die Tätigkeit der Hebammen zu den niederschweligen Angeboten. Hebammen können insbesondere Lotsen und Brückenbauer zu weiteren Hilfesystemen wie zum Beispiel Ärzten oder Erziehungsberatungsstellen sein. Ihnen kommt daher eine zentrale Vernetzungsfunktion zu.

Für eine nachhaltige Unterstützung ist ein Zeitraum von gerade einmal 8 Wochen nach der Geburt vielfach zu kurz. Eine Ausweitung der Hebammenhilfe auf 6 Monate nach Geburt würde einen aussagekräftigen Zeitraum darstellen.

Daher appelliert die Kinderkommission des Bayerischen Landtags an den Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit des Bayerischen Landtags und alle Verantwortlichen, sich für die Verlängerung der GKV-finanzierten Hebammenhilfe auf 6 Monate nach Geburt einzusetzen. Dasselbe ist auch für den Bereich der privaten Krankenversicherung anzustreben.

München, 25.03.2010

Für die Kinderkommission des Bayerischen Landtags



---

(Petra Dettenhöfer, Vorsitzende)

**Anlage 4**

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-003

Beschluss der Kinderkommission vom 20.04.2010

**Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags****Arbeitsprogramm für die 16. Legislaturperiode**

**Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags hat sich für die 16. Wahlperiode folgende Arbeitsschwerpunkte gesetzt:**

<u>Themen</u>	<u>wahrgenommen durch</u>
• Frühkindliche Bildung	MdL Petra Dettenhöfer
• Kinder und Jugendhilfe / Kinder und Gewalt	MdL Petra Dettenhöfer
• Kinder und Mobilität	MdL Petra Dettenhöfer
• Kinderarmut	MdL Dr. Simone Strohmayer
• Kinder und Medien	MdL Dr. Simone Strohmayer
• UN-Kinderrechtskonvention	MdL Dr. Simone Strohmayer
• Schulische Bildung	MdL Eva Gottstein
• Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern	MdL Eva Gottstein
• Kinder und Alltag	MdL Eva Gottstein
• Kinder und Ernährung / Verbraucherschutz	MdL Claudia Stamm
• Kinder und Flucht / Integration	MdL Claudia Stamm
• Vernachlässigung von Kindern und soziale Ausgrenzung	MdL Claudia Stamm
• Kinder und Behinderung / Inklusion	MdL Brigitte Meyer
• Kinder und Kultur	MdL Brigitte Meyer
• Kinder und Gesundheit / Sport	MdL Brigitte Meyer



## Vorwort

„Kinder sind unsere Zukunft“ ist ein trotz aller Schlichtheit zutiefst richtiger Satz. Die demographische Entwicklung steht bereits jetzt aufgrund der in den vergangenen Jahrzehnten für eine stabile Bevölkerungszahl in Deutschland unzureichenden Geburtenquote fest. Insbesondere auch angesichts dieser Entwicklung ist das Bewusstsein in Politik und Gesellschaft für die Bedeutung der Familienpolitik, einer Politik für Kinder deutlich gewachsen. Es wäre jedoch fatal, unter dem Eindruck der demographischen Entwicklung die Diskussion auf eine Absicherung der bestehenden Sozialversicherungssysteme zu reduzieren. Vielmehr muss es darum gehen alle Facetten des Lebens kinderfreundlich auszugestalten. Dies ist eine Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Politikfelder berührt.

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags hat sich auf einen von allen Fraktionen des Bayerischen Landtags getragenen Beschluss hin konstituiert. Die Kinderkommission ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit des Bayerischen Landtags. Jede der fünf Fraktionen im Bayerischen Landtag stellt jeweils ein Mitglied in dem neuen Gremium sowie eine Stellvertreterin bzw. Stellvertreter. In der 16. Wahlperiode sind die Mitglieder der Bayerischen Kinderkommission MdL Petra Dettenhöfer (CSU), MdL Dr. Simone Strohmayer (SPD), MdL Eva Gottstein (FW), MdL Claudia Stamm (Bündnis 90/Die Grünen) und MdL Brigitte Meyer (FDP). Der Vorsitz wechselt turnusmäßig zwischen den ordentlichen Mitgliedern. Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen und öffentliche Äußerungen der Kinderkommission bedürfen der Einstimmigkeit. Wir wünschen uns sehr, dass diese interfraktionelle Zusammensetzung dazu beiträgt, Anregungen und Vorschläge für eine Politik für Kinder zu entwickeln, die von dem Bemühen um einen überparteilichen Konsens getragen ist.

Die Kinderkommission versteht sich als Sprachrohr für die Interessen von Kindern im Parlament. Außerdem will sie Ansprechpartnerin sein für Verbände, Organisationen und Einrichtungen, die sich mit Anliegen von Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Die Kinderkommission wird sich daher intensiv mit Experten beraten und vor allem sich mit den Ideen der Experten in eigener Sache, den Kindern und ihren Familien, befassen.

Petra Dettenhöfer  
Eva Gottstein  
Brigitte Meyer

Dr. Simone Strohmayr  
Claudia Stamm

### **Frühkindliche Bildung**

**Verantwortlich: MdL Petra Dettenhöfer**

Der Grundstein der frühkindlichen Bildung und Erziehung wird im Elternhaus gelegt. Entwicklungs- und Bildungschancen sind eng mit der Förderung durch die Eltern verbunden. In der Familie werden die entscheidenden Weichen für die soziale, persönliche und emotionale Entwicklung des Kindes und damit für seinen Bildungserfolg und seine künftigen Chancen im Leben gestellt. Der Großteil der Eltern ist sehr bemüht, das Beste für ihre Kinder zu erreichen. Deshalb gilt es in erster Linie die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken. Familienstützpunkte, Mütterzentren, Erziehungsberatungsstellen oder das Hebammenprojekt Maja sind wichtige Begleiter, um Mütter und Väter bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen.

Kindertageseinrichtungen leisten mit ihrer hochwertigen pädagogischen Arbeit einen wertvollen Beitrag zur frühkindlichen Bildung unserer Kinder – sie unterstützen und ergänzen die Eltern. Besonderes Augenmerk ist in diesem Zusammenhang auf die Qualitätsstandards zu legen. Der Anstellungsschlüssel sollte weiter verbessert werden. Tagespflege als Alternative muss für die Eltern bezahlbar sein. Für Kinder unter 3 Jahren ist der bedarfsgerechte Ausbau der Plätze in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiger Baustein. Der Situation von Alleinerziehenden und ihren besonderen Bedürfnissen sollte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da sie ihrer Familienverantwortung unter erschwerten Bedingungen gerecht werden müssen.

Für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus einem schwierigen sozialen Umfeld kann die frühzeitige Inanspruchnahme staatlicher Einrichtungen helfen, grundlegende Kompetenzen für den späteren Erfolg in Schule, Beruf und gesellschaftlichem Leben rechtzeitig zu erwerben. Kindertageseinrichtungen tragen so auch zu mehr Chancengerechtigkeit bei. Dafür bedarf es insbesondere einer gezielten Sprachförderung für Migrantenkinder, aber auch für Kinder ohne Migrationshintergrund, die aber in ihrer Sprachentwicklung verzögert sind. Um die Kinder beim Übergang von Kindergarten und Grundschule zu begleiten bedarf es ferner der engen Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule.

Die Kinderkommission wird sich daher

- durch einen Besuch beim Staatsinstitut für Frühpädagogik über den gegenwärtigen Stand der Bildungsforschung im frühkindlichen Bereich informieren.
- sich vor Ort ein Bild über das Modellprojekt Kindergarten der Zukunft KIDZ machen und Anregungen erarbeiten, wie die Erkenntnisse aus diesem Projekt für alle Kindertageseinrichtungen umgesetzt werden können.
- mit einem Besuch bei einer Fachakademie für Sozialpädagogik den gegenwärtigen Stand der Erzieherinnenausbildung sowie Möglichkeiten der Weiterentwicklung eruieren.

**Kinder und Jugendhilfe / Kinder und Gewalt****Verantwortlich: MdL Petra Dettenhöfer**

Es ist eine Aufgabe allerersten Ranges, Kinder bestmöglich vor Gefährdungen zu schützen. Diese Aufgabe setzt nicht erst im konkreten Gefährdungsfall ein. Vielmehr gilt es Gefährdungen präventiv entgegenzuwirken.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für den Freistaat Bayern 2008 weist 1.385 Kinder als Opfer von Gewaltstraftaten aus. In ca. der Hälfte der Fälle kannte das Kind den Täter oder war sogar mit ihm verwandt. Diese Zahlen spiegeln allerdings nur die Spitze des Eisberges wider. Es gilt weit unterhalb der Schwelle zur Strafbarkeit Kinder vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen. So bedeutet etwa gewaltfreie Erziehung weitaus mehr, als Kinder nicht mehr zu schlagen. In den Blick zu nehmen ist dabei nicht nur die Anwendung von körperlicher Gewalt, sondern auch von psychischer Gewalt. Auch Gewalttätigkeiten bei Kindern untereinander sowie zunehmend gegen sich selbst gerichtete Gewalt von Kindern stellen gravierende Problemfelder dar.

Ein zentraler Akteur zum Schutz der Kinder vor Gefährdungen ist die Kinder- und Jugendhilfe. Mit ihren beratenden, unterstützenden und fördernden Angeboten für junge Menschen und ihre Familien tragen sie insbesondere präventiv dazu bei, im persönlichen Nahfeld von Kindern Gefährdungspotentiale abzubauen. Beispielhaft für diese Angebotspalette sind hier die Kindertageseinrichtungen als Partner der Eltern bei der Bildung und Erziehung ihrer Kinder, die Erziehungs-, Eltern- und Familienberatungsstellen, die die elterlichen Kompetenzen bei der Förderung ihrer Kinder verbessern. Wen sich jedoch Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung ergeben, die die Eltern nicht abwenden können oder wollen, muss das Jugendamt aufgrund seines staatlichen Schutzauftrags intervenieren.

Die Kinder- und Jugendhilfe bedarf jedoch der guten Vernetzung mit vielen weiteren Institutionen, damit Kinderschutz gelingen kann. Hierzu gehören neben dem Jugendamt und den Akteuren der Jugendhilfe insbesondere auch die Justiz und Polizei, die Schule sowie das Gesundheitsamt.



Die Kinderkommission wird daher

- sich vor Ort über die Arbeit einer koordinierenden Kinderschutzstelle sowie das Bayerische Kinderschutzkonzept informieren und
- zusammen mit Praktikern aus Jugendhilfe, Polizei und Justiz über die Entwicklung der Gewalt an Kindern und Lösungsmöglichkeiten beraten.

**Kinder und Mobilität****Verantwortlich: MdL Petra Dettenhöfer**

Wir leben in einer Zeit weiter wachsenden Individualverkehrs und der Beschleunigung. Kinder haben einen natürlichen Drang zur Bewegung. Bewegung dient ihnen nicht nur zur körperlichen Ertüchtigung, sondern auch zum Entdecken und Begreifen ihrer Welt. Bewegung und Lernen gehören bei Kindern untrennbar zusammen. Ihre Teilnahme am öffentlichen Verkehr ist zwangsläufige Folge, birgt jedoch auch Gefahren, vor denen wir Kinder bestmöglich schützen müssen.

Ziel muss es daher ein, Kinder altersgemäß zur Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr zu befähigen und ihnen verkehrsgeschützte Freiräume zu schaffen. Hierzu ist es erforderlich, dass weiterhin Verkehrserziehung schon im Kindergarten und anschließend in der Grundschule regelmäßig durchgeführt und die Teilnahme am Straßenverkehr als Fußgänger oder auch Radfahrer praktisch eingeübt wird.

Neben den Kindertageseinrichtungen und den Schulen sind in erster Linie die Eltern bei der Sicherung ihrer Kinder vor den Gefahren im Straßenverkehr gefordert. Hierzu gehören gemeinsam zurückgelegte Gänge oder Fahrradtouren von Eltern und ihren Kindern, bei denen die Eltern die Kinder für Gefahren sensibilisieren, unabdingbar dazu. Welche Vorkehrungen für die Mitnahme von Kindern im Auto je nach Alter des Kindes zu treffen sind, könnte allen Erwachsenen dadurch vermittelt werden, dass dieses Thema in den Fahrschulunterricht integriert wird.

Zur Sicherheit von Kindern im Individualverkehr ist es ferner notwendig, dass Verkehrsmittel kindersicher ausgestattet werden. Dies betrifft insbesondere die Sicherheit der Schulbusse: Sie sind für die Verkehrssicherheit von Schulkindern bei Überlandwegen oder in verkehrsdichten Städten unverzichtbar, müssen dann aber auch durch gesicherte Haltestellen und bei jüngeren Kindern durch Begleitpersonen selbst sicher ausgestaltet werden. Notwendig ist zudem eine strenge Überprüfungen von Kindersitzen. Auch in Flugzeugen sollten vorgehaltene Kindersitze selbstverständlich sein.

Konkret wird sich die Kinderkommission

- über die Angebote des ADAC für Kinder und deren Sicherheit im Straßenverkehr informieren und
- schriftlich bei der Deutschen Bahn dafür einsetzen, dass ihr Service-Programm „Kids on tour“ auch auf Streckenverbindungen nach bayerischen Städten ausgeweitet wird.

## **Kinderarmut**

**Verantwortlich: MdL Dr. Simone Strohmayr**

Eine Klassenfahrt, gemeinschaftliches Kicken im Fußballverein oder auch die angesagte Markenjeans: All dies ist für viele Kinder und Jugendliche unerreichbar – auch in einem so reichen Land wie Bayern. Nach Auskunft der Wohlfahrtsverbände leben dort etwa 140 000 Kinder unter 15 Jahren in Haushalten, die Hartz IV empfangen. Fast jedes sechste Kind im Freistaat wird von einem alleinerziehenden Elternteil versorgt - und ist somit einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Neben Alleinerziehendenhaushalten stellen ausländische sowie kinderreiche Familien Gruppen dar, in denen der Anteil armer Kinder besonders hoch ist. Von den mit Abstand höchsten Kinderarmutsrisikoquoten sind jedoch Familien betroffen, in denen kein Elternteil einer Erwerbsarbeit nachgeht und/oder die in den Regelungsbereich des SGB II fallen.

Es muss daher Anliegen des Bayerischen Landtags sein, nach effektiven Wegen zu suchen, um Kinder aus der Armut herauszuholen. Die Kinderkommission wird daher Möglichkeiten ausloten, um

- über monetäre Leistungen tatsächlich eine spürbare Einkommensverbesserung in den Familien zu bewirken. Hierbei soll auch der Einsatz von Sach- und Dienstleistungen geprüft werden.
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranzutreiben und damit die Erwerbsbeteiligung der Eltern, insbesondere der Alleinerziehenden, zu fördern.
- um Menschen mit Migrationshintergrund eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu verschaffen
- die Bildungsarmut zu bekämpfen, da sie mit der materiellen Armut sehr häufig korreliert

**Kinder und Medien****Verantwortlich: MdL Dr. Simone Strohmayr**

Kinder und Jugendliche wachsen heute mit allen Medien auf. Längst haben moderne Informations- und Kommunikationstechnologien in Kita und Schule Einzug gehalten, sie sind wesentlicher Bestandteil in Ausbildung und Beruf, kaum einer möchte im Alltag auf sie verzichten.

Medien können jedoch bei übermäßigem und unsachgemäßem Konsum viele negative Auswirkungen auf die Gesundheit insbesondere von Kindern und Jugendlichen nach sich ziehen. Untersuchungen haben ergeben, dass Kinder, die besonders viel Zeit beispielsweise mit dem Handy, vor dem Fernseher oder im Internet verbringen, ein erhöhtes Risiko für auffällige Verhaltensweisen, wie Aufmerksamkeitsstörungen, Alkohol- und Drogenkonsum, Fettleibigkeit, schlechte Schulnoten und Rauchen, aufweisen.

Dabei sollte man bedenken: Alles, was wir lesen oder hören, kann auf einer unbewussten Ebene unsere Einstellungen mehr oder weniger stark beeinflussen. Das gilt für Kinder ebenso wie für Erwachsene. Kinder gelten jedoch als weitaus empfänglicher. Der Medienmanipulation ist also Tür und Tor geöffnet, wenn keine Maßnahmen zum Schutze der Kinder und Jugendlichen getroffen werden.

Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass Kontrollinstanzen wie die KJM, FSM oder die USK die Eltern zwar von der Aufgabe entlasten, einzelne Spiele oder Internetseiten auf ihre Jugendeignung hin zu beurteilen. Auch können technische Sicherheitsvorkehrungen wie Webfilter, die den Zugriff auf unerwünschte Inhalte im Netz verhindern, behilflich sein. Die absolute Sicherheit per Label und per Knopfdruck gibt es allerdings nicht. Solche Maßnahmen können nie Ersatz für die elterliche Aufmerksamkeit sein und selbst diese stößt an ihre Grenzen, da der Nachwuchs niemals lückenlos im Alltag begleitet werden kann.



Es gibt also deutlich mehr zu tun, damit der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren der Medien gelingen kann. Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird daher

- die Missstände näher beleuchten und nach Möglichkeiten suchen, wie dem entgegengetreten werden kann
- das Ziel verfolgen, die Medienkompetenz der Kinder und Jugendliche zu stärken, damit dieser Personenkreis selbst die Gefahren der Medien einzuschätzen lernt und dementsprechend handeln kann.

### **UN-Kinderrechtskonvention**

**Verantwortlich: MdL Dr. Simone Strohmayr**

In Deutschland sind Kinder und Jugendliche seit Inkrafttreten des Grundgesetzes selbstverständlich ebenso wie Erwachsene Träger der Menschenrechte. Darüber hinaus gibt es aber Bestrebungen, die Rechte und das Selbstbewusstsein von Kindern und Jugendlichen in besonderem Maße zu stärken, insbesondere seitdem sich die Vereinten Nationen 1989 auf eigene Rechte von Kindern und Jugendlichen geeinigt und in der Folge eine Kinderrechtskonvention ins Leben gerufen haben. Die Bundesrepublik Deutschland hat das 54 Artikel umfassende Dokument unterschrieben und sich damit verpflichtet, diese Rechte für alle Kinder in Deutschland Lebenswirklichkeit werden zu lassen. Ob diese Verpflichtung eine Änderung des Grundgesetzes erfordert oder ob anderen Maßnahmen der Vorzug gegeben werden soll – auch dieser Frage will die Kinderkommission nachgehen.

Jedoch tat die damalige Bundesregierung dies unter Vorbehalt, insbesondere was Flüchtlingskinder betrifft. Die UN-Kinderrechte gelten für sie in Deutschland und damit auch im Freistaat Bayern bislang mit dieser Maßgabe. So haben z. B. junge Menschen, die vor Krieg und Gewalt aus anderen Ländern flüchten, nicht automatisch die gleichen Rechte wie diejenigen, die hier geboren sind. Kinderschutz- und Menschenrechtsorganisationen betrachten dies als einen Skandal.

Zudem hat die Bundesregierung ihren beim UN-Ausschuss für die Rechte der Kinder in Genf bis zum 4. April 2009 abzugebenden Bericht zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention noch nicht abgegeben.

Die UN-Kinderrechtskonvention existiert nun schon seit mehr als 20 Jahren. Trotzdem ist die Bundesrepublik nach wie vor kein in jeder Hinsicht kinderfreundliches Land. Bund, Länder und Kommunen müssen daher mehr als bisher Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen.

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird daher

- sich für ein kinderfreundliches Bayern einsetzen
- die Aufklärung der Kinder und Jugendlichen vorantreiben. Denn: Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch einfordern.

**Schulische Bildung von Kindern****Verantwortlich: MdL Eva Gottstein**

Bildung ist die entscheidende Ressource für die Zukunft unserer Kinder und damit unserer Gesellschaft. Die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems ist eine der größten Herausforderungen für unsere Politik. Hervorzuheben ist besonders die Chancengleichheit in unserem Bildungssystem. Denn allen Kindern soll, unabhängig von Alter, sozialer Herkunft und Migrationshintergrund die bestmögliche Bildung angeboten werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten heran zu reifen, ihnen Werte unseres Gemeinwesens zu vermitteln und sie auf das Leben in der Gesellschaft vorzubereiten, in der sie gerne Verantwortung für sich und andere übernehmen können.

Daher setzt sich die Kinderkommission dafür ein

- im schulischen Bereich die Bildungsmöglichkeiten der Kinder weiter zu verbessern
- die öffentliche und politische Debatte zu verstärken, um spezifische Gesichtspunkte in diesem Bereich zu ergänzen
- zu beobachten, inwieweit Bildungssysteme anderer Staaten für Bayern bereichernd sein können

**Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern****Verantwortlich: MdL Eva Gottstein**

Junge Menschen in Bayern interessieren sich immer weniger für Politik und ihre Gremien. Bei der letzten Kommunalwahl im März 2008 – die Wahlbeteiligung hatte ohnehin ein historisches Tief von 59,5 Prozent erreicht – gingen weniger als die Hälfte der Berechtigten im Alter von 18 bis 25 Jahren an die Urnen.

Um dem entgegen zu wirken, sollten schon im Kindesalter die Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden, damit sie zu verantwortungsbewussten engagierten Mitgliedern unserer demokratischen Gesellschaft heranwachsen können.

Die Kinderkommission braucht nicht zuletzt Unterstützung durch Kinder und Jugendliche, die selbst für ihre Interessen eintreten, aktiv ihre Umwelt mitgestalten wollen.

Daher setzt sich die Kinderkommission ein für

- die Stärkung der Teilhabe-Rechte von Kindern in deren unmittelbarer Umgebung (Kinder- und Jugendparlamente).
- altersangepasste Mitwirkungsmöglichkeiten in allen Bereichen der Gesellschaft.
- die Förderung von außerschulischen Angeboten in der Jugendarbeit.
- einen Kindertag im Bayerischen Landtag.

**Kinder und Alltag****Verantwortlich: MdL Eva Gottstein**

Kinder sind in unserer Gesellschaft besonders schutzbedürftige Mitglieder. Sie erkunden jeden Tag aufs Neue ihre Umgebung. Es ist darum Aufgabe der Erwachsenen, dafür Sorge zu tragen, dass die Belange der Kinder stärker ins Bewusstsein unserer Gesellschaft treten.

Als Schwerpunkt des Bereiches „Kinder und Alltag“ haben sich die Mitglieder der Kinderkommission für das Thema „Kinderlärm“ ausgesprochen.

Kinder machen Lärm, und das ist das normalste der Welt, sie kommen ihrem natürlichen Spiel- und Bewegungsdrang nach. Doch leider ist immer wieder Kinderlärm Streitpunkt im Alltag und nicht zuletzt vor Gericht. Kinder brauchen Freiräume, um sich zu mündigen, sozialen und verantwortungsbewussten Mitgliedern unserer Gesellschaft zu entwickeln, Kinder sind unsere Zukunft.

Die Kinderkommission wird sich

- durch Sachverständigenanhörung ein umfassendes Bild verschaffen
- einsetzen für notwendige gesetzliche Änderungen auf Landes- und Bundesebene
- mitwirken, um einen echten Bewusstseinswandel für ein kinderfreundliches Bayern/ Deutschland zu ermöglichen



**Kinder und Ernährung/ Verbraucherschutz****Verantwortlich: MdL Claudia Stamm**

Die jüngsten Verbraucherinnen unserer Gesellschaft, nämlich Kinder und Jugendliche, benötigen besonderen Schutz und Aufmerksamkeit, um ihnen eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen. Das Recht auf gesunde Ernährung und unbedenkliches Spielzeug sind hierbei als wichtige Beispiele für Handlungsfelder der Politik zu nennen.

Gesunde und qualitativ hochwertige Ernährung ist eine wichtige Voraussetzung für Aktivität, Lebensqualität und Zufriedenheit bei Kindern und Jugendlichen während ihrer Entwicklung. Bewegungsmangel, ungünstige Essgewohnheiten, Essstörungen und mangelnder Bezug zu Qualität und Ursprung der Nahrung sind auch in Bayern mitverantwortlich für eine erschreckend hohe Zahl an dicken Kindern: So sind laut Schuleingangsuntersuchung 2008 8,8 % der ABC-Schützen übergewichtig, davon 3,4 % adipös.

Da ca. 40 % der übergewichtigen Kinder in ihrer weiteren Entwicklung auch dicke Erwachsene werden, entstehen hierdurch massive Kosten für das Gesundheitssystem. Bereits jetzt machen pro Jahr im deutschen Gesundheitssystem die Ausgaben ernährungsmitbedingter Krankheiten 30 % und damit ca. 80 Milliarden Euro aus. Diese Ausgaben wären durch präventive Aktionen und sensible Aufklärung über Ernährungsverhalten vermeidbar.

Die Kinderkommission wird sich auf der Basis des bestehenden Fachwissens mit den medizinischen, sozialen, kulturellen und finanziellen Aspekten schlechter Ernährung und Lebensweisen bei Kindern und Jugendlichen beschäftigen und hierzu Lösungsansätze erarbeiten.

Thematische Schwerpunkte hierbei sind in der verstärkten und verbesserten Aufklärung und Information von Eltern im Alltag und ErzieherInnen/ LehrerInnen in Bereuungseinrichtungen und Schulen über gesunde Ernährung und aktive Lebensweise mit mehr Bewegung zu setzen. Der Zusammenhang zwischen ungünstigen Ernährungs- und Lebensweisen und chronischen (z.B. Diabetes Typ 1)

oder anderen Erkrankungen sowie möglichem psychischen Leiden in Folge (Depressionen bei Übergewicht, etc.) soll dabei hervorgehoben werden. Hierbei sollen insgesamt auch Lösungsansätze erarbeitet werden, wie nichtdeutsche Eltern für das Thema sensibilisiert und darüber informiert werden können (bspw. bei mangelnden Kenntnissen der deutschen Sprache).

Darüber hinaus ist die Verbesserung der Ernährung in Gemeinschaftsverpflegungen ein wichtiges Ziel. Hierbei ist zu überprüfen, ob die bereits existierenden Projekte reichen oder ausgeweitet werden müssten. Auch die Sensibilität im Umgang mit Lebensmitteln und die Wertschätzung gesunder Produkte soll bei den Kindern und Jugendlichen durch Aktionen, wie bspw. gemeinsames Kochen, gestärkt werden.

Neben ungesunder Ernährung gefährden Giftstoffe in Spielwaren die Gesundheit der Kinder. Egal ob Schwermetalle, krebserregende Stoffe oder hormonähnliche Weichmacher; in Spielzeug sammeln sich katastrophale Mengen an Chemikalien, die die Kinder durch Berührung täglich aufnehmen.

So hat das BfR (Bundesinstitut für Risikobewertung) erst kurz vor Weihnachten wieder vor Chemikalien in Kinderspielzeug gewarnt und in diesem Zusammenhang auf die „steigende Zahl von Krebserkrankungen“ bei Kindern hingewiesen. Einer der besonders häufig verwendeten und giftigen Chemie-Cocktails darf laut EU-Spielzeugrichtlinie nur bis zu einer Konzentration von 100 Milligramm pro Kilogramm in Spielzeug vorhanden sein. „Schon in diesem Fall können Kinder bei einstündigem Hautkontakt ein Vielfaches dessen aufnehmen, was im Rauch von 40 Zigaretten am Tag enthalten ist“, warnt das BfR. Das Institut hält die gültige EU-Spielzeug-Richtlinie deshalb für völlig unzureichend.

Grenzwerte werden hier in Hinblick auf Erwachsene festgelegt.

Durch eine Novellierung der EU-Spielzeugrichtlinie muss schleunigst ein umfassender Schutz der Kinder vor diesen Giften erreicht werden. Hierbei ist es auch Aufgabe der Länderregierungen, sich auf Bundesebene für eine solche umfassende Novellierung stark zu machen. Darüber hinaus muss durch die für Hersteller und Importeure verpflichtende Analyse und Siegelvergabe durch ein

unabhängiges Prüfinstitut (wie beim GS-Siegel „Geprüfte Sicherheit“) die Unbedenklichkeit eines Spielzeugs für die Eltern klar und sicher erkennbar gemacht werden.

**Kinder und Flucht / Integration****Verantwortlich: MdL Claudia Stamm**

Für junge Neuzuwanderer, die zum Beispiel im Rahmen des Familiennachzugs nach Bayern kommen und zu alt für einen qualifizierenden Abschluss sind, gibt es häufig keine adäquaten Sprach- und Qualifizierungsmaßnahmen. Die Jugendmigrationsdienste sehen hier ein großes Defizit. Dies wirft die Frage auf, wie auch diesem Personenkreis eine Perspektive in unserer Gesellschaft eröffnet werden kann. Ein weiterer Themenschwerpunkt ist die Situation von Kindern, deren Eltern keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Diese Kinder leben in der Regel am Rand der Gesellschaft und sind ausgeschlossen von Bildung, Gesundheitsdiensten und Wohnraum, was sich extrem negativ auf die Sozialisation, auf Entwicklung und Teilhabemöglichkeiten der Kinder auswirkt.

Darüber hinaus ist auch die Situation von Jugendlichen mit prekärem Aufenthaltsstatus zu diskutieren. Es muss darüber nachgedacht werden, ob es auch für Kinder ohne Aufenthaltsstatus möglich sein sollte, in die Schule zu gehen und auf ihr Alter zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen zu erhalten, um beispielsweise den Hauptschulabschluss nachholen zu können.

Besonders betroffen von sozialer Ausgrenzung sind Kinder von Flüchtlingen. Dies beginnt bereits bei der Unterbringung und Versorgung der betroffenen Kindern in den Gemeinschaftsunterkünften, in denen sie häufig beengt und unterhalb der Armutsgrenze leben müssen und in denen häufig keine Räumlichkeiten für Spiele und Hausaufgaben zur Verfügung stehen. Die eingeschränkte medizinische Versorgung und der enorme psychische Druck wirken sich negativ auf die Entwicklung der Flüchtlingskinder aus. Gerade in der Freizeit sind sie aufgrund ihrer marginalisierten Situation von Gleichaltrigen isoliert. Besonderes Augenmerk ist in diesem Zusammenhang auf die besondere Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ab 16 zu richten. In diesem Zusammenhang stehen auch das 4-Stufen-Konzept – und insbesondere dessen praktische Umsetzung – sowie der deutsche Vorbehalt gegen die UN-Kinderrechtskonvention zur Debatte.

Auch bei Menschen mit Migrationshintergrund liegt die Armutsquote bei 25 Prozent. Ihr Einkommen liegt um 20 Prozent unter dem durchschnittlichen Nettoeinkommen und sie sind doppelt so häufig arbeitslos. Gleichzeitig gehören nicht EU-Ausländer überproportional häufig zu den kinderreichen Familien. Kinderreiche Paare mit drei oder mehr Kindern verfügen insgesamt über ein deutlich niedrigeres Einkommen als der Durchschnitt der Bevölkerung (ca. 15 %).

Kinder mit Migrationshintergrund haben durchschnittlich einen geringeren Bildungserfolg. 17 Prozent der Mädchen und 22 Prozent der Jungen mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne Abschluss. Damit sind sie auf dem regulären Arbeitsmarkt so gut wie chancenlos. Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird sich deshalb auch mit politischen Lösungsansätzen und –vorschlägen zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund auseinandersetzen. Hierzu gehören u.a. der Ausbau der frühen Sprachförderung in Kitas und Grundschulen, mehr individuelle Förderung der Schüler, die gezielte Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, die Einbeziehung der Eltern und die interkulturelle Fortbildung von ErzieherInnen und Lehrkräften.

### **Vernachlässigung und soziale Ausgrenzung**

**Verantwortlich: MdL Claudia Stamm**

Die EU hat das Jahr 2010 in Übereinstimmung mit den Mitgliedsstaaten zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Vor diesem Hintergrund ist es so besonders wichtig, diese Schwerpunkte in der Kinderkommission zu setzen. Durch emotionale und physische Vernachlässigung, durch Gewalt und körperliche Strafen, werden Kinder stark in ihrem Wohlbefinden und ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Gewalt wird als Modell der Konfliktbewältigung erlebt und selbst erlittene Gewalt in der Kindheit steigert die künftige Gewaltbereitschaft der Betroffenen. In Bayern wurden im Jahr 2006 rund 15.000 Fälle von häuslicher Gewalt polizeilich registriert, wobei in jedem dritten betroffenen Haushalt Kinder lebten. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien sind besonders häufig von Gewalt, Vernachlässigung und sozialer Ausgrenzung betroffen. Kinder aus sozial schwachen Familien zeichnen sich durch einen schlechteren Gesundheitszustand und häufigere psychische Auffälligkeiten aus. Sie haben deutlich schlechtere schulische und berufliche Chancen. Oft fehlt es den Eltern an grundsätzlichen Kompetenzen zur Lebens- und Alltagsbewältigung. Diese Kinder und Familien brauchen deshalb eine zielgerichtete und nachhaltige Unterstützung.

Eltern in schwierigen Lebenssituationen, minderjährige Eltern, alkohol- und suchtkranke Eltern sowie psychisch erkrankte Eltern brauchen zur Stärkung der Elternkompetenzen und bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung ein verlässliches Hilfe- und Unterstützungsangebot. Durch ein flächendeckendes System aufsuchender Früher Hilfen kann Vernachlässigung und soziale Ausgrenzung bereits in einem frühen Stadium erkannt und verhindert werden. Die Kinderkommission des bayerischen Landtags wird sich deshalb mit den organisatorischen und datenschutzrechtlichen Problemen bei der Implementierung niedrigschwelliger, aufsuchender sozialer Frühwarn- und Fördersysteme auseinandersetzen.

Ein wichtiger präventiver Ansatz zur Stärkung der Erziehungsverantwortung ist die Förderung des Ausbaus der kommunalen Infrastruktur der Eltern- und Familienbildung und -beratung. Hier gilt es, das Angebot an Mütter- und Nachbarschaftszentren, Erziehungsberatungsstellen und Familienbildungsstätten

weiter zu stärken und auszubauen. Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird sich intensiv mit der Auswertung der durch den Freistaat geförderten Modellprojekte Familienstützpunkte und Koordinierende Kinderschutzstellen beschäftigen. Eine dauerhafte finanzielle Absicherung und ein flächendeckender Ausbau dieser Angebote ist zu prüfen.

Neben der besseren Vernetzung der verschiedenen Akteure, geht es auch um eine Einbeziehung des Gesundheitswesens in die Präventions- und Hilfsarbeit, den Ausbau der kommunalen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, eine bessere Qualifizierung der handelnden Akteure und die Stärkung nachbarschaftlicher Strukturen um gesellschaftlicher Isolation vorzubeugen. Die Gewährleistung eines effektiven Kinderschutzes hat für die Kinderkommission des Bayerischen Landtags höchste Priorität.



**Kinder und Behinderung / Inklusion****Verantwortlich: MdL Brigitte Meyer**

Der in den letzten Jahren vollzogene Paradigmenwechsel, auch unterstützt von der UN-Konvention zum Schutz von Menschen mit Behinderung, von der Fürsorge und Versorgung hin zur gleichberechtigten Teilhabe, war ein sehr wichtiger und richtiger Schritt. Das vorrangige Ziel der bayerischen Behindertenpolitik ist es deshalb, schrittweise die volle Inklusion der Menschen mit Behinderung in Gesellschaft und Beruf zu verwirklichen. Doch zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gemeinschaft bereits vom Kindesalter an gehört auch die Möglichkeit Freizeit sinnvoll gestalten, Kontakte knüpfen und Neues kennenlernen zu können.

Inklusion darf aber nicht ein rein gesetzliches Konstrukt bleiben. Damit Kinder mit Behinderung wirklich in die Gemeinschaft aufgenommen werden, muss die Inklusion erst noch alle Köpfe der Menschen erreichen, denn dort findet der wichtigste Part der Inklusion statt: die Annahme eines jeden Menschen, unabhängig von einer Behinderung. Dieses Ziel ist leider noch nicht erreicht. Daher muss es Aufgabe der Politik sein, diesen Prozess unterstützend zu begleiten. Erste Schritte dahingehend werden mit Formen der inklusiven Schule und integrativen Kindergärten bereits unternommen. Ein gemeinsames Aufwachsen und füreinander da sein ist ein wichtiger Ansatzpunkt hierfür.

Die Zahl der Menschen mit Behinderung in Bayern hat auf Grund der guten medizinischen Möglichkeiten kontinuierlich die letzten Jahre zugenommen. Und auch die Entwicklungsprognosen fallen immer besser aus. Viele Menschen mit Behinderung können heute mehr Kompetenzen und Selbständigkeit erlangen, als dies noch vor einigen Jahren möglich war. Dies liegt sowohl an der medizinischen Versorgung als auch an den technischen Hilfsmitteln und der immer weiter verbreiteten Barrierefreiheit. Um diesen Prozess weiter zu unterstützen, muss daher insbesondere Kindern mit Behinderung von Anfang an qualitativ hochwertige Förderung zgedacht werden, um sie von Anfang an zu fördern und bestmöglich an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Daher muss es Aufgabe der Politik sein, im Bereich der Frühförderung die Strukturen und Vernetzung mit anderen Stellen der Familien- und Jugendhilfe so herzustellen, dass eine bestmögliche Förderung gewährleistet ist.

Die Kinderkommission wird daher Aktionen starten, um

- Inklusion in die Köpfe der Menschen zu bringen
- die Wichtigkeit der Inklusion zu thematisieren
- die Strukturen im Bereich der Frühförderung bestmöglich zu gestalten

## **Kinder und Kultur**

**Verantwortlich: MdL Brigitte Meyer**

Kultur ist ein schwer zu definierender Begriff. Am meisten Konsens besteht jedoch, wenn man als Kultur alles vom Menschen Erschaffene betrachtet. Dazu gehören auf der einen Seite Werte, Normen, Religionen, Weltanschauungen, und auf der anderen Seite Musik, die bildenden Künste, Architektur, Lyrik und Prosa.

In einer stark zunehmenden globalisierten Welt treffen immer mehr verschiedene Kulturen aufeinander. Das Umziehen und Arbeiten in einem weit entfernten Land ist keine Seltenheit mehr. So leben und arbeiten in Bayern Menschen mit ihren Familien aus vielen Nationen. Integration beginnt in den Köpfen der Menschen. Gerade Kinder verfügen über die große Begehung, anderen Menschen mit voller Neugier und ohne Voreingenommenheit gegenüberzutreten. Dies sollte man nutzen und im Rahmen von gezielten Projekten fördern. Daher sollte keine Chance ungenutzt verstreichen, Kindern immer wieder nahezubringen, unterschiedliche Kulturen zu akzeptieren und als positive Bereicherung wahrzunehmen.

Neuen Kulturen kann man sowohl im menschlichen Beieinander sein begegnen, aber auch im Rahmen von Ausstellungen und Museen. In Bayern gibt es eine Vielzahl von Museen und historischen Gebäuden, angefangen im künstlerischen Bereich, über die Geschichte der Menschheit bis hin zum naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Im Rahmen von Museen können Kinder die schönen Künste genießen, die Welt entdecken, sich als kleine Forscher fühlen und ein bisschen mehr vom Leben verstehen. Viele Museen und Städte bieten bereits extra Ausstellungen für Kinder oder spezielle Führungen für Familien an, denn erst so macht Kultur den Kindern richtig Spaß. Damit Familien und Lehrer noch bessere Angebote speziell für Kinder zur Kulturbildung ausfindig machen können, bietet sich hierzu die Erarbeitung eines Elternratgebers „Kultur für Kinder“ an.

Laut Sozialbericht stellen für Kinder und Jugendliche die neuen Medien einen wichtigen Part in ihrem Freizeitverhalten dar. Projekte wie das „Filmende Klassenzimmer“ verdeutlichen Jugendlichen, wie ein Film entsteht und führen sie so in den Bereich der Medienproduktion ein. Sich selber künstlerisch engagieren zu können im Bereich der neuen Medien ist für viele eine hochinteressante Erfahrung. Somit sollten auch die neuen Medien in der Kultur nicht fehlen.

Die Kinderkommission wird daher

- Aktionen und Programme ins Leben rufen, mittels denen Kindern beigebracht wird, unterschiedliche Kulturen zu akzeptieren und als positiv wahrzunehmen
- Einen Elternratgeber „Kultur für Kinder“ ins Leben rufen
- Die neuen Medien in die Aktionen zur Kultur für Kinder miteinbeziehen

**Kinder und Gesundheit / Sport****Verantwortlich: MdL Brigitte Meyer**

Kinder zu einer gesunden Lebensweise zu erziehen ist eine sehr wichtige Aufgabe der Eltern und der gesamten Gesellschaft. Ein gesunder Lebensstil erweist sich als beste Präventionsmaßnahme vor physischen und psychischen Leiden. Daher sollte unter Gesundheit nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Gesundheit ins Zentrum der Arbeit der Kinderkommission gerückt werden.

Laut Sozialbericht offenbaren viele Studien, dass insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Gruppen häufiger Unfälle erleiden, einen schlechteren Zahnzustand aufweisen und bei den Schuleingangsuntersuchungen eine häufigere Notwendigkeit der Frühförderung im sprachlichen und motorischen Bereich offenbaren. Das höhere Verletzungsrisiko ergibt sich oft aus mangelndem Präventionsverhalten, beispielsweise durch das Weglassen eines Fahrradhelmes beim Fahrrad fahren. Im Bereich der Zahngesundheit vereint eine immer kleinere Gruppe den größten Teil der Zahnerkrankungen auf Grund von mangelnder Zahnhygiene.

Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass fast 10% der Kinder unter Übergewicht oder Adipositas leiden, darunter überproportional Kinder aus benachteiligten Gruppen oder mit Migrationshintergrund. Diese Kinder haben auch eine größere Vorliebe für ernährungsphysiologisch eher ungünstige Essgewohnheiten wie Fast Food und stark zuckerhaltige Erfrischungsgetränke. In Anbetracht dieser Erkenntnisse wird deutlich, dass hier möglichst früh angesetzt werden muss, um eine gesunde Lebensweise zu etablieren. Prävention statt Reaktion, muss hier der Grundsatz lauten. Daher muss an die Eltern appelliert werden, ihren Kindern eine gesunde Lebensweise vorzuleben. Darüber hinaus müssen Aktionen für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen werden, die ihnen die Notwendigkeit einer gesunden Lebensweise aufzeigen und ihnen auch demonstrieren, wie man mit Spaß durch Sport und gesundes Essen fit und gesund sein kann.

Im späteren Jugendalter tritt ein ganz spezielles Risiko für die gesundheitliche Entwicklung auf. An Magersucht oder Bulimie erkranken in der Adoleszenz und im frühen Erwachsenenalter 1-3% der Frauen. Diese gefährliche Krankheit, die auch zum Tode führen kann, geht häufig mit einer gestörten Selbstwahrnehmung einher. Darüber hinaus ergeben Studien, dass viele Mädchen in der Adoleszenz unglücklich

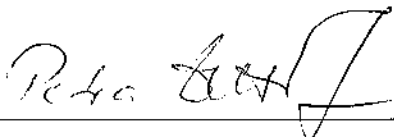
mit ihrem eigenen Körper sind und sich im Vergleich mit Fotomodells und Stars unattraktiv erleben. Daher sollte es auch ein wichtiges Anliegen der Politik sein, sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen und im Rahmen von Workshops oder Aktionen auf diese Thematik aufmerksam zu machen und Projekte zur primären Prävention starten. Eine mögliche Strategie wäre eine Zusammenarbeit mit Hochglanzmagazinen, welche Workshops für Jugendliche anbieten, um ihnen die Möglichkeiten der Fotomontage zu erläutern, um bei den Jugendlichen einen Sinn für Realitäten zu entwickeln.

Die Kinderkommission wird daher

- Appelle und Aktionen für eine gesunde Lebensweise starten.
- das Thema Bulimie in die Öffentlichkeit rücken und ihr mit Aktionen begegnen.

München, den 20. April 2010

Für die Kinderkommission des Bayerischen Landtags



Petra Dettenhöfer, MdL

(Vorsitzende des 1. Turnus)

## Anlage 5

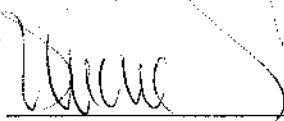
Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-004

**Beschluss der Kinderkommission vom 03.02.2011  
zum Thema „Inklusion an Schulen“**

1. Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags setzt sich dafür ein, dass die gestützte Kommunikation für Menschen mit Behinderung als ein wichtiges Mittel der Kommunikation allgemein anerkannt und angewandt wird. Aus Sicht der Kinderkommission ist hierbei das Mittel der gestützten Kommunikation auch in entsprechende Gesetze und Vorschriften aufzunehmen. Jedem Menschen mit Behinderung, der selbst nicht in der Lage ist zu kommunizieren, ist dieses Mittel zu ermöglichen.
2. Um die Inklusion von Menschen mit Behinderung voranzubringen, spricht sich die Kinderkommission dafür aus, dass in allen Regierungsbezirken Beratung im Hinblick auf Inklusion für betroffene Eltern und Kinder zur Verfügung steht. Eine Kooperation der Kompetenzen vor Ort (Einbindung der Fachlichkeit) und regelmäßige spezifische Mitarbeiterqualifizierungen sind notwendig.

München, den 03.02.2011



(Dr. Simone Strohmayr, Vorsitzende)



## Anlage 6

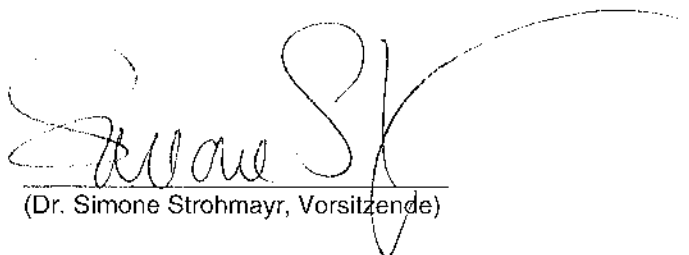
Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-005

**Beschluss der Kinderkommission vom 24.03.2011  
zum Thema: unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**

„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind besonders schützwürdig. Dies gilt auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge über 16 Jahren. Um dem besonderen Schutzbedürfnis dieser Personengruppe gerecht zu werden, setzt sich die Kinderkommission des Bayerischen Landtags dafür ein, dass die Staatsregierung es unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ermöglicht, unter Einbindung aller beteiligten Stellen schulische Angebote wahrzunehmen, die zur Erfüllung der Schulpflicht führen und (berufs)schulpflichtigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen den Schulbesuch schnellstmöglich, spätestens nach Ablauf eines Monats nach Zuzug aus dem Ausland, ermöglicht.

München, den 24.03.2011



(Dr. Simone Strohmayr, Vorsitzende)

## Anlage 7

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-006

## Beschluss der Kinderkommission vom 17.05.2011 zum Thema „Eltern-Kind-Entfremdung“

Die Scheidung der Eltern ist für Kinder oft ein traumatisierendes Erlebnis. Um den Bedürfnissen der Kinder besser gerecht werden zu können, ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit und Fortbildung aller am Scheidungsverfahren Beteiligten erforderlich. Die Kinderkommission empfiehlt:

1. eine Qualifizierungsoffensive für alle am Verfahren beteiligten Berufsgruppen (Familienrichterinnen, -richter, Fachkräfte der Jugendämter und der Erziehungsberatungsstellen, Gutachterinnen und Gutachter, Anwältinnen und Anwälte, Verfahrensbeistände), in der insbesondere interdisziplinäre Inhalte vermittelt werden (Erkenntnisse aus Forschung, Psychologie, Pädagogik, etc.).
2. Das Bayerische Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen richten eine Arbeitsgruppe ein, die sich mit der besseren Verzahnung der verschiedenen, am Scheidungsverfahren beteiligten Professionen befasst und Grundzüge einer interdisziplinären Zusammenarbeit erarbeitet.
3. Für eine gelingende Praxis beim Vollzug des Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) sollen alle Berufsgruppen zusammenwirken und den Eltern frühzeitig Beratung angeboten werden. Ziel soll sein, ein für das Kind bestmögliches Verhältnis zu den Elternteilen zu erhalten. Über den bestehenden gesetzlichen Rahmen hinaus ggf. festzustellende Weiterentwicklungsbedarfe sollen in der Arbeitsgruppe diskutiert und ggf. Umsetzungsschritte erarbeitet werden.

München, den 17.05.2011



(Dr. Simone Strohmayr, Vorsitzende)

## Anlage 8

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

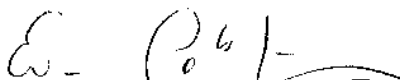
AZ: 16/KiKo-B-007

Beschluss der Kinderkommission vom 15.07.2011  
zum Thema „Familienpflege“

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags sieht in der vom Freistaat Bayern geförderten Familienpflege ein wichtiges Instrument zur Unterstützung von Familien in Notsituationen.

Die Kinderkommission unterstützt mit Nachdruck die Bemühungen des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, dass durch die neuen Förderrichtlinien auf keinen Fall eine Verschlechterung der bisherigen Fördersituation entsteht.

München, den 15.07.2011

  
(Eva Gottstein, Vorsitzende)

**Anlage 9**

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-008

Beschluss der Kinderkommission vom 28.09.2011

betreffend die Änderung der Geschäftsordnung der  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom  
10. Dezember 2009

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-008

### **Geschäftsordnung der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 10. Dezember 2009, geändert am 28.09.2011**

**Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags gibt sich unter  
Einbindung des Beschlusses des Bayerischen Landtags vom  
18.06.2009 auf Drs. 16/1562 und des Beschlusses vom 13.07.2011  
auf Drs. 16/9297 folgende Geschäftsordnung:**

#### **§ 1 Zusammensetzung und Stellvertretung**

- (1) Die Kinderkommission besteht aus einem Mitglied jeder Fraktion sowie einer entsprechenden Zahl von Stellvertreterinnen und Stellvertretern, die jeweils ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit sein sollen. Diese werden von den Fraktionen benannt. In begründeten Ausnahmefällen kann von der Mitgliedschaft im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit abgewichen werden.
- (2) Falls sowohl das ordentliche Mitglied einer Fraktion als auch die benannte Stellvertreterin oder der benannte Stellvertreter verhindert sind, kann jedes Mitglied der jeweiligen Fraktion als stimmberechtigte Vertreterin/ stimmberechtigter Vertreter entsandt werden

#### **§ 2 Vorsitz und stellvertretender Vorsitz**

- (1) Der Vorsitz und die damit verbundene Sprecherinnen bzw. Sprecherfunktion wechseln zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße.  
Der stellvertretende Vorsitz wechselt nach dem in der Anlage 1 genannten Schema.
- (2) Der Turnus des Wechsels des Vorsitzes und des stellvertretenden Vorsitzes ist Anlage 2 zu entnehmen.  
Pro Legislaturperiode erhält jede Fraktion mindestens einmal gleich lang den Vorsitz.
- (3) Die Wahl der Vorsitzenden bzw. des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden erfolgt - ab dem zweiten Turnus jeweils am Ende des vorhergehenden Turnus - im einfachen Verfahren.

### **§ 3 Arbeitsprogramm**

Die Mitglieder der Kinderkommission legen in Abstimmung untereinander ein Arbeitsprogramm mit Verteilung der Zuständigkeitsbereiche fest.

### **§ 4 Sitzungen**

- (1) Die Kinderkommission tagt grundsätzlich einmal monatlich mit Ausnahme der sitzungsfreien Zeiten. Die Einberufung weiterer Sitzungen bleibt jedoch unbenommen.
- (2) Die Kinderkommission tagt grundsätzlich nichtöffentlich.
- (3) Sofern die Anwesenheit der Staatsregierung gewünscht wird, wird diese ausdrücklich eingeladen.
- (4) Über die Sitzungen wird eine Niederschrift geführt.
- (5) Die Teilnahme an den Sitzungen ist Pflicht.

### **§ 5 Beschlussfähigkeit**

Beschlussfähigkeit besteht nur bei Anwesenheit aller stimmberechtigten Mitglieder.

### **§ 6 Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen, öffentliche Äußerungen**

- (1) Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen und öffentliche Äußerungen der Kinderkommission bedürfen der Einstimmigkeit.
- (2) Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit ist hierüber zeitnah zu informieren.
- (3) Die Beschlüsse der Kinderkommission werden schriftlich ausgefertigt und in Abdruck den sozialpolitischen Sprechern der Fraktionen im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit, den Landtagsbeauftragten der betroffenen Staatsministerien, den Fraktionen im Landtag und gegebenenfalls weiteren Adressaten, die im Einzelfall von der Kinderkommission bestimmt werden, zur Kenntnis gegeben.

### **§ 7 Tätigkeitsbericht**

Anlässlich eines jeden Wechsel des Vorsitzes legt die Kinderkommission dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit einen Tätigkeitsbericht vor.

### **§ 8 Öffentliche Anhörungen, Reisen**

- (1) Öffentliche Anhörungen sowie Reisen der Kinderkommission sind im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit durchzuführen.

- (2) Die Genehmigung der Präsidentin von öffentlichen Anhörungen und Reisen der der Kinderkommission wird durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Soziales, und Arbeit eingeholt.

### § 9 Ausgaben

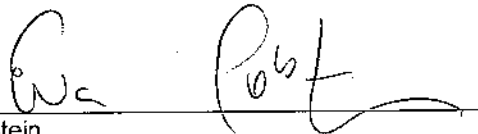
Alle Ausgaben, beispielsweise für die Arbeitskräfte im Büro der Kinderkommission, Reisekosten der Experten etc., werden über das Budget des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit abgewickelt.

### § 10 Anwendung der Geschäftsordnung des Landtags

Soweit diese Geschäftsordnung nichts anderes regelt, gelten die Bestimmungen der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag über Unterausschüsse direkt und die Bestimmungen über Ausschüsse entsprechend.

München, den 28.09.2011

Für die Kinderkommission des Bayerischen Landtags



Eva Gottstein  
(Vorsitzende des 3. Turnus)



**Anlage 1 zur Geschäftsordnung der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 10. Dezember 2009**

Wechsel des stellvertretenden Vorsitzes in Abhängigkeit vom Vorsitz:

<b>Vorsitz</b>	<b>stellvertretender Vorsitz</b>
CSU	SPD
SPD	FW
FW	B90/Grüne
B90/Grüne	FDP
FDP	CSU

**Anlage 2 zur Geschäftsordnung der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 10. Dezember 2009**

Turnus des Wechsels des Vorsitzes und des stellvertretenden Vorsitzes:

In der 16. Wahlperiode, gerechnet ab der Konstituierung des Bayerischen Landtags (20. Oktober 2008), verbleiben von der Konstituierung der Kinderkommission des Bayerischen Landtags am 24. November 2009 bis zum Ende der Legislaturperiode 190 Wochen.

Daher entfallen auf jede Fraktion 38 Wochen, in denen sie den Vorsitz ausüben kann.

Der Turnus wird daher wie folgt festgelegt:

1. Turnus:	24. November 2009	bis	16. August 2010
2. Turnus:	17. August 2010	bis	09. Mai 2011
3. Turnus:	10. Mai 2011	bis	30. Januar 2012
4. Turnus:	31. Januar 2012	bis	22. Oktober 2012
5. Turnus:	23. Oktober 2012	bis	15. Juli 2013 bzw. Ende der WP

## Anlage 10

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-009

**Beschluss der Kinderkommission vom 01.12.2011  
zum Thema „Asylbewerberkinder und Leistungen nach  
dem Teilhabepaket“**

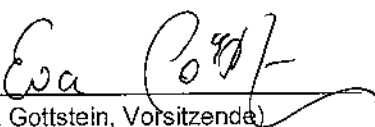
Die Kinderkommission begrüßt die bundesrechtliche Regelung, Kinder, welche als Leistungsempfänger nach § 2 AsylbLG gelten, in das Bildungs- und Teilhabepaket nach SGB II bzw. SGB XII miteinzubeziehen.

Allerdings ist es für die Kinderkommission nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund Kinder, welche als Leistungsempfänger nach § 3 AsylbLG gelten, in Bayern unter besonderen Umständen zwar Leistungen aus dem Bildungspaket, nicht aber aus dem Teilhabepaket erhalten und so unnötigerweise eine Ausgrenzung geschaffen wird. Diese Kinder erhalten beispielsweise nicht die Unterstützung, in Sport- und Jugendvereine einzutreten oder andere soziokulturelle Angebote wahrzunehmen. Dadurch entsteht nicht nur eine Ausgrenzung gegenüber der ansässigen Bevölkerung. Vielmehr werden diese Kinder zusätzlich gegenüber denjenigen Kindern benachteiligt, die als Leistungsempfänger nach § 2 AsylbLG gelten. Diese Benachteiligung wird besonders spürbar, wenn die unterschiedlich eingestuften Kinder eine gemeinsame Unterkunft teilen.

Für die Kinderkommission erweist sich aber gerade die Teilhabe an entsprechenden sportlichen und soziokulturellen Angeboten als äußerst wichtig nicht nur für die Integration, sondern ebenso für die persönliche Entwicklung von jungen Menschen.

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtages empfiehlt deshalb eine Gleichbehandlung aller Kinder hinsichtlich des Bildungs- und Teilhabepakets nach Sozialgesetzbuch II und XII (SGB II und SGB XII).

München, den 01.12.2011

  
(Eva Gottstein, Vorsitzende)

## Anlage 11

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

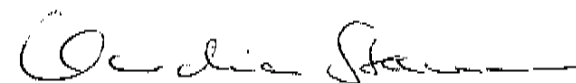
AZ: 16/KiKo-B-010

### Beschluss der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 21.06.2012 zum Thema „Trennung von Flüchtlingsgeschwistern“

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags setzt sich dafür ein, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlingsgeschwister nach ihrer gemeinsamen Ankunft in Bayern nicht getrennt werden, wenn diese einen solchen Wunsch äußern. Oberstes Ziel soll neben der Wahrung des Kindeswohls, sprich einer Unterbringung, die der Hilfebedürftigkeit entspricht, ebenso die Familienzusammenführung sein. Gerade in den ersten Tagen nach der Ankunft würde ansonsten den in den meisten Fällen ohnehin traumatisierten Kindern durch eine unmittelbare Trennung eine weitere erhebliche Belastung zugemutet. Falls sich in der Folgezeit eine unterschiedliche Art der Unterbringung empfiehlt, ist darauf zu achten, dass trotzdem eine größtmögliche räumliche Nähe hergestellt und regelmäßige Treffen gewährleistet werden.

Auch wenn derartige Situationen erwartungsgemäß selten auftreten, empfiehlt die Kinderkommission für jeden einzelnen Fall eine humane, unbürokratische und vor allem unmittelbare Lösung herbeizuführen, die den oben genannten Vorstellungen der Kinderkommission entspricht. Dabei sind alle je nach Fall zuständigen Stellen wie Bezirk, Jugendamt, Polizei und gegebenenfalls das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen zu beteiligen.

München, den 21.06.2012



(Claudia Stamm, Vorsitzende)

## Anlage 12

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags


Az: 16/KiKo-B-011

**Beschluss der Kinderkommission vom 05.07.2012  
zum Thema „Pädagogisches Kochen als „best-practice“-  
Beispiel“**

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags empfiehlt der Staatsregierung, das Projekt „Pädagogisches Kochen“, praktiziert am Städtischen Luisengymnasium in München, als „best-practice“-Beispiel in das Informationsangebot des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aufzunehmen.

Die Kinderkommission ist davon überzeugt, dass die Kinder und Jugendlichen durch dieses Projekt nicht nur erweiterte Fähigkeiten in den Bereichen Organisation und Zusammenarbeit erwerben, sondern insgesamt ihre sozialen Kompetenzen ausbauen können. Darüber hinaus wird ihnen ein wertvoller Bezug zum Thema gesunde Ernährung vermittelt.

München, den 05.07.2012



(Claudia Stamm, Vorsitzende)

**Anlage 13**

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

Az: 16/KiKo-B-012

## Beschluss der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 15.11.2012 zum Thema „Kinder im Internet: Kompetent und geschützt“

Die Kinderkommission des bayerischen Landtages sieht dringend Nachholbedarf im Bereich Internetsicherheit für Kinder und Jugendliche. Einerseits müssen Kinder im Umgang mit Internet und mobilen Diensten besser geschult werden, damit sie von den vielfältigen Chancen, welche die neuen Medien bieten, profitieren können. Andererseits ist es notwendig, Kinder vor gefährdenden Inhalten zu schützen,

Eine zentrale Rolle in der Medienerziehung spielen die Eltern. Sie sind durch entsprechende Informations- und Beratungsangebote zu unterstützen. Dazu gehört auch eine stärkere Förderung von hochwertigen Online-Inhalten für Kinder und Jugendliche und deren Bekanntmachung.

Die Kinderkommission fordert zudem die Provider auf, NutzerInnen darauf hinzuweisen, dass es wichtig ist, dass Eltern ihre Kinder auf ihrem Weg ins Internet begleiten und nach französischem Vorbild über Filtersoftware zu informieren. Mit dieser Software können Eltern den Internetzugang gerade für jüngere Kinder sicherer machen. Doch sind solche Möglichkeiten nicht bekannt genug. Geeignete Filtersoftware muss für verschiedene Altersgruppen zur Verfügung stehen. Über die Gefahren, dass Filtersoftware nur begrenzte Möglichkeiten bieten und sie leicht ein falsches Sicherheitsgefühl vermitteln können, muss ebenfalls hingewiesen werden. Gleiches gilt für die zwangsläufig eingeschränkte Funktionsfähigkeit, die sich durch die Anwendung dieser Software ergibt.

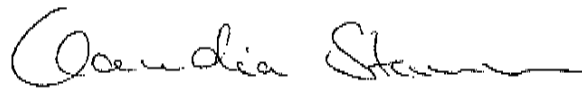
Des Weiteren spricht sich die Kinderkommission dafür aus, Medienkompetenz in der Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen und ErzieherInnen verpflichtend anzubieten. In der heutigen Zeit ist das Internet auch in der Schule ein gängiges Medium. Projekte wie der Bayerische Medienführerschein können helfen, das Thema stärker in den Unterricht zu bringen. Wichtig ist aber vor allem, dass sich Lehrer und Erzieher bereits während ihrer Ausbildung mit dem Thema Medien intensiv und differenziert auseinandersetzen, um diese später besser Unterricht und Betreuung einsetzen zu können und sich mit Kindern über Möglichkeiten und Gefahren des Internets auseinanderzusetzen.

2

Mit gut ausgebildeten Lehr- und Erziehungskräften und weiteren Fachleuten sollten dann mindestens jährliche Elternabende zum Thema in allen Kindergärten und Schulen abgehalten werden.

Schließlich empfiehlt die Kinderkommission den Einsatz von mehr Fachkräften im Bereich der Medienerziehung sowie einer Stärkung der sogenannten MiBs (Medienpädagogisch-informationstechnische BeraterInnen), sowohl personell als auch verwaltungstechnisch (z.B. Freistellung). Die Methode der Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit direkt im Internet soll dabei ebenfalls angewendet werden. Mit dieser Methode ist der Einsatz von SozialarbeiterInnen im Internet nach dem klassischen Streetwork-Prinzip gemeint. D.h. dass sich Fachkräfte dort aufhalten und für Jugendliche ansprechbar sind, wo sich diese normalerweise aufhalten. Und zu diesen Orten gehört nach Ansicht der Kinderkommission mittlerweile auch das Internet.

München, den 15.11.2012



---

Claudia Stamm  
Vorsitzende der KiKo Bayern

## Anlage 14

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

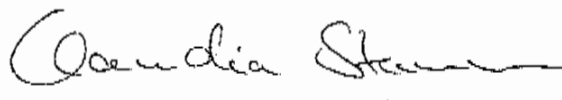
Az: 16/KiKo-B-013

## Beschluss der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 15.11.2012 zum Thema „Besteuerung von Schulessen“

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags empfiehlt der Staatsregierung, sich dafür einzusetzen und gegebenenfalls nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, dass Schulessen auch dann steuerbefreit bzw. mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz besteuert werden kann, wenn das Essen nicht durch den Schulträger selber, sondern von dem Essensproduzenten und/oder Lieferanten ausgegeben wird.

Weil für die reine Essenslieferung an Schulen und Kitas bereits der ermäßigte Steuersatz bzw. eine Steuerbefreiung gilt, ist es für die Kinderkommission nicht nachvollziehbar, dass das Schulessen höher besteuert wird, wenn der/die Lieferant/in oder Mensabetreiber/in noch sonstige Leistungen erbringt, wie beispielsweise die Bereitstellung von Geschirr. Durch die höhere Besteuerung fehlen dann oft die notwendigen Mittel für ein gesünderes Speiseangebot. Außerdem steht das Essensangebot an Schulen in vielen Fällen in Konkurrenz mit umliegenden Fastfood- oder Imbiss-Ständen, für die der ermäßigte Steuersatz gilt und die dadurch mittels preiswerter Angebote Kinder und Jugendliche anlocken. Weil die Kinderkommission aber einen hohen Mehrwert in der gemeinsamen Mahlzeit an der Schule sieht, empfiehlt sie, diesbezügliche Erleichterungen bei der Besteuerung des Schulessens vorzunehmen.

München, den 15.11.2012



Claudia Stamm  
Vorsitzende der KiKo Bayern



## Anlage 15

Kinderkommission  
des Bayerischen Landtags

Az: 16/KiKO-B-014

**Beschluss der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom  
16.05.2013 zum Thema „Kein sexueller Missbrauch von Kindern“**

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags sieht einen dringenden Handlungsbedarf bei der Prävention und Intervention bei sexuellem Missbrauch von Kindern. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik wurden im Jahr 2012 in Bayern 1.832 sexuelle Übergriffe auf Kinder zur Anzeige gebracht, die Dunkelziffer dürfte jedoch um ein Vielfaches höher liegen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Kinderkommission die Etablierung einer bayernweit tätigen, telefonisch und per Mail und über gängige soziale Netzwerke im Internet erreichbaren Anlaufstelle gegen sexuellen Missbrauch bei Kindern und Jugendlichen, welche als erste Kontaktperson für Betroffene selbst sowie für Angehörige fungiert. Ihre Aufgabe ist die professionelle Weitervermittlung in bestehende Angebote vor Ort durch Errichtung eines Datenpools. Die Anlaufstelle sollte bayernweit durch entsprechende Werbemaßnahmen bekannt gemacht werden. Der Zugang zu ihr soll möglichst niedrigschwellig gestaltet sein, z.B. durch eine kostenlose Telefonnummer.

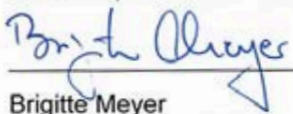
Darüber hinaus empfiehlt die Kinderkommission die Errichtung einer Internetseite, welche einen Überblick über die in Bayern bestehenden Beratungsangebote und Anlaufstellen bietet. Die Internetseite sollte so gestaltet sein, dass auch Kinder sich auf ihr zurechtfinden. Die Kontaktdaten zu der bayernweiten Anlaufstelle sind auf dieser Internetseite zu vermerken.

Die Kinderkommission setzt sich für die verpflichtende Einführung der „Leitlinien zur Prävention und Intervention sowie zur langfristigen Aufarbeitung und Initiierung von Veränderungen nach sexualisierter Gewalt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Institutionen“ des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ der Bundesregierung ein.

Damit betroffene Kinder und Jugendliche zeit- und wohnortnah bei Bedarf eine Therapie beginnen können, ist die kinder- und jugendpsychotherapeutische Versorgung zu verbessern.

Zur Prävention von sexuellem Missbrauch sollten die Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte in Bildungseinrichtungen (Kita, Schule, Jugendbildung), sowie die Öffentlichkeit durch ausreichende Informationen für diese Thematik sensibilisiert werden.

München, den 16.05.2013



---

Brigitte Meyer  
Vorsitzende der KiKo Bayern

## Anlage 16

Kinderkommission  
des Bayerischen Landtags

Az: 16/KiKo-B-015

**Beschluss der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom  
13.06.2013 zum Thema „Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen“**

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags sieht einen dringenden Handlungsbedarf bei der Prävention und Therapie von Essstörungen im Kindes- und Jugendalter. Essstörungen sind ernst zu nehmende psychosomatische Erkrankungen, die durch schwere Störungen des Essverhaltens gekennzeichnet sind. Inzwischen werden sie immer mehr zu einem Problem des Kindesalters und der frühen Jugend.

Daher empfiehlt die Kinderkommission, verstärkt bestehende Präventionsangebote (bspw. der Krankenkassen oder regionaler Therapiezentren) in der Schule sowie in Einrichtungen der Jugendarbeit durchzuführen. Dem zuständigen Personal in den jeweiligen Einrichtungen ist die Teilnahme an entsprechenden Schulungen zu ermöglichen.

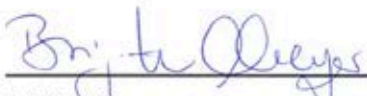
Darüber hinaus fordert die Kinderkommission, die kinder- und jugendpsychotherapeutische Versorgung in Bayern durch eine Änderung der Bedarfsplanungsrichtlinie für die Praxissitze der Kinder- und Jugendpsychotherapeuten zu verbessern, damit betroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien zeit- und wohnortnah eine Therapie beginnen können.

Zu einer Verbesserung des Therapieangebotes gehört auch die Ausweitung des auf Kinder und Jugendliche mit Essstörungen spezialisierten psychosomatischen Therapieangebotes an bayerischen Kliniken.

Die Kinderkommission empfiehlt abschließend die Einhaltung der Leitlinien für die Beratung und ambulante Therapie von Essstörungen des Bundesfachverbandes für Essstörungen.

Außerdem wird angeregt, dass sich die künftige Kinderkommission noch einmal mit dieser Thematik auseinandersetzt und die Einrichtung einer kostenlosen Hotline überprüft.

München, den 13.06.2013



Brigitte Meyer  
Vorsitzende der KiKo Bayern

**Anlage 17**

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-Ber-001

Tätigkeitsbericht  
über den  
ersten Turnus  
(24.11.2009 – 16.08.2010)

**Arbeit der Kinderkommission des Bayerischen Landtags  
in der 16. Legislaturperiode  
Erster Tätigkeitsbericht über den Turnus vom 24.11.2009 - 16.08.2010  
unter Vorsitz von MdL Petra Dettenhöfer (CSU-Fraktion)**

Im ersten Turnus hat sich die Kinderkommission des Bayerischen Landtags selbst organisiert, sich eine Geschäftsordnung sowie ein Arbeitsprogramm gegeben und ihren Online-Auftritt organisiert. Inhaltlich hat sie sich schwerpunktmäßig mit den Bereichen „frühkindliche Bildung“ und im Themenfeld „Kinder und Alltag“ mit der Lärmschutzproblematik befasst. Anlassbezogen wurden darüber hinaus noch die Themen „Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“, „frühe Hilfen“, „Kinderschutz“ und „flexible Grundschule“ diskutiert, aber noch nicht abschließend beraten. Zudem hat sich die Kinderkommission des Bayerischen Landtags mit der Kinderkommission Kempten ausgetauscht und vielfältige Bürgeranliegen aufgegriffen.

Hierzu hat die Kinderkommission 13 Sitzungen, davon 2 Einrichtungsbesuche, und fünf Fachgespräche durchgeführt.

Ferner nahmen auch die einzelnen Mitglieder der Kinderkommission zusätzliche Termine wahr. So stand die Vorsitzende der Kinderkommission, Petra Dettenhöfer für Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung, führte Fachgespräche mit dem Präsidenten des BLLV Herrn Wenzel, mit dem Bayerischen Hebammen Landesverband, mit dem Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Bayern und mit einer Runde von Erzieherinnen. Ferner besuchte sie als Kinderkommissionvorsitzende auch verschiedene Kindergärten und die Fachakademie für Sozialpädagogik in Weiden.

## **1. Frühkindliche Bildung**

### **a) Verbesserung der Bildungs- und Erziehungsqualität in Kindertageseinrichtungen**

Um Verbesserungsmöglichkeiten bei der Bildungsqualität in Kindertageseinrichtungen auszuloten, besuchte die Kinderkommission das Haus für Kinder in Günzburg, das am Modellprojekt KIDZ - Kindergarten der Zukunft - teilgenommen hat. Ferner ließ sich die Kinderkommission die Evaluation des Modellprojekts KIDZ vorstellen. Schließlich beriet sich die Kinderkommission mit der Leiterin des Staatsinstituts für Frühpädagogik, Dr. Fabienne Becker-Stoll.

Die Evaluation zeigt dabei, dass die am Modellprojekt KIDZ teilnehmenden Kinder in allen Bildungs- und Erziehungsbereichen höhere Kompetenzen aufweisen als die Vergleichsgruppe, besonders deutlich in den Bereichen mathematische Kompetenzen und Spracherwerb. Die von manchen befürchtete Vernachlässigung des Erwerbs von Alltags- und sozialen Kompetenzen durch die höhere kognitive Förderung blieb hingegen aus.

Sowohl die Praktiker von KIDZ in Günzburg als auch Professor Roßbach, der das Modellprojekt wissenschaftlich begleitete, führen die positiven Auswirkungen auf den Kompetenzerwerb nicht auf die unterschiedliche Struktur - also insbesondere

- 2 -

die Hereinnahme einer Grundschullehrkraft in das pädagogische Team - von KIDZ im Vergleich zu herkömmlichen Kindertageseinrichtungen zurück. Im Gegenteil verdeutlichten die Praktiker, dass sie den von ihnen im KIDZ-Projekt erkannten Verschulungstendenzen der Kindertageseinrichtungen aktiv entgegengewirkt haben. Die höhere Bildungsqualität liegt nach Einschätzung von Praxis wie Wissenschaft viel mehr in der individualisierten, fachdidaktisch stärker auf Lernprozesse abgestimmten pädagogischen Arbeit sowie der intensiveren Kooperation von Kindertageseinrichtung und Grundschule. Zentraler Schlüssel für eine flächendeckende Anhebung der Bildungs- und Erziehungsqualität sei daher die Weiterentwicklung der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Kräfte in Kindertageseinrichtungen sowie die Stärkung der Kooperation.

Hinsichtlich des Weiterentwicklungsbedarfs der Erzieherinnenausbildung wies die Leiterin des IFP auch darauf hin, dass aus ihrer Sicht die derzeitige Ausbildung noch nicht hinreichend auf die Bedarfe der Kinder in den ersten drei Lebensjahren eingehe und noch zu wenig die entwicklungspsychologischen Kenntnisse, die für diesen Altersbereich vorliegen, integriere. Im Auftrag des Bayerischen Kultusministeriums ist die Lehrplankommission für die Erzieherinnenausbildung beauftragt, zu prüfen, ob die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern unter drei Jahren und die Sprachförderung noch stärker im Lehrplan verankert werden kann. Problematisiert wurde auch der hohe Anteil an Kinderpflegerinnen in bayerischen Kindertageseinrichtungen.

Die Mitglieder der Kinderkommission sind sich schließlich darüber einig, dass Kindertageseinrichtungen aufgrund ihrer hohen Besuchsquote das Potential haben, Kinder und Familien niederschwellig an unterschiedliche Angebote und Hilfestellungen für Familien und ihre Kinder heranzuführen, wie beispielsweise Angebote der Eltern- und Familienbildung oder der intensivierten Förderung von Kindern. Hierzu gibt es in einzelnen Bundesländern (so auch in Bayern) unterschiedliche Ansätze der Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu sog. Familienzentren, die sich konzeptionell insbesondere darin unterscheiden, welche Leistungen die Kindertageseinrichtungen selbst oder im Verbund mit anderen Trägern leisten und bei welchen Angeboten sie eher eine Lotsenfunktion einnehmen.

Die Leiterin des IFP stellte vor allem das Projekt NUBBEK - Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit - vor. Hier soll erstmals für Deutschland der zentralen Frage nachgegangen werden "Schadet oder nutzt frühkindliche außerfamiliäre Betreuung den Kindern?". Untersucht werden die Auswirkungen der familiären und außerfamiliären Betreuung auf die kindliche Entwicklung in Abhängigkeit von der Qualität der Anregungsniveaus, der Beziehungserfahrung und der Einrichtung. In die Untersuchungen werden circa 2000 Kinder deutschsprachiger Herkunft als auch mit Migrationshintergrund, ihre Familien und die dazugehörigen Kindertageseinrichtungen beziehungsweise Tagespflegeplätze einbezogen. Diese Studie ist vor allen Dingen deswegen so wichtig, um unter dem Druck des quantitativen Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen zu verhindern, dass die Betreuungsqualität für alle Altersstufen dramatisch leidet. Hierzu bedarf es vor allem einer stabilen Beziehung zwischen den Kindern und den pädagogischen Kräften. Die Ergebnisse der NUBBEK-Studie werden im Herbst 2011 bekannt gegeben.



- 3 -

**b) Weiterentwicklung der Erzieherausbildung:  
Besuch der Fachakademie für Sozialpädagogik Maria Ward in Eichstätt**

Konkrete Anregungen für die Weiterentwicklung der Erzieherausbildung erhielt die Kinderkommission durch einen Besuch der Fachakademie für Sozialpädagogik Maria Ward in Eichstätt in Trägerschaft der Diözese Eichstätt.

Die Mitglieder der Kinderkommission waren sich einig, dass eine für alle Altersgruppen von Kindern in Kindertageseinrichtungen und anderen Einrichtungen der Jugendhilfe einschließlich Kindern mit sonderpädagogischem Bedarf abdeckende hochwertige Ausbildung zu halten ist. Übereinstimmung bestand ferner darin, dass keine generelle Akademisierung der Erzieherausbildung anzustreben ist, eine Ergänzung und Vertiefung auf akademischem Niveau jedoch für die Bereiche Management, Personalführung und Diagnostik sinnvoll erscheinen.

Auch in der Diskussion anlässlich der Vorstellung der Evaluation von KIDZ betonte Professor Roßbach, dass die Ausbildung an der Fachakademie gut sei. Das Problem bei den bereits entstandenen Ausbildungsgängen an den Fachhochschulen sei, dass sie über kein gemeinsames Curriculum verfügen. Eine etwas andere Akzentuierung nahm hingegen die Leiterin des IFP wegen der Änderungen der Aufgaben der pädagogischen Kräfte vor. Bildungsbegleitung, Durchführung von Beobachtungen, Dokumentation, Kooperation mit anderen Stellen, Management, die Führung multiprofessioneller Teams und die Zusammenarbeit mit Eltern seien komplexe Aufgaben, die eine andere Ausbildung erforderten. Fachhochschulen und Universitäten würden dazu passend bereits neue Studienfächer anbieten.

Die Vertreter der Fachakademie fordern, im Rahmen eines dualen Systems die akademische Ausbildung zum Bachelor an Fachakademien anzusiedeln, da ein Studium im Anschluss an die Ausbildung an der Fachakademie mangels Abgleich der Lehrinhalte zum Teil doppelte Vermittlung bedeute; dies liegt insbesondere auch in der Autonomie der Fachhochschule begründet, ihre Lehrinhalte selbst zu bestimmen.

**c) Empfehlungen**

Als konkrete Schlussfolgerungen empfiehlt die Kinderkommission dem Sozialpolitischen Ausschuss im Bereich frühkindlicher Bildung,

- ein Konzept zu entwickeln, wie die für das Modellprojekt KIDZ mit Unterstützung der vbw entwickelten Fortbildungsmodule für die pädagogischen Kräfte weiter eingesetzt werden können.
- in Abstimmung mit dem Bildungsausschuss Maßnahmen zur Verbesserung der Begleitung des Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule auf den Weg zu bringen; dabei soll die Entwicklung gemeinsamer Fortbildungsmodule für pädagogische Kräfte an Kindertageseinrichtungen und für die Lehrkräfte an Grundschulen in die Überlegungen mit einbezogen werden.
- sich dafür einzusetzen, dass auf die pädagogische Arbeit mit Kindern unter drei Jahren in der Erzieher(innen)ausbildung noch besser eingegangen wird.

- 4 -

## **2. Kinder sowie Jugendliche und Lärm**

Um sich ein Bild von den Problemen für Jugendhilfeeinrichtungen im Umfeld von Wohngebieten zu machen, tauschte sich die Kinderkommission mit Vertretern des bayerischen Jugendrings aus. Die Vorsitzende des BJR, Frau Kobriger, führte aus, insbesondere Bolzplätze für Jugendliche würden immer wieder durch Nachbarschaftsklagen wegen Lärmbeeinträchtigung angegriffen. Der Erlass von Vorschriften, die Lärmimmissionen von Jugendeinrichtungen privilegieren, wird durch unklare Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Land erschwert. Auch ein vom Bayerischen Umweltministerium eingesetzter Runder Tisch hat sich mit dieser Problematik beschäftigt. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit stimmt hierzu derzeit eine Gesetzesinitiative Bayerns ab.

Die Kinderkommission regt an, dass auch der Sozialpolitische Ausschuss sich dieser Problematik annimmt und auf eine Lösung hinwirkt.

## **3. Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen**

Wie auch die Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss zeigten, ist die derzeitige Unterbringungssituation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) in der Erstaufnahmeeinrichtung nicht tragbar. Über Handlungsbedarfe der Unterbringung von UMF in Erstaufnahmeeinrichtungen, aber auch im weiteren Vollzug des Asylverfahrens diskutierte die Kinderkommission mit Vertretern von Refugio und dem Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Thematisiert wurden dabei sowohl die außerordentliche Überbelegung der Erstaufnahmeeinrichtung, als auch die fehlenden personellen Kapazitäten zur Durchführung eines Clearing-Verfahrens. Kontroverse Auffassungen bestanden hinsichtlich der Frage, ob aus der Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention folge, dass Jugendliche künftig weder in einer Erstaufnahmeeinrichtung noch im Anschluss daran nach dem so genannten Vier-Stufenkonzept untergebracht werden dürften, sondern ausschließlich in Jugendhilfeeinrichtungen.

Im nächsten Turnus nimmt sich die Kinderkommission vor, sich das Projekt der Landeshauptstadt München „Schlau“ anzuschauen. Bei diesem so genannten schulanalogen Unterricht für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge werden ihnen erforderlichenfalls Schreiben und Lesen sowie Deutsch beigebracht und sie zum Hauptschulabschluss hingeführt.

## **4. Weitere Themen**

### **a) Kinderschutz und Frühe Hilfen**

Der Kinderkommission ist die frühe Prävention von Vernachlässigung und Misshandlung von Säuglingen und Kleinkindern ein wichtiges Anliegen. Sie informierte sich daher über das bayerische Modell der Koordinierenden Kinderschutzstellen (KoKi), die inzwischen an 95 Jugendämtern mit über 100 Stellen angesiedelt sind. Ihre Aufgabe ist es, ein Netzwerk frühe Kindheit zum präventiven Kinderschutz unter Einbindung aller Akteure aufzubauen. Grundidee ist, die vielen schon bestehenden Hilfsangebote für sozial schwächere Familien zu koordinieren. Gleichfalls

- 5 -

in die Diskussion miteinbezogen wurde das Münchner Modell der Früherkennung und frühen Hilfe, das bei den Sozialbürgerhäusern angesiedelt ist und alle neugeborenen Kinder erfasst. Dabei wurden auch die unterschiedlichen Wege beider Modelle zur Erfüllung der datenschutzrechtlichen Erfordernisse besprochen.

Eine Schlüsselfunktion beim frühen präventiven Kinderschutz kommt den Hebammen zu. Eine fachkundige Begleitung der Familien in den besonders sensiblen ersten Monaten hilft, Überforderungssituationen zu erkennen und rechtzeitig Hilfen anzubieten. Im Rahmen der Frühen Hilfen gehört die Tätigkeit der Hebammen zu den niederschweligen Angeboten. Hebammen können insbesondere Lotsen und Brückenbauer zu weiteren Hilfesystemen wie zum Beispiel Ärzten oder Erziehungsberatungsstellen sein. Ihnen kommt daher eine zentrale Vernetzungsfunktion zu.

Für eine nachhaltige Unterstützung ist ein Zeitraum von gerade einmal acht Wochen nach der Geburt vielfach zu kurz. Eine Ausweitung der Hebammenhilfe auf sechs Monate nach Geburt würde einen aussagekräftigen Zeitraum darstellen. Die Kinderkommission hat daher den Beschluss gefasst, die Staatsregierung aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen wie auch privaten Krankenversicherungen die Finanzierung der Hebammenhilfe von bislang bis zu acht Wochen nach der Geburt auf sechs Monate ausweiten. Dabei sollen die Erfahrungen aus dem Modellversuch der Sozialministerien von Rheinland-Pfalz und Bayern mit den AOK'en beider Länder einfließen.

Von Vertretern des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V. ließ sich die Kinderkommission dessen Projekte zu Familienpatenschaften, zum begleiteten Umgang für Kinder aus Trennung und Scheidungsfamilien beim Besuch des jeweiligen Elternteils sowie die Projekte "Kinder- und Jugendtelefon gegen Kummer", "starke Eltern - starke Kinder", "Gemeinsam sind wir stark" sowie "Verein in Bewegung" vorstellen.

## **b) Jugendschutz**

Eine zentrale Herausforderung sieht die Kinderkommission darin, wie Fortbildungsprogramme etwa im Bereich Jugendmedienschutz auch diejenigen Eltern erreichen, die noch keine Sensibilität gegenüber den Gefährdungen ihrer Kinder entwickelt haben. Der angerissenen Fragestellung, inwieweit die Schullehrpläne und die Lehreraus- und -fortbildung bereits das Thema Medienschutz aufgegriffen haben und wie die Kooperation von Schule und Jugendhilfe in diesem Bereich weiter verbessert werden kann, wird die Kinderkommission weiter nachgehen, wenn sie das Thema Kinder und Medien behandelt. Dabei gilt es, auf bestehenden Strukturen aufzubauen.

## **c) Flexible Grundschule**

Die Kinderkommission ließ sich ferner über das Modell der flexiblen Grundschule informieren, das eine individualisierte Förderung der Schulkinder zum Ziel hat. Hierzu werden auch je nach Bedarf Differenzierungsstunden bereitgestellt. Die Flexibilisierung wird dadurch erreicht, dass die bisherigen ersten beiden Grundschulklassen in eine ein- bis dreijährige flexible Eingangsstufe umgewandelt wer-



- 6 -

den, so dass die Kinder je nach individuellem Entwicklungsfortschritt nach einem, zwei oder auch drei Jahren in die dritte Klasse wechseln können. Das Durchlaufen dieser flexiblen Eingangsstufe wird dabei unabhängig vom individuellen Zeitraum jeweils als zwei Jahre gezählt, so dass es hier kein Sitzenbleiben gibt. Durch die Jahrgangskombination der flexiblen Eingangsstufe ist auch gewährleistet, dass die Kinder jeweils mit ihnen bekannten Kindern in die dritte Jahrgangsstufe wechseln. Um die Begleitung der Übergänge von Kindergarten zu Grundschule sowie von Grundschule zu weiterführender Schule zu verbessern, werden diese Übergänge im Rahmen des Modellversuchs näher beleuchtet.

Der Modellversuch läuft bis 2013 an 20 Modellschulen. Die 20 Modellschulen bilden sowohl die Verhältnisse im städtischen wie ländlichen Bereich, mit hohem und geringem Migrantenanteil sowie auch mit inklusiver Beschulung ab.

Die Kinderkommission hat ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass der Erprobung inklusive der Beschulung im Rahmen des Modells der flexiblen Grundschule stärkeres Gewicht beigemessen wird.

#### **c) Kinderkommission Kempten**

Zu einem Gedankenaustausch kam es mit der Kinderkommission Kempten. Diese ist jedoch nicht als politisches Gremium organisiert, sondern als Arbeitsausschuss des Jugendhilfeausschusses. Ihr gehören der/die Kinder- und Familienbeauftragte des Stadtrates, der/die Leiter/-in des Stadtjugendamtes, ein Vertreter des Kinderschutzbundes, zwei Vertreter der Kemptener Kindertagesstätte sowie der Grund- und Hauptschulen, ein Vertreter der Erziehungsberatungsstelle, die Gleichstellungsbeauftragte sowie zwei Mütter an. Trotz dieser unterschiedlichen organisatorischen Verankerung ist die Aufgabenstellung der Kinderkommission Kempten und der Kinderkommission des Bayerischen Landtages vergleichbar, nämlich Ansprechpartner und Sprachrohr für die Anliegen von Kindern zu sein und Vorschläge für Problemlösungen in die zuständigen Gremien einzuspeisen.

#### **d) Dialog mit den Bürgern**

Die Kinderkommission des bayerischen Landtags hat sich als wesentliches Ziel gesetzt, Anlaufstelle für Bürger und hier insbesondere auch direkt für Kinder zu sein und ihnen als Sprachrohr für ihre Interessen zu dienen.

Zu diesem Zweck wurde im 1. Turnus ein in die Seiten des bayerischen Landtags eingebundener Internetauftritt der Kinderkommission geschaffen sowie die Erstellung eines kindgerechten Flyers über die Kinderkommission angestoßen, mit der diese bekannt gemacht wird.

In ihren Sitzungen hat sich die Kinderkommission ferner mit den an sie herangetragenen Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern befasst.

**Anlage 18**

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-Ber-002

Tätigkeitsbericht  
über den  
zweiten Turnus  
(17. August 2010 – 17. Mai 2011<sup>1</sup>)

---

<sup>1</sup> Das laut Geschäftsordnung festgelegte Ende des zweiten Turnus (09. Mai 2011) ließ sich aus faktischen Gründen nicht einhalten und musste auf den 17. Mai 2011 verschoben werden.

**Arbeit der Kinderkommission des Bayerischen Landtags  
in der 16. Legislaturperiode  
Zweiter Tätigkeitsbericht über den Turnus vom 17.08.2010 – 17.05.2011  
unter dem Vorsitz von MdL Dr. Simone Strohmayr (SPD-Fraktion)**

Im zweiten Turnus der Kinderkommission des Bayerischen Landtags beschäftigte sich diese sowohl mit organisatorischen Verbesserungen und einer stärkeren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, als auch mit einigen inhaltlichen Schwerpunkten. Thematisiert wurde die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, woraus ein Einrichtungsbesuch in München und ein Fachgespräch in Rosenheim resultierten. Auch die Umsetzung der UN-Konvention im Bereich inklusive Beschulung wurde umfangreich diskutiert und durch den Besuch der Universität Augsburg und einen Beschluss der Kinderkommission vervollständigt.

Weitere Themen waren unter anderem „Jugendschutz im Internet“, „Eltern-Kind-Entfremdung“ und „Lärm von Kindern und Jugendlichen“.

Viele weitere Bürgeranliegen wurden aufgenommen, diskutiert oder an die zuständigen Stellen weitergeleitet.

Zudem wurde der Besuch der Kinderkommission des Bundes in Berlin geplant, der am 29. Juni 2011 unter dem Vorsitz von MdL Eva Gottstein (FREIE WÄHLER) stattfinden soll sowie die Beteiligung am Kinderparlament des Bayerischen Landtags am 15. Juli 2011.

Insgesamt hat die Kinderkommission in diesem Zeitraum 9 Sitzungen durchgeführt, davon 2 Einrichtungsbesuche und 4 Fachgespräche.

Aus der Arbeit der Kinderkommission resultierten im zweiten Turnus drei Beschlüsse zu den Themen „Inklusion an Schulen“, „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ und „Eltern-Kind-Entfremdung“. Über einen ersten Beschluss zur Änderung der Geschäftsordnung muss die Kinderkommission erneut abstimmen, sobald dieser den parlamentarischen Prozess durchlaufen hat.

**1. Organisatorisches und Öffentlichkeitsarbeit**

Neben einer Änderung der Geschäftsordnung der Kinderkommission, die das Zusammenarbeiten der Mitglieder aus verschiedenen Fraktionen erleichtern soll, hat die Kinderkommission auch Anstrengungen unternommen, um den Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

**a. Tag der offenen Tür**

Am Tag der offenen Tür des Bayerischen Landtags beteiligten sich auch die Mitglieder der Kinderkommission. In einem Zelt, das im Nordhof aufgebaut war, standen die Politikerinnen den Besuchern für Fragen und Anregungen zur Verfügung, lasen Märchen vor oder malten und bastelten mit den Kindern.

**b. Flyer**

Ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit war im zweiten Turnus der Kinderkommission die Gestaltung eines kindgerechten Flyers, womit die Agentur „Vogt, Sedlmeir, Reise“ beauftragt wurde. Darin werden die Kinderkommission sowie ihre Mitglieder, Aufgaben und Themen kurz vorgestellt. Der Zielgruppe entsprechend wurden die Texte auch für jüngere Leser leicht verständlich aufbereitet. Um auch optisch das Interesse der Kinder zu wecken, wurden von der Agentur ein Löwe und eine Löwin gestaltet, die durch den gesamten Flyer führen.

Die Erstaufgabe dieses Flyers in Höhe von 30 000 Exemplaren soll an alle bayerischen Jugendämter sowie an Grund- und weiterführende Schulen verschickt werden und somit den Schulleitungen, Lehrern, Eltern und auch Kindern zur Verfügung gestellt werden. Das restliche Kontingent kann für Veranstaltungen der Kinderkommission, aber auch von den Mitgliedern selbst genutzt werden.

**c. Stellvertreterregelung**

Da die Beschlussfähigkeit der Kinderkommission auf Einstimmigkeit beruht, also eine Anwesenheit aller Mitglieder bzw. Stellvertreter verlangt, es dabei aber bisher hin und wieder zu Schwierigkeiten kam, beschlossen die Mitglieder eine Änderung der Geschäftsordnung, die beinhaltet, dass auch die Stellvertreterinnen der Mitglieder bei Verhinderung durch ein anderes Mitglied der Fraktion ersetzt werden können und somit die Beschlussfähigkeit bewahrt werden kann.

Nach Durchlaufen des Parlamentarischen Prozesses als interfraktioneller Antrag kann die Kinderkommission die Änderung der Geschäftsordnung endgültig beschließen.

**2. Kinderlärm**

Das Thema „Kinderlärm“ stand im zweiten Turnus auf der Tagesordnung der Kinderkommission. Aufgrund mehrerer Bürgeranliegen und einem Gespräch mit dem Bayerischen Jugendring im ersten Turnus wurde den Mitgliedern der Kinderkommission verdeutlicht, dass dringend Handlungsbedarf bestehe, um Kindern und insbesondere Jugendlichen ihren notwendigen Lebensraum rechtlich zuzusichern. Denn vor allem in Ballungsräumen kommt es immer wieder zu nachbarschaftsrechtlichen Problemen bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen. Viele Kommunen konnten entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen aus rechtlichen oder finanziellen Gründen nicht nachkommen, nicht selten mussten Einrichtungen deshalb geschlossen werden.

Auf Anregung der Kinderkommission legte das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit einen geänderten Gesetzesentwurf vor, der diverse Regelungen zur Entspannung der Situation bietet.

Der Entwurf zu „Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen“ besagt unter anderem, dass „natürliche Äußerungen von Kindern hinzunehmen“ seien, was die Kinderkommission sehr begrüßte. Dadurch kann Problemen bei der Errichtung von Spieleinrichtungen entgegengewirkt werden. Einrichtungen für Jugendliche in

Wohngebieten soll durch den Entwurf ein immissionsschutzrechtlicher Rahmen gegeben werden, orientiert an der Sportanlagenlärmverordnung (18. BImSchV). Bei der Errichtung soll vor allem auf Lärmschutzmaßnahmen und den Verzicht auf lärm erzeugende Geräte geachtet werden. Sollten die Immissionsrichtwerte überschritten werden, kommt eine Schließung der Einrichtung infrage, wenn eine Gesundheitsgefährdung vorliegt.

Der Entwurf wurde von den Mitgliedern positiv bewertet, er enthält viele der bislang thematisierten Probleme und bietet adäquate Lösungsmöglichkeiten.

### **3. Inklusion – Gespräch an der Universität Augsburg**

Im Jahre 2008 trat die von den Vereinten Nationen verabschiedete Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Kraft. Ziel dieses Übereinkommens ist Chancengleichheit, die auch das Recht auf eine inklusive Beschulung beinhaltet. Die Kinderkommission sah es als ihre Pflicht, sich mit der Umsetzung der Konvention in Bezug auf Kinder auseinanderzusetzen und hat sich deswegen am Lehrstuhl für Grundschulpädagogik und Grundschuldidaktik der Universität Augsburg über das Projekt FISS (Forum für inklusive Strukturen an Schulen in der Region) informiert. Dieses Forum unter der fachlichen Leitung von Dr. Pius Thoma und Dr. Cornelia Rehle will zwischen Eltern und Schulen vermitteln, wenn es um inklusive Beschulung geht. Im Gespräch mit den Experten wurde deutlich, dass eine wichtige Voraussetzung dafür eine Veränderung im Bewusstsein der Menschen sei. In der Gesellschaft müsse ein Perspektivenwechsel stattfinden, Menschen mit Behinderung müssen - wie alle Menschen - so akzeptiert werden, wie sie sind.

Um Betroffene dennoch nicht alleine zu lassen und sie im Alltag zu unterstützen, sei laut Dr. Rehle die „selbstbestimmte Assistenz“ genau der richtige Ansatz. Menschen mit Behinderung entscheiden dabei selbst, inwieweit sie Hilfe benötigen, ein persönlicher Assistent kümmert sich um die individuellen Bedürfnisse des Menschen.

An dem Gespräch an der Universität nahm auch ein Vater teil, der lange für eine inklusive Beschulung seines Kindes mit Down-Syndrom kämpfte. Deutlich wurde, dass es vielen Schulen an den passenden Rahmenbedingungen fehlt, wie kleinere Klassen, mehr Lehrer und mehr Förderstunden. Aber auch Beratungsstellen für Eltern gäbe es bislang nur vereinzelt. Die Arbeit von FISS zeigte den Mitgliedern der Kinderkommission, dass in diesem Bereich dringend Nachholbedarf besteht. Aus dem Besuch der Einrichtung und einer Nachbesprechung resultierte letztlich folgender Beschluss der Kinderkommission:

#### **Beschluss der Kinderkommission vom 03.02.2011 zum Thema: Inklusion an Schulen**

1. *„Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags setzt sich dafür ein, dass die gestützte Kommunikation für Menschen mit Behinderung als ein wichtiges Mittel der Kommunikation allgemein anerkannt und angewandt wird. Aus Sicht der Kinderkommission ist hierbei das Mittel der gestützten Kommunikation auch in entsprechende Gesetze und Vorschriften aufzunehmen. Jedem Menschen mit Behinderung, der selbst nicht in der Lage ist zu kommunizieren, ist dieses Mittel zu ermöglichen.“*

2. *Um die Inklusion von Menschen mit Behinderung voranzubringen, spricht sich die Kinderkommission dafür aus, dass in allen Regierungsbezirken Beratung im Hinblick auf Inklusion für betroffene Eltern und Kinder zur Verfügung steht. Eine Kooperation der Kompetenzen vor Ort (Einbindung der Fachlichkeit) und regelmäßige spezifische Mitarbeiterqualifizierungen sind notwendig.“*

Die Kinderkommission hofft, dass ihre Anregungen im allgemeinen Diskurs zur Umsetzung von Inklusion, insbesondere vom überfraktionellen Arbeitskreis „Inklusion“ des Bayerischen Landtags Beachtung finden.

#### **4. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**

##### **a. Besuch bei SchlaU**

Bereits im ersten Turnus der Kinderkommission setzte sich diese mit der Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Bayern auseinander, unter anderem fand ein Gespräch mit Vertretern von REFUGIO München statt. Im zweiten Turnus folgte daraus ein Besuch der Einrichtung SchlaU (Schulanaloger Unterricht für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge). Schulleiter Michael Stenger gab den Mitgliedern, nicht nur einen Einblick in die Arbeit mit den Jugendlichen, sondern auch die Möglichkeit direkt mit den Schülern einer neunten Klasse zu sprechen.

Diese berichteten den Abgeordneten von ihrem Leidensweg seit ihrer Flucht aus der Heimat. Nach ihrer Ankunft, untergebracht in einer Flüchtlingsunterkunft und ohne klare Zukunftsperspektive, reagieren viele von ihnen mit Aggressivität und Gewalt. Dies ändert sich laut Stenger oft mit dem Besuch bei SchlaU. Denn dort haben die Kinder die Möglichkeit, eine Tagesstruktur aufzubauen, mit anderen Gleichgesinnten in Kontakt zu kommen und gemeinsam auf ein Ziel hinzuarbeiten. Und auch mithilfe des Beistands und der Unterstützung des Lehrerteams schaffen die Jugendlichen mit einer hohen Erfolgsquote den Abschluss, rund 95%. Laut Schulleiter Stenger lege man bei SchlaU viel Wert darauf, den Kindern zu zeigen, dass sie respektiert werden.

Die Mitglieder der Kinderkommission waren beeindruckt von den Leistungen der Jugendlichen, die trotz ihrer Erlebnisse und kaum vorhandener Sprachenkenntnisse für einen guten Schulabschluss kämpfen. Besonders bemerkenswert fanden die Politikerinnen, welcher positiven Einfluss der Schulbesuch auf das Leben der jungen Flüchtlinge hat.

In der Diskussion des Besuchs der Einrichtung waren sich die Mitglieder der Kinderkommission einig, dass der Schulbesuch den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen möglichst bald nach ihrer Aufnahme in Deutschland ermöglicht werden muss, um den Kindern eine Tagesstruktur und eine Perspektive zu geben. Bisher ist die Beschulung von minderjährigen Flüchtlingen in Bayern erst nach dem Clearing-Verfahren, das sich in der Regel drei Monate hinziehen kann, möglich. Aus diesen Gedanken resultierte folgender Beschluss:

Beschluss der Kinderkommission vom 24.03.2011 zum Thema: unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

*„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind besonders schutzwürdig. Dies gilt auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge über 16 Jahren. Um dem besonderen Schutzbedürfnis dieser Personengruppe gerecht zu werden, setzt sich die Kinderkommission des Bayerischen Landtags dafür ein, dass die Staatsregierung es unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ermöglicht, unter Einbindung aller beteiligten Stellen schulische Angebote wahrzunehmen, die zur Erfüllung der Schulpflicht führen und (berufs)schulpflichtigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen den Schulbesuch schnellstmöglich, spätestens nach Ablauf eines Monats nach Zuzug aus dem Ausland, ermöglicht.“*

**b. Fachgespräch in Rosenheim**

Um sich nicht nur ein Bild von der Beschulung, sondern auch von der Erstaufnahme der minderjährigen Flüchtlinge machen zu können, reiste die Kinderkommission zu einem Fachgespräch nach Rosenheim. Im Landkreis Rosenheim werden aufgrund der Lage an der Brennrouten bayernweit vergleichsweise viele, auch minderjährige Flüchtlinge aufgegriffen.

Herr Reinhard Tomm, Inspektionsleiter der Bundespolizei Rosenheim, betonte die gute Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Polizei vor Ort. Meist werden die Jugendlichen zunächst von der Polizei aufgegriffen, berichtete Tomm, die sich dann direkt mit den Bereitschaftsdiensten der Jugendämter in Verbindung setzt. Sowohl Reinhard Tomm als auch Johannes Fischer vom Kreisjugendamt Rosenheim betonten, dass es bei der Altersfeststellung der Flüchtlinge kaum zu Problemen komme. In der Regel verlasse man sich auf die Dokumente bzw. Angaben der Jugendlichen, nur im äußersten Zweifelsfall rege man eine medizinische Feststellung an.

Anschließend werden die Kinder dann je nach Alter in Wohnheimen, Pflegefamilien oder im Caritas-Dorf Irschenberg untergebracht. Fischer erklärte, dass die Inobhutnahme eine wichtige Phase sei, in der die Kinder nach ihren Erlebnissen zur Ruhe kommen können. Sobald der Aufenthaltsstatus dann geklärt sei – dies kann bis zu drei Monaten dauern –, ist ein Schulbesuch möglich. An erster Stelle stünde aber der Erwerb von Sprachkenntnissen. Einige Kinder und Jugendliche entweichen allerdings noch in der Phase der Inobhutnahme, Gründe dafür können nur vermutet werden. Laut Fischer sei dies oft darin begründet, dass die Flüchtlinge ein anderes Ziel haben.

Als weitere Anregung an die Kinderkommission sprach sich Fischer vor allem für eine Änderung der Finanzierung aus, denn Personalleistungen werden bislang nur pauschal finanziert, während Sachleistungen eins zu eins übernommen werden. Wünschenswert sei auch, den Kindern so schnell wie möglich Deutschkurse anbieten zu können, mit dem Ziel, baldmöglichst an einem Unterricht teilnehmen zu können.

Die Anregungen wurden von der Kinderkommission aufgenommen und werden im folgenden Turnus diskutiert.

## 5. Eltern-Kind-Entfremdung - Fachgespräch

Im Rahmen einer Ausstellung des Vereins PAS-Eltern e.V. im Bayerischen Landtag führte die Kinderkommission im Anschluss daran ein Fachgespräch zum Thema „Eltern-Kind-Entfremdung“. Als Referenten nahmen Frau Christiane Förster, Diplompsychologin und Vorsitzende von PAS-Eltern e.V., Rechtsanwalt Jürgen Rudolph, Herr Rafiq Iqbal vom Verband Anwalt des Kindes, Herr Dr. Rupert Pritzl und Herr Gerd Riedmeier vom Forum Mann und Frau teil. Die Vorsitzende der Kinderkommission Dr. Simone Strohmayer übernahm die Moderation des Gesprächs. Zudem stellte Herr Johann Betz von Drei Wünsche GmbH einen kurzen Film vor, der die Problematik stärker ins Licht der Öffentlichkeit rücken soll.

Einleitend stellte Strohmayer fest, dass es oft die Kinder sind, die am meisten unter der Trennung der Eltern leiden. Aufgrund der steigenden Scheidungsrate müsse man sich dringend Gedanken machen, wie man das Wohl der Kinder am besten schützen könne. Förster betonte, dass man in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die Problematik schaffen und möglichst frühzeitig mit der Prävention beginnen müsse, um ein bestmögliches Verhältnis der Kinder zu ihren Eltern zu bewahren. In Brasilien gäbe es sogar ein Gesetz, das Entfremdungsverhalten der Eltern sanktioniert.

Jürgen Rudolph stellte die sogenannte „Cochemer Praxis“ vor, die sich als eine besondere Form der Zusammenarbeit aller Beteiligten darstellt. Das Ziel sei, die wichtigen Beziehungen für die Kinder zu erhalten. So müssten zum Beispiel Richter die Verhandlung zeitnah terminieren, Scheidungsanwälte sollten versuchen, die Beziehung zu beiden Elternteilen möglichst zu erhalten, bei Beratungsstellen und den Jugendämtern sollten Vorgespräche geführt werden. Insgesamt stehe vor allem die Sichtweise der Kinder im Mittelpunkt.

Rafiq Iqbal schlug vor, den Schwerpunkt auf Präventivarbeit, nicht auf Schadensbehebung zu legen. Dafür seien unter anderem Weiterbildungen an den Schulen nötig. Im Weiteren wurden die Fortbildungen aller Beteiligten gefordert, auch Sanktionsmöglichkeiten waren im Gespräch sowie die Einrichtung eines Expertenkreises.

Im Anschluss an die Vorträge der Referenten kamen auch einige Zuhörer zu Wort, die von ihren eigenen Erfahrungen berichteten und die Forderungen der Gesprächsteilnehmer wiederholten und ergänzten.

Die Mitglieder der Kinderkommission zeigten sich beeindruckt von der großen Resonanz auf das Fachgespräch, das in Fachkreisen große Wellen schlug. Einige der Anregungen aus dem Fachgespräch nahmen die Mitglieder der Kinderkommission als Grundlage für folgenden Beschluss:

### Beschluss der Kinderkommission vom 17.05.2011 zum Thema: Eltern-Kind-Entfremdung

*Die Scheidung der Eltern ist für Kinder oft ein traumatisierendes Erlebnis. Um den Bedürfnissen der Kinder besser gerecht werden zu können, ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit und Fortbildung aller am Scheidungsverfahren Beteiligten erforderlich. Die Kinderkommission empfiehlt:*



1. *eine Qualifizierungsoffensive für alle am Verfahren beteiligten Berufsgruppen (Familienrichterinnen, -richter, Fachkräfte der Jugendämter und der Erziehungsberatungsstellen, Gutachterinnen und Gutachter, Anwältinnen und Anwälten, Verfahrensbeistände), in der insbesondere interdisziplinäre Inhalte vermittelt werden (Erkenntnisse aus Forschung, Psychologie, Pädagogik, etc.).*
2. *Das Bayerische Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen richten eine Arbeitsgruppe ein, die sich mit der besseren Verzahnung der verschiedenen, am Scheidungsverfahren beteiligten Professionen befasst und Grundzüge einer interdisziplinären Zusammenarbeit erarbeitet.*
3. *Für eine gelingende Praxis beim Vollzug des Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) sollen alle Berufsgruppen zusammenwirken und den Eltern frühzeitig Beratung angeboten werden. Ziel soll sein, ein für das Kind bestmögliches Verhältnis zu den Elternteilen zu erhalten. Über den bestehenden gesetzlichen Rahmen hinaus ggf. festzustellende Weiterentwicklungsbedarfe sollen in der Arbeitsgruppe diskutiert und ggf. Umsetzungsschritte erarbeitet werden.*

## **6. Weitere Themen**

### **a. Gespräch zum Thema Kinderarmut**

Mit Vertretern der Stadt Augsburg und des Landkreises Günzburg führte die Kinderkommission ein Gespräch zum Thema Kinderarmut. Herr Meinrad Gackowski vom Landratsamt Günzburg berichtete vom Konzept „Familtaler“. Vor Ort habe man zunächst ein Bündnis für Familien ins Leben gerufen, das sich mit den Überlegungen dazu beschäftigte. Der „Taler“ soll als Paket an Eltern mit Neugeborenen ausgegeben werden, das Informationsmaterial und ein Geschenk enthält. Ältere Kinder aus Familien mit Unterstützungsbedarf können Gutscheine erhalten.

Auch die Stadt Augsburg hat ein Projekt zur Unterstützung bedürftiger Kinder ins Leben gerufen – „Kinderchancen“. Es handle sich dabei um ein Netzwerk an Informationen, das im Bedarfsfall Hilfestellung leisten kann, zum Beispiel durch Hausaufgabenbetreuung oder Unterstützung in Sportvereinen.

Beide Projekte seien bislang gut angenommen worden.

Von Interesse war für die Kinderkommission vor allem, wie die Neuregelung zu Hartz IV von den Vertretern der Praxis beurteilt werden. Das Gespräch soll im nächsten Turnus erneut aufgegriffen werden.

### **b. Gespräche zum Thema Jugendschutz im Internet**

Über das Thema „Jugendschutz im Internet“ informierte sich die Kinderkommission bei Gesprächen mit dem stellvertretenden Landesgeschäftsführer und Parlamentsreferenten des BLLV, Herrn Florian Fischer und dem Vorsitzenden und Jugendmedienbeauftragten des Deutschen Kinderschutzbundes (Landesverband Bayern), Herrn Ekkehard Mutschler.

Fischer betonte dabei, dass die mangelnden pädagogischen Kenntnisse beim Umgang mit dem Internet ein großes Problem darstellen. Allein Verbote können die

Situation nicht verbessern, wichtig sei vor allem die entsprechende Aufklärung. Bedauerlich sei zudem der mangelnde Einsatz im Unterricht, denn auch dadurch könnten Kinder einen verantwortungsvollen Umgang lernen. Die Kinderkommission war sich einig, dass sowohl im schulischen aber auch im privaten Bereich Handlungsbedarf bestünde. Ebenso wichtig wie die pädagogische Arbeit in der Schule sei auch die Elternarbeit.

Ekkehard Mutschler vom Deutschen Kinderschutzbund sprach sich für eine technische Zugangerschwernis für Kinder aus. Vor allem ausländische Anbieter seien dabei problematisch, deswegen sollten diese von den Providern durch eine Altersverifikation kontrolliert werden. Technisch sei dies durchaus machbar, es fehle noch eine gesetzliche Regelung.

Ein Beschlussvorschlag wurde zwar bereits angeregt, konnte jedoch aus zeitlichen Gründen bislang noch nicht diskutiert werden. Somit wird das Thema „Kinder und Medien“ voraussichtlich auch im dritten Turnus behandelt werden.

**Anlage 19**

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

Tätigkeitsbericht  
über den  
dritten Turnus  
(17. Mai 2011 – 30. Januar 2012)

**Arbeit der Kinderkommission des Bayerischen Landtags  
in der 16. Legislaturperiode  
Dritter Tätigkeitsbericht über den Turnus vom 17.05.2011 – 30.01.2012  
unter dem Vorsitz von MdL Eva Gottstein (Fraktion FREIE WÄHLER)**

## **1. Allgemeines**

Insgesamt fanden im Laufe des Dritten Turnus fünf Sitzungen der Kinderkommission des Bayerischen Landtags (im Folgenden KiKo) statt. Im Rahmen dessen wurden drei Beschlüsse gefasst:

- Familienpflege (siehe Anlage)
- Beschluss zur Änderung der Geschäftsordnung der Kinderkommission des Bayerischen Landtags in Vollzug des Beschlusses des Bayerischen Landtags (Änderung der Stellvertretung),
- Kein Ausschluss von Asylbewerberkindern vom Teilhabepaket (siehe Anlage)

Die bisherigen Beschlüsse der KiKo wurden auf den Stand der Umsetzung und Handlungsbedarf hin überprüft und eine Stellungnahme des jeweiligen Ministeriums zur aktuellen Sachlage eingeholt.

In diesem Zusammenhang thematisierte man zudem die Vorgehensweise mit diesen Beschlüssen mit dem Ziel, als KiKo ein selbstbewussteres Auftreten nach außen zu zeigen und dadurch auch in der Öffentlichkeit besser wahr genommen zu werden.

## **2. Organisatorisches**

### **a. Terminfindung**

Problematisch gestaltete sich vornehmlich die Terminfindung. Wiederholt wurde in den Sitzungen über die folgenden Sitzungstermine und externe Termine diskutiert. Dabei ging viel Zeit verloren und das Ziel, mindestens eine Sitzung pro Monat abzuhalten, erwies sich so als nicht durchführbar. Da jedoch der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit in Zukunft bis spätestens um 13:00 Uhr endet, kann nun auch die KiKo im Anschluss daran regelmäßig einmal im Monat donnerstags tagen.

#### **b. Büroleitung**

Im September 2011 übernahm Frau Feldmann, Dipl. Verwaltungswirtin (FH), die Leitung des Büros der KiKo und kümmert sich seither ausschließlich um die organisatorischen Angelegenheiten der Kommission

#### **c. Änderung der Geschäftsordnung**

In der 25. Sitzung der Kinderkommission des Bayerischen Landtages wurde darüber hinaus eine Änderung der Geschäftsordnung beschlossen, um die Beschlussfähigkeit des Organs sicherzustellen. Dies stellt insofern einen wichtigen Schritt dar, da die Beschlussfähigkeit auf Einstimmigkeit dieses Gremiums beruht.

### **3. Veranstaltungen**

#### **a. Kinderparlament:**

Unter dem Motto „Kinder an die Macht“ fand am 15. Juli 2011 das sog. Kinderparlament im Bayerischen Landtag statt. Diese Veranstaltung wurde federführend vom Landtagssamt des Bayerischen Landtages organisiert. Die Mitglieder der KiKo haben dabei aktiv Workshops gestaltet (AG Miteinander, AG Gerechtigkeit, AG Umwelt, AG Schule, AG Gesundheit).

Unter der Schirmherrschaft der bayerischen Landtagspräsidentin Barbara Stamm haben die Mitglieder der KiKo mit 160 Grundschulern aus ganz Bayern über verschiedene Themen diskutiert. Jedes Mitglied bekam auch von „seiner“ Gruppe Hausaufgaben mit auf den Weg, deren Erfüllung im nächsten Turnus überprüft werden soll. Alle Beteiligten waren mit der Veranstaltung sehr zufrieden.

Eines der zentralen Ziele der KiKo ist es, Denkanstöße zu geben und die Belange der Kinder in den parlamentarischen Prozess mit einzubringen. Damit ist das Kinderparlament ein schönes Beispiel dafür, wie die Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden können.

Besonders wichtig ist dabei die Tatsache, dass Kinder in der Politik einen Ansprechpartner haben. Die Kinderkommission ist deshalb ein wichtiges Gremium, um die Meinungen der Kinder in der Gesellschaft aufzugreifen, zu bündeln und gegenüber den Entscheidungsträgern zu formulieren und zu vertreten.

#### **b. Informationsreise zur Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages, Berlin**

Die KiKo hat am 29. Juni 2011 der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages in Berlin zu einem gegenseitigen Kennenlernen und Gedankenaustausch einen Besuch abgestattet. Dabei tauschten sich die Abgeordneten beider Institutionen über die Zusammensetzung, Arbeitsweise und die Schwerpunktthemen aus. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage nach dem Wirkungsgrad der beiden Kinderkommissionen. Im Anschluss nahmen die Bayerischen Landtagsabgeordneten an der 30. Sitzung der Kinderkommission des Bundestages teil.

#### **c. Besuch und Gespräch bei der Koordinierenden Kinderschutzzstelle (KoKi) und Gespräch zum Projekt „Faustlos“**

Die Mitglieder der KiKo, Frau MdL Gottstein und Frau MdL Dettenhöfer, besuchten am 9. Dezember 2011 das Netzwerk frühe Kindheit in Neustadt/WN. Die Verantwortlichen vor Ort zeigten den Landtagsabgeordneten die Einrichtung und stellten ihre Arbeit im Netzwerk vor. Ziel der Initiative ist es, die Interessen der Kinder in Konfliktsituationen in den Mittelpunkt zu rücken und als Verbindungselement zu den entsprechenden Fachstellen und Institutionen zu fungieren.

Im Rahmen dessen fand ein reger Austausch mit den verantwortlichen Sozialpädagogen des Projektes „Faustlos“ statt. Das Ziel der Initiative ist Gewaltprävention und damit, aggressivem Verhalten zu begegnen, soziale Kompetenzen zu schulen und anzuwenden. Besonders beeindruckend dabei ist die Nachhaltigkeit des Projekts, die dadurch erreicht wird, dass damit bereits im Kindergarten begonnen wird und die Fortsetzung sich über alle Schuljahre und Schularten hinweg erstreckt.

#### **4. Bürgeranliegen**

Die KiKo hat sich darüber hinaus intensiv mit Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Kindern oder auch Schulklassen, die sich an die KIKO gewandt haben, intensiv auseinandergesetzt.

Auf die einzelnen Anliegen kann an dieser Stelle aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht im Detail eingegangen werden. In der Regel wurde in diesen Fällen an das zuständige Ministerium verwiesen bzw. eine Stellungnahme des betreffenden Ministeriums eingeholt.

Dabei wurden folgende Themenbereiche behandelt:

- Das Anliegen einer 6-köpfigen Familie, die um Hilfe bei der Wohnungssuche oder Haussuche bat.
- Gewalt gegenüber einer Familie durch Polizeibeamte. Die Familie hatte sich an die Kinderkommission des Bundestages gewandt und von dort an die bayerische Kinderkommission weitergeleitet. Ein Vertreter des Ministeriums nahm in der Sitzung der KIKO zu dem Fall Stellung. Das Anliegen konnte noch nicht abschließend behandelt werden, da die Kinderkommission zunächst die Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren abwarten möchte und diese erst nach dem abgeschlossenen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren erfolgen kann.
- Das Thema „Inklusion“.
- Das Anliegen einer Grundschulklasse mit der Bitte, ihre Lehrerin in der Klasse verbleiben zu lassen. Das Kultusministerium konnte hier in der 25. Sitzung der KiKo ebenfalls von einem positiven Ausgang des Anliegens berichten. Im Namen der Mitglieder der KliKo wurde ein Antwortschreiben an die betroffene Lehrerin versandt.
- Desweiteren hatten sich besorgte Anwohner über einen Schulweg für Grundschüler zum Pausenhof und die damit verbundenen Gefahren an die KiKo gewandt mit der Bitte, hier tätig zu werden. In diesem Fall fand ein Ortstermin statt. Zudem hat die Kinderkommission ein Antwortschreiben versandt.
- In einem weiteren Fall bat eine Mutter um Unterstützung der KiKo bei der Möglichkeit der Einzelintegration ihres autistischen Kindes in eine Regelschule. Auch in diesem Fall legte das Kultusministerium den Fall dar. Im Anschluss wurde ebenfalls ein Schreiben der Kinderkommissions-Mitglieder an die Familie formuliert und versandt.
- Desweiteren wurde der Fall zweier gehörloser Mädchen, die auf Wunsch ihrer Eltern eine Regelschule besuchen sollen, thematisiert. Es ging dabei in erster

Linie um die damit verbunden Kosten für einen Gebärdendolmetscher und die Kostenübernahme durch die entsprechenden Behörden und Institutionen. Der Fall ist leider noch nicht zufriedenstellend geklärt.

## **5. Sonstiges**

### **a. Bundeskinderschutzgesetz**

Die Mitglieder der KiKo thematisierten zudem das Bundeskinderschutzgesetz. Die Beratung wurde jedoch vertagt, um die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses auf Bundesebene abzuwarten.

### **b. Bessere Vernetzung der Kinderbeauftragten und Kinderkommissionen**

Diskutiert wurde zudem über eine bessere Vernetzung aller Kinderbeauftragten und Kinderkommissionen in Bayern. Hier besteht jedoch die Schwierigkeit, dass es fast keine Daten dazu gibt. Es wird jedoch von allen Kommissionmitgliedern als wichtig erachtet, eine stärkere Vernetzung zu erstellen und Kontakt aufzunehmen. Als nächster Schritt wäre daher abzufragen, in welchen Kommunen es eine Person oder ein Gremium gibt, das sich für die Belange von Kindern einsetzt.

### **c. Flyer der Kinderkommission:**

Die Publikation des Flyers der KiKo stellt einen wichtigen Schritt dar, die Kinderkommission weiterhin öffentlich bekannt zu machen sowie als Ansprechpartner für Kinder und ihre Vertreter zu etablieren. Der Flyer wurde an Grundschulen in Bayern sowie an die bayerischen Jugendämter verschickt.

Das Büro der KiKo koordinierte federführend den Namenswettbewerb für das Löwenpärchen des Flyers und leitete die Auswertung der Namensvorschläge in die Wege. Erfreulicherweise sind insgesamt über 550 Namensvorschläge eingegangen, zum Teil haben sich ganze Klassen an dem Wettbewerb beteiligt. Die Vorschläge „Leo und Lea“ erhielten die höchste Wertung. Insgesamt hatten 27 Einsender „Leo und Lea“ vorgeschlagen. Per Losentscheid wurde daher ein Gewinner ermittelt. Dieser erhielt eine Einladung zum Besuch des Bayerischen Landtags. Die übrigen „Taufpaten“ werden einen kleinen Trostpreis bekommen.



Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

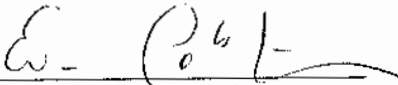
AZ: 16/KiKo-B-007

## Beschluss der Kinderkommission vom 15.07.2011 zum Thema „Familienpflege“

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags sieht in der vom Freistaat Bayern geförderten Familienpflege ein wichtiges Instrument zur Unterstützung von Familien in Notsituationen.

Die Kinderkommission unterstützt mit Nachdruck die Bemühungen des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, dass durch die neuen Förderrichtlinien auf keinen Fall eine Verschlechterung der bisherigen Förderituation entsteht.

München, den 15.07.2011

  
(Eva Gottstein, Vorsitzende)

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-009

## Beschluss der Kinderkommission vom 01.12.2011 zum Thema „Asylbewerberkinder und Leistungen nach dem Teilhabepaket“

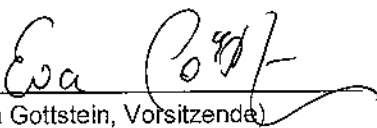
Die Kinderkommission begrüßt die bundesrechtliche Regelung, Kinder, welche als Leistungsempfänger nach § 2 AsylbLG gelten, in das Bildungs- und Teilhabepaket nach SGB II bzw. SGB XII miteinzubeziehen.

Allerdings ist es für die Kinderkommission nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund Kinder, welche als Leistungsempfänger nach § 3 AsylbLG gelten, in Bayern unter besonderen Umständen zwar Leistungen aus dem Bildungspaket, nicht aber aus dem Teilhabepaket erhalten und so unnötigerweise eine Ausgrenzung geschaffen wird. Diese Kinder erhalten beispielsweise nicht die Unterstützung, in Sport- und Jugendvereine einzutreten oder andere soziokulturelle Angebote wahrzunehmen. Dadurch entsteht nicht nur eine Ausgrenzung gegenüber der ansässigen Bevölkerung. Vielmehr werden diese Kinder zusätzlich gegenüber denjenigen Kindern benachteiligt, die als Leistungsempfänger nach § 2 AsylbLG gelten. Diese Benachteiligung wird besonders spürbar, wenn die unterschiedlich eingestufteten Kinder eine gemeinsame Unterkunft teilen.

Für die Kinderkommission erweist sich aber gerade die Teilhabe an entsprechenden sportlichen und soziokulturellen Angeboten als äußerst wichtig nicht nur für die Integration, sondern ebenso für die persönliche Entwicklung von jungen Menschen.

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtages empfiehlt deshalb eine Gleichbehandlung aller Kinder hinsichtlich des Bildungs- und Teilhabepakets nach Sozialgesetzbuch II und XII (SGB II und SGB XII).

München, den 01.12.2011

  
(Eva Gottstein, Vorsitzende)

Anlage 20



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

Tätigkeitsbericht  
über den  
vierten Turnus  
(30. Januar – 15. November 2012)

AZ: 16/KiKo-Ber-004

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

**Arbeit der Kinderkommission des Bayerischen Landtags  
in der 16. Legislaturperiode  
Vierter Tätigkeitsbericht über den Turnus vom  
30.01.2012 – 15.11.2012  
unter dem Vorsitz von  
Claudia Stamm MdL (Fraktion Bündnis90/Die Grünen)**

**Inhalt**

Einleitung

1. Tätigkeitsschwerpunkt: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
2. Tätigkeitsschwerpunkt: Kinder und Ernährung
3. Tätigkeitsschwerpunkt: Kinder im Internet
4. Aktionen
5. Sonstige Themen

Anhang: Beschlüsse der Kinderkommission aus dem 4. Turnus

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION



### Einleitung

Der vierte und somit vorletzte Turnus der Kinderkommission des Bayerischen Landtags (KiKo Bayern) begann am 30.01.2012 mit der Wahl von Claudia Stamm (Bündnis 90/Die Grünen) zur neuen Vorsitzenden. Stellvertretende Vorsitzende wurde Brigitte Meyer (FDP).

Insgesamt fanden im Laufe dieses Turnus elf Sitzungen statt. Größere Veranstaltungen während des vierten Turnus waren eine öffentliche Sitzung zum Thema „Flüchtlingskinder“ mit dazugehöriger Diskussionsrunde und Fotoausstellung im Bayerischen Landtag, ein Fachgespräch mit mehreren ExpertInnen zum Thema „Kinder und Medien“ sowie eine Ramadama-Aktion, bei der die Mitglieder der Kinderkommission dem Auftrag aus dem letztjährigen Kinderparlament nachkamen, öffentlichkeitswirksam für eine saubere Umwelt einzutreten. Damit hat die

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

Kinderkommission gezeigt, dass sie nicht nur über Beteiligung der Kinder redet, sondern diese auch ernst meint.

Außerdem war die Kinderkommission Teilnehmerin an zahlreichen Aktionen im und außerhalb des Landtags, wie beispielsweise der Veranstaltung „Ein Kinderrecht für jeden Abgeordneten“ zusammen mit dem Kinderschutzbund Bayern, der „Flamme der Hoffnung“ zusammen mit der Landtagspräsidentin Barbara Stamm oder den Festivitäten auf der Ländermeile zum Tag der Deutschen Einheit in München.

Darüberhinaus hat die Kinderkommission mehrere Einrichtungen besucht, darunter das Luisengymnasium in München, die Katholische Jugendfürsorge in Augsburg und das Salberghaus in Putzbrunn.

In den regulären Sitzungen hat die Kinderkommission mehrere Pressemitteilungen u.a. zum Thema Inklusion an Schulen und zur Unterstützung des LILALU Vereins aus München herausgegeben. Außerdem wurden vier einstimmige Beschlüsse gefasst: „Trennung von Flüchtlingsgeschwistern“, „Pädagogisches Kochen als best-practice-Beispiel“, „Kinder im Internet: Kompetent und geschützt“ sowie „Besteuerung von Schulessen“.

Der Turnus endete am 15.11.2012 mit der turnusgemäßen Wahl von Brigitte Meyer (FDP) zur neuen Vorsitzenden sowie Petra Dettenhöfer (CSU) zur stellvertretenden Vorsitzenden der Kinderkommission des Bayerischen Landtags.

Im Folgenden werden die einzelnen Themen, Aktionen und Veranstaltungen aus dem vierten Turnus, sortiert nach Themenschwerpunkten, vorgestellt. Im Anhang finden sich die genannten Beschlüsse der Kommission.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



## I. Tätigkeitsschwerpunkt:

### Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Bereits gegen Ende des 3. Turnus hat sich die Kinderkommission für eine Verbesserung der Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen eingesetzt. Dazu hat sie in einem Beschluss gefordert, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket allen jungen Flüchtlingen anzubieten, damit diese die Möglichkeit erhalten, beispielsweise in Jugend- oder Sportvereine eintreten zu können.

Im 4. Turnus sollte das Thema weiterverfolgt werden. Unter dem Vorsitz von Claudia Stamm bildeten verschiedene Aktionen und Initiativen rund um Flüchtlingskinder den Tätigkeitsschwerpunkt der Kommission.

I.I Gesprächsrunde

„Flüchtlingskinder“ und Fotoausstellung STATUS

Zusammen mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm eröffnete die Kinderkommission am 13.06.2012 im Bayerischen Landtag die Ausstellung STATUS des Münchner Fotografen Max Kratzer. Dieser hat zusammen mit der Flüchtlingshilfsorganisation Refugio junge Flüchtlinge in ihrem Alltag porträtiert und so versucht, die innere Stimmungslage der jungen Menschen einzufangen und sichtbar zu machen. Zur Ausstellung gehörten aber auch Aufnahmen, welche die Jugendlichen selbst von

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

sich und ihren Freunden in den Flüchtlingsunterkünften oder in der Stadt gemacht haben. Dies verlieh der Ausstellung einen ganz besonders authentische Aura.

Anschließend fand im Senatssaal eine Gesprächsrunde statt. Neben der Kommissionsvorsitzenden Stamm sowie den Expertinnen Anni Kammerlander, Refugio München, und Else Huber, Initiativkreis Migration Rosenheim, saßen Lamin aus dem Senegal, Hassan und Nayib, beide aus Afghanistan stammend, mit am Tisch. Die drei Jugendlichen kamen unbegleitet und noch minderjährig nach Deutschland und erzählten den etwa 130 Gästen im Saal von der Flucht aus ihrem Heimatland und der Ankunft in Bayern.



Im Laufe des Gesprächs beschwerten sich die selbstbewussten jungen Leute zwar nicht über die oftmals schwierigen Lebensumstände in den Aufnahmeeinrichtungen, erzählten aber mit einem Schmunzeln, dass beispielsweise in den ihnen zugeteilten Essenspaketen manchmal Sachen waren, die sie später nie wieder in irgendeinem Geschäft gesehen hätten. Bemerkenswert war der Wille der Jugendlichen, sich in ihrer neuen Heimat zu integrieren. Sei es das Erlernen der deutschen Sprache oder die Suche nach einem Ausbildungsplatz. Überall dort, wo sie der Gesellschaft, die sie aufgenommen hat, etwas zurückgeben können (um es mit ihren eigenen Worten zu formulieren), zeigten sich die Jugendlichen besonders engagiert. Anni Kammerlander wies darauf hin, dass aber gerade die Suche nach einem Arbeits-



Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

oder Ausbildungsplatz oftmals schwierig sei, wenn jederzeit die Gefahr lauere, abgeschoben zu werden. „Wir vergeben hier eine große Chance, wenn wir die Ressourcen dieser jungen Menschen nicht nutzen“, so die Expertin. Else Huber aus Rosenheim vermisse darüber hinaus allgemein einen echten Willen, die oft bedrückende Situation gerade der jungen Flüchtlinge zu verbessern.

Zum Ende der Veranstaltung hat Claudia Stamm stellvertretend für die Kinderkommission den vielen engagierten Menschen im Publikum und auf der Bühne gedankt und noch einmal deutlich gemacht, dass auf politischer Ebene unbedingt und endlich wesentliche Verbesserungen durchgesetzt werden müssen. „In der



Kinderkommission werden wir das Thema daher auch nach dieser Veranstaltung nicht beiseite legen und uns gemeinsam unserer Verantwortung stellen“, so Stamm.

#### I.2 Beschluss: Trennung von Flüchtlingsgeschwistern

Dem Versprechen, das Thema weiter zu verfolgen, ist die Kinderkommission in ihrer 34. Sitzung am 21.06.2012 dann auch nachgekommen. Einstimmig wurde der Beschluss „Trennung von Flüchtlingskindern“ verabschiedet. Hintergrund war der Fall dreier Flüchtlingsgeschwister, die aufgrund ihres unterschiedlichen Alters nach ihrer Ankunft in Bayern getrennt und in verschiedenen Einrichtungen untergebracht wurden.

Die Kinderkommission war sich einig, dass in Fällen dieser Art das Wohl der Kinder nicht zusätzlich dadurch gefährdet werden sollte, indem man sie nach meist stark

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

traumatischen Erlebnissen auf der Flucht gleich nach ihrer Ankunft trennt. Als Reaktion auf diesen Beschluss hat das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ein Schreiben an die Regierungen von Oberbayern und Mittelfranken sowie an die Bundespolizei in Rosenheim herausgegeben, in welchem es dazu auffordert, dem Beschluss der Kinderkommission soweit als möglich Rechnung zu tragen.

#### I.3 Beratungen zum Thema: Altersfeststellung von Flüchtlingen

Die Kinderkommission ließ sich in mehreren Sitzungen das Konzept der Staatsregierung zur Altersfeststellung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen erläutern. Diskussionsthema war dabei hauptsächlich die Anwendung der Methode einer sogenannten Handwurzelröntgenuntersuchung. Diese Methode ist in Fachkreisen stark umstritten. So hat der Deutsche Ärztetag bereits 1995, 2007 und zuletzt 2010 erklärt, eine solche Untersuchung zu diesem Zweck entspreche nicht dem Berufsethos und sei darüber hinaus auch nicht zur Altersfeststellung geeignet. Das Sozialministerium stützte sich in seiner Begründung für die Röntgenmethode allerdings auf die Röntgenverordnung sowie das Sozialgesetzbuch, worin die Anwendung dieser Methode nicht ausdrücklich untersagt ist.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

#### I.4 Beratungen zum Thema: Jugendgerechte Unterbringung

Ein weiteres Thema, das sich über mehrere Sitzung erstreckte, war die Frage nach der Unterbringung von jugendlichen Flüchtlingen direkt nach dem behördlichen Erstkontakt, meistens mit der Polizei. In der Praxis ist die Polizei gegenwärtig dazu befugt, eine vorläufige Entscheidung über das Alter von jugendlichen Flüchtlingen zu fällen, wenn sich diese nicht hinreichend ausweisen können. Mit anderen Worten müssen die betroffenen BeamtInnen in Eigenverantwortung darüber entscheiden, in welcher Einrichtung die jungen Flüchtlinge vorläufig untergebracht werden sollen, bis eine professionelle Altersfeststellung erfolgt ist. Diese Praxis wurde den Mitgliedern der Kinderkommission vom Sozialministerium bestätigt.

In einem Beschlussentwurf der Vorsitzenden der Kinderkommission, forderte diese eine Änderung dieser Praxis. Danach sollten künftig alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unmittelbar nach dem behördlichen Erstkontakt an eine zur Inobhutnahme berechnete Jugendeinrichtung übergeben werden. Diese Vorgehensweise wird unter anderem in Hamburg praktiziert und wird im Leitfaden des Bundesfachverbands Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. empfohlen.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

## 2. Tätigkeitsschwerpunkt:

### Kinder und Verbraucherschutz

Die Kinderkommission hat sich im vierten Turnus verstärkt mit Themen rund um die Ernährung an Schulen beschäftigt. Auf der Agenda standen neben einem Besuch am Luisengymnasium in München Beschlüsse zu den Themen „best-practice“-Beispiele im Bereich Schulessen, Pädagogisches Kochen und der Besteuerung von Schulessen.

Die Mitglieder der Kinderkommission sehen eine richtige Ernährung als Voraussetzung für Aktivität, Lebensqualität und Zufriedenheit bei Kindern und Jugendlichen während ihrer Entwicklung. Weil Bewegungsmangel, ungünstigen Essgewohnheiten und einem mangelnden Bezug zu Qualität und Ursprung der Nahrung in einem umfassenden Sinn am Besten an der Schule begegnet werden kann, hat sich die Kinderkommission zum Ziel gesetzt, einerseits das Bewusstsein über die Vorteile einer gesunden und qualitativ hochwertigen Verpflegung an Schulen zu schärfen und andererseits rechtliche Hindernisse, die einer solchen Ernährung im Weg stehen, abzubauen.

#### 2.1 Besuch der Kinderkommission am Luisengymnasium in München

Um sich ein Bild über Vorzeigeprojekte zur Schulernährung zu machen, hat die Kinderkommission beschlossen, das Städtische Luisengymnasium in München zu

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

besuchen. Dort wird seit über vier Jahren das Projekt Pädagogisches Kochen durchgeführt. Vor Ort erläuterten der Projektleiter, Berufsschullehrer Peter Ruch, und der Rektor der Schule, Peter Kemmer, das Konzept, bei welchem die Schülerinnen und Schüler eine tragende Rolle beim Betrieb der Mensa und des Pausenverkaufs einnehmen. Jeweils eine halbe Klasse arbeitet für eine Woche pro Schuljahr in der Mensa. Die Kinder kochen, richten an und servieren dabei unter der Anleitung von Mensabetreiber Stephan Jäger. Auf diese Weise werden mittlerweile über 400 Essen täglich zubereitet.

Das Pädagogische Kochen wurde als Gegenpol und Ergänzung zum gewöhnlichen Lehrplan entwickelt und soll die allgemeine Arbeits- und Organisationsfähigkeit der Kinder stärken. Nebenbei erhalten sie auch einen praktischen Bezug zum Thema gesunde Ernährung. Den Kommissionsmitgliedern erzählten die Kinder, dass sie mittlerweile anders über Fertiggerichte nachdenken und sich auch vermehrt Gedanken über das Wegwerfen von Lebensmitteln machen würden.

Den Wunsch des Projektleiters, das Konzept an weiteren Schulen zu verwirklichen, hat die Kinderkommission beim Besuch aufgegriffen und versprochen, das Thema weiter zu behandeln. Immerhin seien fast 9 Prozent der Kinder in Bayern bei der Einschulung übergewichtig, fast 4 Prozent



sogar fettleibig. „Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir schlechte Ernährungsgewohnheiten bei Kindern verhindern können und wie wir den Wert einer gesunden und gemeinsamen Mahlzeit erfolgreich vermitteln können. Das Projekt am Luisengymnasium bietet für beide Aufgaben eine ausgezeichnete Lösung“, so die Vorsitzende.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

## 2.2 Beschluss: Pädagogisches Kochen als „best-practice“-Beispiel

Aufgrund der positiven Bewertung des Projekts am Luisengymnasium hat die Kinderkommission der Staatsregierung mittels Beschluss vom 05.07.2012 empfohlen, das Pädagogische Kochen als sinnvolles Projekt bekannt zu machen und über entsprechende „best-practice“-Listen in anderen Schulen in Bayern bekannt zu machen. Der Vertreter des Kultusministeriums hat sich bereits im Vorfeld dazu bereit erklärt, eine Weiterentwicklung der sogenannten MODUS-Maßnahmen und die Aufnahme des Projekts Pädagogisches Kochen prüfen zu lassen.

Nach der Beschlussfassung erklärte der Vertreter des Kultusministeriums in der Sitzung der Kinderkommission am 27.09.2012, dass die Staatsregierung weder eine Empfehlung noch eine „best-practice“-Liste für Schulen veröffentlicht. Die genannten Modus-Maßnahmen seien darüber hinaus mittlerweile in die Schulordnungen überführt worden. Aus diesem Grund ließe sich die zu diesen Maßnahmen gehörende „best-practice“-Liste wohl nicht mehr öffentlich im Internet abrufen. Das Kultusministerium werde dies allerdings prüfen.

## 2.3 Beratungen zum Thema: Pädagogisches Kochen an Schulen

Dem oben genannten Beschluss vorausgegangen waren Beratungen über einen Beschlussentwurf der Vorsitzenden Stamm zum selben Thema. Nach diesem Entwurf sollte sich die Kinderkommission dafür einsetzen, Schulen, die an diesem Projekt interessiert sind, eine Hilfestellung bei dessen Einführung zu bieten. Weil für das Projekt allerdings gewisse räumliche Bedingungen erfüllt werden müssen, sollte

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

sich die Unterstützung durch die Kommission vor allem an solche Schulen in Bayern richten, die neu gebaut oder ohnehin umfänglich saniert werden müssen.

#### 2.4 Beschluss: Besteuerung von Schulessen

Eine weitere Initiative der Vorsitzenden der Kinderkommission bezog sich in mehreren Sitzungen auf die Besteuerung von Schulessen. Hintergrund waren die bestehenden rechtlichen Regelungen, nach denen der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7% nur dann für das Schulessen gilt, wenn der Caterer oder Mensabetrieb lediglich das Essen liefert, aber keine weiteren Dienstleistungen anbietet, wie zum Beispiel die Bereitstellung von Geschirr oder die Essensausgabe. Hier gilt dann der reguläre Steuersatz von 19%. Dazu kommt, dass das Essensangebot an Schulen in vielen Fällen in Konkurrenz mit umliegenden Fastfood- oder Imbiss-Ständen steht, für die der ermäßigte Steuersatz gilt und die dadurch mittels preiswerter Angebote Kinder und Jugendliche anlocken.

Weil die Kinderkommission aber einen hohen Mehrwert in der gemeinsamen Mahlzeit an der Schule sieht, empfiehlt sie, diesbezügliche Erleichterungen bei der Besteuerung des Schulessens vorzunehmen. Konkret fasste die Kommission in der letzten Sitzung des 4. Turnus am 15.11.2012 einen Beschluss, in dem der Staatsregierung empfohlen wird, sich dafür einzusetzen und gegebenenfalls nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, dass Schulessen auch dann steuerbefreit bzw. mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz besteuert werden kann, wenn das Essen nicht durch den Schulträger selbst, sondern von dem Essensproduzenten und/oder Lieferanten ausgegeben wird.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

#### 2.5 Bericht über den CO<sub>2</sub>-Gehalt in Klassenräumen

Auf Vorschlag ihrer Vorsitzenden hat die Kinderkommission in der Sitzung am 21.06.2012 einen Bericht des Umweltministeriums zum Thema CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Klassenzimmern gehört. Eine Studie aus dem Jahr 2005, die das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit im Auftrag des Ministeriums durchgeführt hat, besagt demnach, dass die Innenraumluftsituation in den Schulen als wenig befriedigend zu betrachten ist. Die Untersuchungen zeigten, dass die Aufmerksamkeit und Konzentrationsfähigkeit der Kinder möglicherweise beeinträchtigt sein könnte, wenn die CO<sub>2</sub>-Gehalte in den Klassenräumen hoch sind. Abschließende Studien, die diesen Zusammenhang bestätigen, existieren aber nicht.

In der Studie konnte zudem nachgewiesen werden, dass die normale Lüftung am Ende einer jeden Unterrichtsstunde nicht ausreicht, die Luftqualität entscheidend zu erhöhen. Dagegen könnten moderne Lüftungssysteme die Situation deutlich verbessern. Durch zusätzliche Vorteile beim Energiesparen würden sich diese Systeme auch nach wenigen Jahren amortisieren.

In den folgenden Sitzungen beriet die Kinderkommission, im nächsten Turnus möglicherweise eine Schule zu besuchen, an der CO<sub>2</sub>-Messungen durchgeführt werden, um sich selbst ein Bild von der Situation vor Ort machen zu können.



Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

### 3. Tätigkeitsschwerpunkt:

#### Kinder im Internet

Bereits in den beiden Vorsitzperioden zuvor hat sich die Kinderkommission intensiv mit dem Thema Kinder und Medien beschäftigt, welches einen Tätigkeitsschwerpunkt während des 2. Turnus unter Vorsitz von Dr. Simone Strohmayer darstellte. Der Fokus wurde speziell auf Themen rund um das Internet gelegt.

Um sich ein möglichst umfassendes Bild von den vielfältigen Möglichkeiten und Chancen des Internets, aber auch von dessen Gefahren machen zu können, hat die Kommission am 25.07.2012 ein Fachgespräch mit dem Titel „Kinder und Medien: Internetsicherheit“ veranstaltet.

Nach der Auswertung der Ergebnisse hat die Kommission einen gemeinsamen Beschluss entworfen, der in der letzten Turnussitzung am 15.11.2012 verabschiedet wurde.

#### 3.1 Fachgespräch Kinder und Medien: Internetsicherheit

Am 25.07.2012 waren mehrere Expertinnen und Experten zum Thema Internetsicherheit zu Gast in einer öffentlichen Sitzung der Kinderkommission. Zusammen mit den Fachleuten aus verschiedenen Bereichen wurden die

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

Möglichkeiten zum Schutz von Kindern vor Internet-Risiken erörtert. Außerdem berieten sich die Mitglieder der KiKo Bayern mit den ReferentInnen über Maßnahmen, welche die Internet-Kompetenz der Kinder in diesem Zusammenhang verbessern können.

Die teilnehmenden ExpertInnen waren Verena Weigand, Kommission für Jugendmedienschutz bei der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, Ekkehard Mutschler, Medienbeauftragter des Deutschen Kinderschutzbundes, Landesverband Bayern e.V., Kathrin Demmler, Direktorin des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis sowie Hans-Joachim Bokowsky, Kriminalhauptkommissar und Referent für Verhaltensorientierte Prävention des Bayerischen Landeskriminalamts.

### 3.2 Beschluss: Kinder im Internet – Kompetent und geschützt

Die Ergebnisse aus dem Fachgespräch fanden anschließend Eingang in einen Beschluss, den die Kommission am 15.11.2012 fasste.

Darin formulierte sie einen dringenden Nachholbedarf im Bereich Internetsicherheit für Kinder und Jugendliche. Einerseits müssten Kinder im Umgang mit Internet und mobilen Diensten besser geschult werden, damit sie von den vielfältigen Chancen, welche die neuen Medien bieten, profitieren können. Andererseits sei es notwendig, Kinder vor gefährdenden Inhalten zu schützen.

Eine zentrale Rolle in der Medienerziehung spielen in den Augen der Kommission die Eltern. Sie seien durch entsprechende Informations- und Beratungsangebote zu unterstützen. Dazu gehöre auch eine stärkere Förderung von hochwertigen Online-Inhalten für Kinder und Jugendliche und deren Bekanntmachung.

Die Kinderkommission forderte zudem die Provider auf, NutzerInnen darauf hinzuweisen, dass es wichtig ist, dass Eltern ihre Kinder auf ihrem Weg ins Internet

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

begleiten und über Filtersoftware zu informieren. Mit dieser Software können Eltern den Internetzugang gerade für jüngere Kinder sicherer machen. Doch sind solche Möglichkeiten nicht bekannt genug. Geeignete Filtersoftware muss für verschiedene Altersgruppen zur Verfügung stehen. Über die Gefahren, dass Filtersoftware nur begrenzte Möglichkeiten bieten und sie leicht ein falsches Sicherheitsgefühl vermitteln können, muss aber nach Ansicht der Kommission ebenfalls hingewiesen werden. Gleiches gilt für die zwangsläufig eingeschränkte Funktionsfähigkeit, die sich durch die Anwendung dieser Software ergibt.

Des Weiteren sprach sich die Kinderkommission dafür aus, Medienkompetenz in der Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen und ErzieherInnen verpflichtend anzubieten. In der heutigen Zeit ist das Internet auch in der Schule ein gängiges Medium. Projekte wie der Bayerische Medienführerschein können helfen, das Thema stärker in den Unterricht zu bringen. Wichtig ist aber vor allem, dass sich Lehrer und Erzieher bereits während ihrer Ausbildung intensiv und differenziert mit dem Thema Medien auseinandersetzen, um dieses Wissen später besser in Unterricht und Betreuung einsetzen zu können.

Mit gut ausgebildeten Lehr- und Erziehungskräften und weiteren Fachleuten sollten dann nach Meinung der Kommission mindestens jährliche Elternabende zum Thema in allen Kindergärten und Schulen abgehalten werden.

Schließlich empfahl die Kinderkommission den Einsatz von mehr Fachkräften im Bereich der Medienerziehung sowie einer Stärkung der sogenannten MiBs (Medienpädagogisch-informationstechnische BeraterInnen), sowohl personell als auch verwaltungstechnisch (z.B. durch Freistellung).

Die Methode der Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit direkt im Internet soll ebenfalls angewendet werden. Mit dieser Methode ist der Einsatz von SozialarbeiterInnen im Internet nach dem klassischen Streetwork-Prinzip gemeint. Fachkräfte sollen sich dort aufhalten und für Jugendliche ansprechbar sein, wo sich diese normalerweise aufhalten. Und zu diesen Orten gehört nach Ansicht der Kinderkommission mittlerweile auch das Internet.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

#### 4. Aktionen

Während des 4. Turnus fanden insgesamt 13 größere Aktionen statt. Neben den bereits genannten Gesprächsrunden zu den Themen Flüchtlingskinder, Kinder und Medien und dem Besuch des Luisengymnasiums wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

##### 4.I Besuch bei der Katholischen Jugendfürsorge in Augsburg

Die Kommissionmitglieder Brigitte Meyer und Dr. Simone Strohmayr haben bei ihrem Besuch der Katholischen Jugendfürsorge (KJF) in Augsburg einen Eindruck von der Arbeit der verschiedenen Einrichtungen bekommen. Vor Ort wurden aktuelle Themen mit VertreterInnen der KJF und des Frère-Roger-Kinderzentrums in Augsburg, das zur KJF gehört, diskutiert. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei der KJF, das derzeit vieldiskutierte Thema Inklusion sowie die Auswirkungen des neuen Kinderschutzgesetzes. Ein weiteres Thema war das therapeutische Angebot, das die KJF Minderjährigen macht, die sexuell missbraucht wurden.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

#### 4.2 Flamme der Hoffnung im Bayerischen Landtag

Am 19. Mai hatte ein 11-jähriger Junge in der Pfarrei St. Ludwig in Berlin die „Flamme der Hoffnung“ entzündet – eine Aktion des Projekts Omnibus. Landtagspräsidentin Barbara Stamm nahm sie 4 Tage später in Anwesenheit der Mitglieder der Kinderkommission als Zeichen der Solidarität im Maximilianeum entgegen. Das Projekt Omnibus in München betreut seit 26 Jahren schwer kranke Kinder und deren Eltern. Pfarrer Engelbert Petsch, Geschäftsführer der Stiftung Omnibus, bedankte sich für die Unterstützung und die Gelegenheit, auf die Nöte und Sorgen von betroffenen Familien aufmerksam zu machen. „Paare mit schwerkranken Kindern stehen oft vor Zerreißproben. Die Geschwister stehen im Schatten, dazu kommen zermürbende Auseinandersetzungen mit Behörden und Krankenkassen“, sagte Petsch. Man könne nicht alle Probleme lösen, aber Hoffnung vermitteln, positives Denken unterstützen. „Hoffnung hilft nicht zuletzt beim Heilungsprozess, das ist erwiesen“, schloss Petsch seine Ansprache.

#### 4.3 Ramadama-Aktion am Johannisplatz in München

Die Mitglieder der Kinderkommission und Landtagspräsidentin Barbara Stamm haben einen Kinderwunsch erfüllt: Ausgerüstet mit langen Zangen und Gummihandschuhen sammelten sie am 10. Juli 2012 auf dem Spielplatz am Johannisplatz in München herumliegenden Müll auf. Zigarettenkippen vor allem, jede Menge Scherben und Papiermüll. Den Auftrag für die Aktion hatte die

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

Kommissionsvorsitzende Claudia Stamm beim 1. Kinderparlament am 15. Juli 2011 im Landtag bekommen: Eine „berühmte Persönlichkeit“ – in diesem Fall die Landtagspräsidentin und die Mitglieder der Kinderkommission - sollte möglichst medienwirksam aufräumen, um in der Bevölkerung das Bewusstsein für eine saubere Umwelt zu stärken.

„Diesen Auftrag nehmen wir ernst. Die Kinder sollen erleben, dass uns ihre Wünsche



wichtig sind“, betonte Claudia Stamm. Landtagspräsidentin Barbara Stamm gab den 21 Buben und Mädchen aus dem Kindergarten „Kindern wachsen Flügel“ in der Wörthstraße in München-Haidhausen Recht, als diese sangen: „Müll gehört nicht auf die Straße, dafür gibt’s bei uns die Tonne.“ Die Kinder unter Leitung von

Sonja Pflüger waren im Rahmen ihres Recycling-Projekts ebenfalls auf dem Spielplatz unterwegs: Sie sammelten Müll, um ihn wieder zu verwenden: „Wir bauen eine Ritterburg“, verriet den Buben und Mädchen.

#### 4.4 Projektseminar „UN-Kinderrechtskonvention“

des Gymnasium Friedberg

Vor 20 Jahren hat Bayern die UN-Kinderrechtskonvention durch die Neufassung des Artikel 125 zum „Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Misshandlung und Ausbeutung“ in die Verfassung aufgenommen. Da die Bekanntmachung dieser Kinderrechte eine Verpflichtung aus der Konvention ist, hat die Kinderkommission

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

am 21.06.2012 Schülerinnen und Schüler des Wernher-von-Braun-Gymnasiums aus Friedberg eingeladen. Diese stellten im Landtag ihr Projektseminar „UN-Kinderrechtskonvention – Kinderrechte“ vor.

Die Seminararbeit trägt die Überschrift „Kinderrechte verpflichten uns – alle!“ und beinhaltet die methodische und didaktische Konzeption für entsprechende Unterrichtseinheiten an Grundschulen. Tatsächlich umgesetzt wurde die Theorie in die Praxis mit zwei 4. Klassen der Theresia-Gerhardinger-Grundschule in Friedberg. Dabei lag der inhaltliche Schwerpunkt auf den Bereichen Familie, Diskriminierung, Partizipation, Umwelt und Kinderarmut. Begleitet wurden die Lernstationen durch verschiedene Aktivitäten, die die „Großen“ mit den „Kleinen“ gemeinsam gestaltet haben: Es wurden Bäume gepflanzt, Brot gebacken, ein Kinderrechtelied getextet, ein Infostand auf dem Marktplatz aufgestellt und ein Artikel für die Presse verfasst. Mit diesen Aktionen sollten die Grundschüler begreifen, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht und wie wichtig Kinderrechte sind.



Die Mitglieder der Kinderkommission waren vom Vortrag und dem Inhalt der Präsentation sehr beeindruckt. Die Vorsitzende der KiKo Bayern, Claudia Stamm, interessierte unter dem Aspekt der Partizipation besonders das Wahlrecht für Kinder, das auch mit den Grundschülern diskutiert worden war. Insgesamt lautete das Resümee der KiKo Bayern: Eine Fortführung des Projekts, das erst vor kurzem mit dem Anerkennungspreis der UNICEF ausgezeichnet wurde, auch an anderen Grundschulen sei lohnenswert.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

#### 4.5 Kinderrechte – Jugendschutzbund Bayern im Landtag

Aus dem selben Anlass, die Kinderrechte bekannter zu machen, startete der Kinderschutzbund Bayern mit Unterstützung von Landtagspräsidentin Barbara Stamm und den Mitgliedern der Kinderkommission des Bayerischen Landtags seine



landesweite Info-Kampagne „Auch Kinder haben Rechte“. Im Steinernen Saal des Maximilianeums wandten sich Schüler der Mittelschule Garching und des Gymnasiums Neubiberg mit der Aktion „Ein Kinderrecht für jeden Abgeordneten“ direkt an die PolitikerInnen.

Diese sollten sich einzelne Paragraphen aus den Kinderrechten aussuchen und offensiv nach außen tragen. „Es heißt immer, Kinder seien unsere Zukunft, aber wir



Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

sind auch die Zukunft unserer Kinder", erklärte Wilfried Griebel, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) in Bayern während der Veranstaltung. Die Abgeordneten hätten die Chance, vor Ort mit Behörden und Bürgern die Bedeutung der Kinderrechte zu betonen und ein Bewusstsein für die Anliegen der Kinder zu schaffen. „Die Kinderrechte müssen bekannt werden. Unser Fernziel bleibt die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz“, machte Griebel deutlich.

Die Kinder verschafften sich nach den Reden mit dem Lied „Sing Out Loud For Your Rights“ Gehör und erläuterten den zahlreich anwesenden Abgeordneten dann in Einzelgespräche, welche Rechte von Kindern heute noch missachtet würden – auch in Deutschland. Den größten Applaus ertete der scheinbar simple Satz „Jedes Kind hat ein Recht auf Identität, denn jedes Kind ist einzigartig.“

#### 4.6 Die Kinderkommission auf der Ländermeile in München

Die bundesdeutschen Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit fanden dieses Jahr am 02. und 03.10.2012 in München statt. Die Kinderkommission war mit einem eigenen Stand im Zelt des Landtags präsent. Im Turnus standen die KiKo-Mitglieder und die unermüdlichen Mitarbeiterinnen des Landtagsamtes für Fragen und Antworten zur Verfügung. Nachdem das zweitägige Fest etwa 500.000 Besucherinnen und Besucher anlockte, war es für die KiKo Bayern eine gute Gelegenheit, die Arbeit der Kommission bekannter zu machen und die Menschen dazu zu animieren, sich bei Bedarf jederzeit an sie zu wenden.

#### 4.7 Namenswettbewerb für die Maskottchen der KiKo Bayern

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

In einem landesweiten Wettbewerb suchte die Kinderkommission des Bayerischen Landtags Anfang des Jahres nach einem Namen für ein Löwenpärchen, das als Logo dienen soll. Die Löwen sind vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission sowie bei Kinder- und Jugendveranstaltungen des Bayerischen



Landtags präsent. Aus über 500 Einsendungen wurden schließlich die Namen „Leo und Lea“ ausgewählt. Die beiden Maskottchen sind immer wieder im Einsatz, unter anderem bei den oben beschriebenen Aktionen des Bayerischen

Landtags rund um die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit.

Der Siebenjährige Pascal aus Langdorf (Kreis Regen) gewann den landesweiten Wettbewerb und wurde am 17.10.2012 sozusagen als Taufpate zusammen mit seinen Eltern ins Maximilianeum eingeladen. Die KiKo-Mitglieder begrüßten den Gewinner und überreichten ihm ein Geschenk. Danach stand eine exklusive Führung durch das Hohe Haus auf dem Programm. Abschließend gab es ein gemeinsames Mittagessen in der Landtagsgaststätte.

#### 4.8 Besuch des Salberghauses in Putzbrunn

Sie sind zwischen zwei Wochen und 10 Jahre alt und sind zum Teil schwer traumatisiert. Die Kinder, die heute im Salberghaus in Putzbrunn leben, kommen meist aus Familien, in denen sie aus den verschiedensten Gründen nur unzureichend Aufmerksamkeit, Sicherheit und Geborgenheit erfahren haben. Wie den Kleinen dort wieder auf die Beine geholfen wird, erfuhren die Mitglieder der

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

Kinderkommission des Bayerischen Landtags, Claudia Stamm und Petra Dettenhöfer, am 19.10.2012 bei ihrem Besuch der Einrichtung.

In einer Zeit steigender soziokultureller Anforderungen an Familien und Verkomplizierung des alltäglichen Miteinanders würden Kinder zunehmend an den Rand gedrängt, so Wolfgang Pretzer, der Leiter des Salberghauses, bei der Begrüßung der Abgeordneten. In manchen Familien gebe es für die Kinder dann keine Möglichkeit mehr, sich gesund zu entwickeln. In solchen Fällen ist es für sie besser, wenn man sie aus dem alten Umfeld heraushole und therapeutisch betreue.



Und genau diese Kombination aus Therapie und Betreuung wird im Salberghaus angeboten. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bieten hier hinsichtlich der Fördermöglichkeit wirklich höchste Qualität“, so Claudia Stamm während der Besichtigung der Einrichtung. Als Vorsitzende der Kinderkommission habe sie den Besuch angeregt, weil sie sich selbst sofort mit dem Motto des Salberghauses identifiziert habe: „Keine Gesellschaft kann es sich leisten, sich nicht genug um ihre Kinder zu kümmern.“ Und dass das Salberghaus einen großen gesellschaftlichen Dienst erweist, darin ist sich Stamm sicher.

Ihre Kollegin Petra Dettenhöfer aus der Kinderkommission habe ebenfalls einen sehr positiven Eindruck über die Arbeit und Konzeption des Kinderheimes mitgenommen. „Hier finden gefährdete Kinder ein liebevolles Umfeld und Geborgenheit“, so die Abgeordnete. Besonders überzeugend sei dabei der ganzheitliche pädagogische Ansatz gewesen.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

#### 4.9 LILALU e.V. im Bayerischen Landtag

In der Sitzung am 18.10.2012 begrüßte die Kinderkommission Anna Seliger vom Münchner LILALU e.V. . Der Verein bietet in den Schulferien ein umfassendes Betreuungsangebot an, welches vor allem bei Familien beliebt ist, in denen die Eltern trotz Ferien arbeiten müssen. Außerdem bietet LILALU auch kostenlose Plätze für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten an. Allein in 2011 nahmen bayernweit rund 6.500 Kinder und Jugendliche an den Ferienprogrammen teil.

Bereits Ende des vergangenen Jahres hatte die Kinderkommission den Kontakt zum Verein aufgenommen, der damals kurz vor der Insolvenz stand. Grund waren weggefallene Fördermittel der Europäischen Union. Als dann der Freistaat seine Fördergelder ebenfalls eingestellt hatte, setzte sich die Kommission im Frühjahr dafür ein, diese Gelder wieder freizugeben, nachdem LILALU von der Johanniter-Unfall-Hilfe übernommen wurde und somit eine Insolvenz abgewendet werden konnte.

Bei Ihrem Besuch im Landtag berichtete Anna Seliger, Sachgebietsleiterin Pädagogik, den Kommissionsmitgliedern die aktuelle Situation des Vereins.

#### 4.10 Projekt COPING des Treffpunkt e.V. im Landtag

In der letzten Sitzung am 15.11.2012 waren Hilde Kugler und Justyna Bieganski vom Nürnberger Verein Treffpunkt zu Gast in der Kommission. Dort stellten sie COPING vor, ein EU-gefördertes Forschungsprojekt über die physische, psychische und geistige Verfassung von Kindern Strafgefangener. Ziel des Projekts ist es, die Bedürfnisse dieser Kinder zu identifizieren und effektive Interventionen und bestehende Unterstützungsangebote zu erfassen. Dazu gehört auch, politische EntscheidungsträgerInnen für das Thema zu sensibilisieren.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

Die Handlungsempfehlungen aus der Studie haben ganz klar die Kinder im Fokus. Trotzdem sollen sie es auch den inhaftierten Eltern(-teilen) ermöglichen, während der Gefangenschaft den sozialen Kontakt zu ihren Kindern zu halten.

## 5. Sonstige Themen

Im Laufe des 4. Turnus haben sich zahlreiche Schulklassen, Lehrkräfte, Eltern, Verbände oder andere Interessenverbände mit verschiedenen Fragen, Bitten oder Forderungen an die Kinderkommission gewandt. Alle Fälle wurden in der Kommission gebührend diskutiert. Oftmals hat die Kommission Informationen oder Stellungnahmen zu konkreten Fragen aus den Ministerien angefordert und konnte so dazu beitragen, dass einige der an sie herangetragenen Probleme gelöst werden konnten. Dabei ging es unter anderem um die Zuweisung von Unterrichtsstunden an Grundschulen, Schulwegsicherheit, hier vor allem bei der Beförderung in Schul- oder Linienbussen, Schließungen von Schulstandorten. Im Folgenden werden zwei Themen, die über einen längeren Zeitraum behandelt wurden, kurz dargestellt.

### 5.1 Inklusion an Regelschulen

Im Regierungsbezirk Schwaben wurde Anfang des Jahres 2012 der Fall von zwei gehörlosen Mädchen publik, die nach dem Wunsch ihrer Eltern eine Regelschule besuchten und nicht das Schwäbische Förderzentrum für Hörgeschädigte in Augsburg. Problematisch hierbei erwies sich die Weigerung der zuständigen

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

Bezirksregierung, die Kosten für die GebärdendolmetscherInnen an der Regelschule zu übernehmen. Aufgrund dieser Entscheidung ist ein Besuch der Regelschule faktisch unmöglich geworden, weil die Eltern ansonsten selbst für die Kosten in Höhe von etwa 7000 € monatlich hätten aufkommen müssen.

Alle Mitglieder der Kinderkommission waren sich aber einig, dass allein der Wunsch der Kinder und Eltern ausschlaggebend für die Wahl der Schule sein sollte. Außerdem hätten die Kinder nach einem Landtagsbeschluss zum Thema Inklusion das ausdrückliche Recht, an einer Regelschule unterrichtet zu werden. Zusätzlich ist rechtlich eindeutig geregelt, dass die Kosten vom Bezirk getragen werden müssen. Allerdings war sich die Kinderkommission auch im Klaren darüber, dass die Frage der Finanzierung zwischen Freistaat und den Bezirken neu geregelt werden muss, weil damit zu rechnen ist, dass zukünftig verstärkt vom Inklusionsrecht Gebrauch gemacht werden wird.

Im konkreten Fall der beiden Mädchen aus Schwaben haben die Mitglieder der Kinderkommission des Bayerischen Landtags mehrfach an die zuständigen Behörden – das Kultusministerium, das Sozialministerium und der Bezirk Schwaben – appelliert, dass den Mädchen auf möglichst unbürokratische Weise weiterhin der Besuch an der Regelschule durch die Übernahme der Kosten der Gebärdendolmetscher ermöglicht wird.

Anfang März haben sich die betroffenen Ressortministerien dahingehend geeinigt, dass sie ohne Anerkennung einer Rechtspflicht bis zu einer endgültigen Entscheidung im anhängigen Gerichtsverfahren gemeinsam in Vorleistung für die Kosten der Gebärdendolmetscher eintreten. Nachdem der Bezirk Schwaben nach wie vor an seiner Ablehnung der Kostenbeteiligung bzw. -übernahme festhält, haben die beiden Ministerien die Gelder im Rahmen eines wissenschaftlichen Projekts freigegeben.

Die Mitglieder der Kinderkommission begrüßten diese bürgernahe Lösung. Sie plädierten aber gleichzeitig an die Staatsregierung, in Zusammenarbeit mit den Bezirken eine dauerhafte und rechtssichere Lösung zu finden, wie künftig mit den

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

---

Inklusionsleistungen beim Schulbesuch von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Regelschule umgegangen wird.

#### 5.2 Subtraktionsverfahren an Grundschulen

Bereits gegen Ende des Jahres 2011 hat sich die 3. Klasse einer Grundschule in Oberbayern an die Kinderkommission gewendet und sich in einem Brief über das neue Abziehverfahren beschwert, welches vor geraumer Zeit an allen Grundschulen eingeführt wurde. Das Problem des neuen Verfahrens sei zum einen, dass es gegenüber dem alten Verfahren etwas komplexer ausfällt. Zum anderen müssten sich viele Schülerinnen und Schuler beim Schulwechsel nach der vierten Klasse auf das alte Verfahren umstellen, weil sich zahlreiche Lehrkräfte an den weiterführenden Schulen weigern, das neue Verfahren zu verwenden. Sie beklagen sich darüber, dass das neue Verfahren umso komplizierter wird, je größer die Rechenzahlen werden.

Die Kinderkommission hat der Klasse daraufhin geantwortet, dass sie sich Informationen von der Lehrplankommission einholen werde, welche derzeit die Lehrpläne überarbeitet. So war in der Sitzung der Kinderkommission am 15.11.2012 eine Vertreterin des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) zu Gast in der Kinderkommission. Das ISB ist in Bayern unter anderem für die Entwicklung der Lehrpläne aller Schularten und das allgemeine Bildungsmonitoring zuständig.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

Anhang: Beschlüsse der Kinderkommission aus dem 4. Turnus

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-010

### Beschluss der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 21.06.2012 zum Thema „Trennung von Flüchtlingsgeschwistern“

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags setzt sich dafür ein, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlingsgeschwister nach ihrer gemeinsamen Ankunft in Bayern nicht getrennt werden, wenn diese einen solchen Wunsch äußern. Oberstes Ziel soll neben der Wahrung des Kindeswohls, sprich einer Unterbringung, die der Hilfebedürftigkeit entspricht, ebenso die Familienzusammenführung sein. Gerade in den ersten Tagen nach der Ankunft würde ansonsten den in den meisten Fällen ohnehin traumatisierten Kindern durch eine unmittelbare Trennung eine weitere erhebliche Belastung zugemutet. Falls sich in der Folgezeit eine unterschiedle Art der Unterbringung empfiehlt, ist darauf zu achten, dass trotzdem eine größtmögliche räumliche Nähe hergestellt und regelmäßige Treffen gewährleistet werden.

Auch wenn derartige Situationen erwartungsgemäß selten auftreten, empfiehlt die Kinderkommission für jeden einzelnen Fall eine humane, unbürokratische und vor allem unmittelbare Lösung herbeizuführen, die den oben genannten Vorstellungen der Kinderkommission entspricht. Dabei sind alle je nach Fall zuständigen Stellen wie Bezirk, Jugendamt, Polizei und gegebenenfalls das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen zu beteiligen.

München, den 21.06.2012

(Claudia Stamm, Vorsitzende)



Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

Az: 16/KiKo-B-011

### Beschluss der Kinderkommission vom 05.07.2012 zum Thema „Pädagogisches Kochen als „best-practice“- Beispiel“

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags empfiehlt der Staatsregierung, das Projekt „Pädagogisches Kochen“, praktiziert am Städtischen Luisengymnasium in München, als „best-practice“-Beispiel in das Informationsangebot des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aufzunehmen.

Die Kinderkommission ist davon überzeugt, dass die Kinder und Jugendlichen durch dieses Projekt nicht nur erweiterte Fähigkeiten in den Bereichen Organisation und Zusammenarbeit erwerben, sondern insgesamt ihre sozialen Kompetenzen ausbauen können. Darüber hinaus wird ihnen ein wertvoller Bezug zum Thema gesunde Ernährung vermittelt.

München, den 05.07.2012

(Claudia Stamm, Vorsitzende)

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

Az: 16/KiKo-B-012

### Beschluss der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 15.11.2012 zum Thema „Kinder im Internet: Kompetent und geschützt“

Die Kinderkommission des bayerischen Landtages sieht dringend Nachholbedarf im Bereich Internetsicherheit für Kinder und Jugendliche. Einerseits müssen Kinder im Umgang mit Internet und mobilen Diensten besser geschult werden, damit sie von den vielfältigen Chancen, welche die neuen Medien bieten, profitieren können. Andererseits ist es notwendig, Kinder vor gefährdenden Inhalten zu schützen,

Eine zentrale Rolle in der Medienerziehung spielen die Eltern. Sie sind durch entsprechende Informations- und Beratungsangebote zu unterstützen. Dazu gehört auch eine stärkere Förderung von hochwertigen Online-Inhalten für Kinder und Jugendliche und deren Bekanntmachung.

Die Kinderkommission fordert zudem die Provider auf, NutzerInnen darauf hinzuweisen, dass es wichtig ist, dass Eltern ihre Kinder auf ihrem Weg ins Internet begleiten und nach französischem Vorbild über Filtersoftware zu informieren. Mit dieser Software können Eltern den Internetzugang gerade für jüngere Kinder sicherer machen. Doch sind solche Möglichkeiten nicht bekannt genug. Geeignete Filtersoftware muss für verschiedene Altersgruppen zur Verfügung stehen. Über die Gefahren, dass Filtersoftware nur begrenzte Möglichkeiten bieten und sie leicht ein falsches Sicherheitsgefühl vermitteln können, muss ebenfalls hingewiesen werden. Gleiches gilt für die zwangsläufig eingeschränkte Funktionsfähigkeit, die sich durch die Anwendung dieser Software ergibt.

Des Weiteren spricht sich die Kinderkommission dafür aus, Medienkompetenz in der Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen und ErzieherInnen verpflichtend anzubieten. In der heutigen Zeit ist das Internet auch in der Schule ein gängiges Medium. Projekte wie der Bayerische Medienführerschein können helfen, das Thema stärker in den Unterricht zu bringen. Wichtig ist aber vor allem, dass sich Lehrer und Erzieher bereits während ihrer Ausbildung mit dem Thema Medien intensiv und differenziert auseinandersetzen, um diese später besser Unterricht und Betreuung einsetzen zu können und sich mit Kindern über Möglichkeiten und Gefahren des Internets auseinanderzusetzen.

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

2

Mit gut ausgebildeten Lehr- und Erziehungskräften und weiteren Fachleuten sollten dann mindestens jährliche Elternabende zum Thema in allen Kindergärten und Schulen abgehalten werden.

Schließlich empfiehlt die Kinderkommission den Einsatz von mehr Fachkräften im Bereich der Medienerziehung sowie einer Stärkung der sogenannten MiBs (Medienpädagogisch-informationstechnische BeraterInnen), sowohl personell als auch verwaltungstechnisch (z.B. Freistellung). Die Methode der Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit direkt im Internet soll dabei ebenfalls angewendet werden. Mit dieser Methode ist der Einsatz von SozialarbeiterInnen im Internet nach dem klassischen Streetwork-Prinzip gemeint. D.h. dass sich Fachkräfte dort aufhalten und für Jugendliche ansprechbar sind, wo sich diese normalerweise aufhalten. Und zu diesen Orten gehört nach Ansicht der Kinderkommission mittlerweile auch das Internet.

München, den 15.11.2012

\_\_\_\_\_  
Claudia Stamm  
Vorsitzende der KiKo Bayern

Tätigkeitsbericht  
über den vierten Turnus  
31.01.12 bis 15.11.12



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

Bayerischer Landtag  
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

Az: 16/KiKo-B-013

### Beschluss der Kinderkommission des Bayerischen Landtags vom 15.11.2012 zum Thema „Besteuerung von Schulessen“

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags empfiehlt der Staatsregierung, sich dafür einzusetzen und gegebenenfalls nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, dass Schulessen auch dann steuerbefreit bzw. mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz besteuert werden kann, wenn das Essen nicht durch den Schulträger selber, sondern von dem Essensproduzenten und/oder Lieferanten ausgegeben wird.

Weil für die reine Essenslieferung an Schulen und Kitas bereits der ermäßigte Steuersatz bzw. eine Steuerbefreiung gilt, ist es für die Kinderkommission nicht nachvollziehbar, dass das Schulessen höher besteuert wird, wenn der/die Lieferant/in oder Mensabetreiber/in noch sonstige Leistungen erbringt, wie beispielsweise die Bereitstellung von Geschirr. Durch die höhere Besteuerung fehlen dann oft die notwendigen Mittel für ein gesünderes Speiseangebot. Außerdem steht das Essensangebot an Schulen in vielen Fällen in Konkurrenz mit umliegenden Fastfood- oder Imbiss-Ständen, für die der ermäßigte Steuersatz gilt und die dadurch mittels preiswerter Angebote Kinder und Jugendliche anlocken. Weil die Kinderkommission aber einen hohen Mehrwert in der gemeinsamen Mahlzeit an der Schule sieht, empfiehlt sie, diesbezügliche Erleichterungen bei der Besteuerung des Schulessens vorzunehmen.

München, den 15.11.2012

Claudia Stamm  
Vorsitzende der KiKo Bayern

Anlage 21



BAYERISCHER LANDTAG  
KINDERKOMMISSION

**Tätigkeitsbericht über den fünften Turnus  
(15.November 2012 – Ende der  
Legislaturperiode)**

AZ: 16/KiKo-Ber-005

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>2. Tätigkeitsschwerpunkt Kinder und Gesundheit.....</b>	<b>3</b>
2.1 Expertengespräch zum Thema <i>Essstörungen im Kindesalter</i> .....	3
2.2 <i>Beschluss der Kinderkommission</i> .....	5
<b>3. Tätigkeitsschwerpunkt: unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.....</b>	<b>6</b>
<b>4. Sonstige Themen in den Sitzungen der Kinderkommission .....</b>	<b>8</b>
4.1 <i>Fachgespräch Sexueller Missbrauch von Kindern</i> .....	8
4.2 <i>Vorstellung des Modellprojekts „Netzwerk Familienpaten Bayern“</i> .....	10
4.3 <i>Nachgehakt: Inklusion an Regelschulen</i> .....	11
4.4 <i>Pfad für Kinder</i> .....	12
<b>5. Aktionen und Besuche .....</b>	<b>13</b>
5.1 <i>Besuch einer Schule mit CO<sub>2</sub>-Ampel</i> .....	13
5.2 <i>Kinderparlament</i> .....	14
5.3 <i>Münchner Kinder- und Jugendforum – eine Grundschulklasse erhält Einblick in die Arbeit der Kinderkommission</i> .....	15
5.4 <i>Kinderfriedensfest in Augsburg</i> .....	15

## 1. Einleitung

Der letzte Turnus der Kinderkommission des Bayerischen Landtags begann am 15. November 2012 mit der Wahl von Brigitte Meyer (FDP) zur neuen und somit letzten Vorsitzenden innerhalb der 16. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags. Stellvertretende Vorsitzende wurde Petra Dettenhöfer (CSU).



Bild: MdL Dr. Simone Strohmayer, MdL Claudia Stamm, MdL Brigitte Meyer, MdL Petra Dettenhöfer und MdL Eva Gottstein bei der Wahl der neuen Vorsitzenden

Im Laufe dieses letzten Turnus fanden insgesamt 9 Sitzungen im Bayerischen Landtag statt. Diese wurden auf Grund der geringen restlichen Sitzungszeit der Legislaturperiode alle zu Beginn des Turnus festgelegt, um noch ausreichend Termine für die Themenschwerpunkte sowie Anliegen von Verbänden, Bürgern und aktuelle Anlässe zur Verfügung zu haben. Zusätzlich zu diesen Sitzungsterminen gab es noch Einzeltermine einzelner Mitglieder außer Haus, um die Arbeit der Kinderkommission vorzustellen. Des Weiteren gab es einen offiziellen Außentermin am 17. Juni 2013.

## 2. Tätigkeitsschwerpunkt Kinder und Gesundheit

### 2.1 Expertengespräch zum Thema *Essstörungen im Kindesalter*

Die Zunahme bei Essstörungen von Kindern sind eine Entwicklung, welche die Mitglieder der Kinderkommission aufhorchen ließ: 12-14-jährige Patienten mit schweren Essstörungen sind schon heute die Regel, manche Patienten sind sogar noch jünger. Essstörungen sind ernst zu nehmende psychosomatische Erkrankungen, die durch schwere Störungen des Essverhaltens gekennzeichnet sind. Inzwischen werden sie immer mehr zu einem Problem des Kindesalters

und der frühen Jugend. Eine aktuelle Studie der WHO belegt, dass sich jedes zweite 15-jährige Mädchen und jeder dritte Junge in diesem Alter zu dick finden, obgleich dies objektiv nicht der Fall ist. Insbesondere im internationalen Vergleich wird deutlich, dass sich deutsche Jugendliche am häufigsten als zu dick einschätzen. Laut einer Studie des Robert-Koch-Instituts haben rund 20% der deutschen Mädchen und Jungen im Alter von 11 Jahren eine auffällige Einstellung zum Essen. Grund genug für die Kinderkommission, sich mit dieser Problematik intensiver zu befassen.

Im Rahmen des Schwerpunktbereiches Kinder und Gesundheit veranstaltete die Kinderkommission des Bayerischen Landtags daher am 7. Februar 2013 eine Fachtagung zum Thema „Kinder und Essstörungen“, um sich mit Experten über die aktuelle Lage auszutauschen. Der Schwerpunkt sollte dabei auf Präventionsmöglichkeiten gelegt werden, damit diese beunruhigende Entwicklung durchbrochen werden kann.

Als Gesprächspartner hatte die Kinderkommission des Bayerischen Landtags folgende Experten eingeladen: Frau Dr. Karin Lachenmeir, Leiterin des Therapie-Centrums Essstörungen in München, Herrn Andreas Schnebel, geschäftsführender Vorstand von ANAD e.V. (Therapeutische Wohngruppen) in München sowie Vorstandsmitglied des Bundesfachverbandes Essstörungen e.V., Frau Vanessa v. Wyschetzki (ANAD e.V.) und Frau Maja Schrader vom BKK-Projekt „bauchgefühl“, ein Unterrichtsprogramm, welches sich kritisch mit dem Thema Essstörungen auseinandersetzt. Themenschwerpunkte bildeten die Formen der Essstörungen, Prävalenz, Ursachen, sowie Präventions- und Therapiemöglichkeiten.



Bild: MdL Petra Dettenhöfer, MdL Brigitte Meyer, Dr. Karin Lachenmeir, MdL Claudia Stamm, Frau Maja Schrader, Herr Andreas Schnebel und Frau Vanessa v. Wyschetzki nach dem Gespräch



Frau Dr. Lachenmeir stellte die Ursachen und Formen der Essstörung dar und führte aus, dass die wichtigste Methode zur Behandlung von Essstörungen die Psychotherapie sei. Frau Schrader erläuterte das BKK-Projekt „bauchgefühl“ und wies auf die Wichtigkeit primärer niedrigschwelliger Präventionsprojekte hin, welche auch die neuen Medien miteinbezögen. Die Nachfrage nach Unterstützung und Informationen sei bei den Lehrkräften in allen Schularten sehr hoch. Ähnliche Erfahrungen wurden auch von ANAD e.V. berichtet. Herr Schnebel wies jedoch darauf hin, dass die Beratungsangebote überwiegend in den Großstädten vorhanden seien, hingegen im ländlichen Bereich oft fehlen würden. Darüber hinaus gebe es einen Mangel an Therapieplätzen und es müsse die Frage nach der richtigen Unterbringung und Therapieform dieser jungen Patienten geklärt werden. Frau Dr. Lachenmeir bekräftigte die Forderung nach mehr Therapieplätzen und kompetenten Therapeuten. Die Mitglieder der Kinderkommission versprachen, sich der beschriebenen Problemen anzunehmen.

## **2.2 Beschluss der Kinderkommission**

Dem Versprechen, sich der innerhalb des Expertengesprächs vom 7. Februar 2013 aufgeworfenen Problemstellungen anzunehmen, ist die Kinderkommission in der Sitzung am 13. Juni 2013 gefolgt. Einstimmig wurde folgender Beschluss gefasst:

*„Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags sieht einen dringenden Handlungsbedarf bei der Prävention und Therapie von Essstörungen im Kindes- und Jugendalter. Essstörungen sind ernst zu nehmende psychosomatische Erkrankungen, die durch schwere Störungen des Essverhaltens gekennzeichnet sind. Inzwischen werden sie immer mehr zu einem Problem des Kindesalters und der frühen Jugend.*

*Daher empfiehlt die Kinderkommission, verstärkt bestehende Präventionsangebote (bspw. der Krankenkassen oder regionaler Therapiezentren) in der Schule sowie in Einrichtungen der Jugendarbeit durchzuführen. Dem zuständigen Personal in den jeweiligen Einrichtungen ist die Teilnahme an entsprechenden Schulungen zu ermöglichen.*

*Darüber hinaus fordert die Kinderkommission, die kinder- und jugendpsychotherapeutische Versorgung in Bayern durch eine Änderung der Bedarfsplanungsrichtlinie für die Praxissitze der Kinder- und Jugendpsychotherapeuten zu verbessern, damit betroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien zeit- und wohnortnah eine Therapie beginnen können.*

*Zu einer Verbesserung des Therapieangebotes gehört auch die Ausweitung des auf Kinder und Jugendliche mit Essstörungen spezialisierten psychosomatischen Therapieangebotes an bayerischen Kliniken.*

*Die Kinderkommission empfiehlt abschließend die Einhaltung der Leitlinien für die Beratung und ambulante Therapie von Essstörungen des Bundesfachverbandes für Essstörungen.*

*Außerdem wird angeregt, dass sich die künftige Kinderkommission noch einmal mit dieser Thematik auseinandersetzt und die Einrichtung einer kostenlosen Hotline überprüft. “*

### **3. Tätigkeitsschwerpunkt: unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**

In der Sitzung am 14. Mai 2013 widmete sich die Kinderkommission erneut dem Themenschwerpunkt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, da in den Erstaufnahmeeinrichtungen die Situation aufgrund der hohen Belegungszahlen abermals sehr angespannt war. Sie lud daher fast 20 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge zu sich in die Sitzung ein, um ihnen und ihren Sorgen ein offenes Ohr zu verleihen. Begleitet wurden die Flüchtlinge von ihren Betreuern in der Erstaufnahmeeinrichtung in München. Bei diesem Hearing waren auch Vertreter der Staatsregierung anwesend, Herr Andreas Herden von der Inneren Mission, welche die soziale Betreuung innerhalb der EAE inne hat, und Herr Jürgen Soyer von Refugio, einem Münchner Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer.



Bild: Die Jugendlichen berichten den Mitgliedern der Kinderkommission über die Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung

Die Jugendlichen berichteten von den unhygienischen Zuständen in der Erstaufnahmeeinrichtung. So stünden in dem einen Trakt für 70 Jugendliche nur eine Toilette mit sieben Kabinen sowie nur eine Küche mit fünf Kochplatten zur Verfügung, wovon nur drei benutzbar seien. In den sieben vorhandenen Duschen gäbe es nur 1x/Woche warmes Wasser und sie seien außerdem sehr schmutzig. Geputzt werde nur einmal wöchentlich. All das würde zu regelmäßigen Streitereien unter den Jugendlichen führen. Auch gebe es Tag und Nacht eine hohe Lärmbelästigung. Einige Jugendliche berichteten davon, dass sie sich selbst verletzten, da sie den Druck und die Hoffnungslosigkeit nicht anders ertragen würden.

Die Jugendlichen wünschten sich einen schnelleren Transfer in die für sie vorgesehenen Einrichtungen der Jugendhilfe, mehr Beschäftigung in der Erstaufnahmeeinrichtung, mehr Perspektiven und jemanden, der ihren Berichten von dem bisher erlebten Leid ein offenes Ohr schenkt. Dafür baten sie die Politiker um Unterstützung. Ein Jugendlicher erklärte, dass

er das, wovon er fortgelaufen sei, nämlich die Gewalt, Drogen und keine Perspektiven, hier erneut vorfinden würde.



Bild: Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, ihre Betreuer und Dolmetscher, Herr Soyer von Refugio zusammen mit den Mitgliedern der Kinderkommission

Herr Soyer von Refugio berichtete, dass tatsächlich viele der Jugendlichen sehr traumatisiert seien und weder Sicherheit noch eine Perspektive erleben würden. Er erläuterte, dass nicht die Erlebnisse an sich, sondern der Umgang nach dem Erlebnis entscheidend dafür seien, ob sich eine psychische Erkrankung herausbildet. Nach seinem Empfinden müsse die Therapie ausgeweitet werden, aber auch kleinere Wohneinheiten würden einen therapeutischen Effekt aufweisen.

Herr Herden von der Inneren Mission berichtete, dass er seit dem Gewaltausbruch im Februar vier neue Stellen von der Staatsregierung erhalten habe mit der Bedingung, die Betreuung nachts auszuweiten. Mangels geeigneter Bewerber konnten jedoch noch nicht alle vier Stellen besetzt werden. Die Ausweitung der Nachtbetreuung werde als sinnvoll erachtet, jedoch befürworte auch er die Unterteilung in kleinere Gruppen und einen besseren Personalschlüssel.

Der Vertreter der Staatsregierung erklärte, dass derzeit in einem eigenen Forum über grundsätzliche konzeptionelle Änderungen der Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen beraten würde. Auch solle es sehr zeitnah Deutschkurse in den Erstaufnahmeeinrichtungen für die Jugendlichen geben. Er schilderte

auch die Problematik, Plätze in den Jugendhilfeeinrichtungen zu finden, insbesondere in München. Auf der anderen Seite habe man Probleme, die vorhandenen Plätze in den anderen Städten Bayerns zu besetzen, da die Jugendlichen sich weigerten, München zu verlassen. Dies wurde von einigen Jugendlichen bestätigt: sie wollten nicht woanders hinziehen, nachdem sie sich in München einigermaßen eingelebt hätten.

Die Vorsitzende der Kinderkommission dankte den Jugendlichen für die offenen Worte und erklärte, dass deren Anliegen bei den Mitgliedern der Kinderkommission angekommen seien und dass sich die Kinderkommission mit diesem wichtigen Thema weiter beschäftigen werde. Die Jugendlichen den Mitgliedern der Kinderkommission dafür, dass sie ihr Anliegen vortragen durften.

#### **4. Sonstige Themen in den Sitzungen der Kinderkommission**

##### **4.1 Fachgespräch Sexueller Missbrauch von Kindern**

Jährlich werden in Bayern laut Polizeilicher Kriminalstatistik ca. 1800 sexuelle Übergriffe auf Kinder zur Anzeige gebracht. Die Dunkelziffer liegt vermutlich um ein vielfaches höher. Dies war Anlass für die Kinderkommission des Bayerischen Landtags, sich in ihrer Sitzung am 24. Januar 2013 diesem sensiblen und wichtigen Thema im Rahmen eines Expertengesprächs zu widmen und so die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf dieses Tabuthema zu lenken. Die Mitglieder der Kinderkommission folgten damit auch dem Aufruf des unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Herrn Johannes-Wilhelm Rörig, die bundesweite Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ zu unterstützen.

Gesprächspartner im Rahmen des Expertengesprächs waren Frau Christine Rudolf-Jilg von AMYNA e.V., Institut zur Prävention vor sexuellem Missbrauch, Frau Sabine Wieninger von IMMA e.V., einer Beratungsstelle für junge Mädchen mit sexueller Gewalterfahrung, und Herrn Peter Mosser von kibs Kinderschutz e.V., einer Beratungsstelle für männliche Opfer von Missbrauch. Gemeinsam wollten die Experten und Abgeordneten diskutieren, in welcher Form Kinder und Jugendliche vor sexuellen Übergriffen geschützt werden können und wie man bereits betroffenen Kindern und Jugendlichen, sowie deren Angehörigen, schnellstmöglich helfen kann.

Frau Rudolf-Jilg erläuterte, dass Untersuchungen gezeigt hätten, dass sich Kinder nicht allein vor sexuellem Missbrauch schützen könnten und deshalb die Verantwortung zum Schutz der Kinder bei den Erwachsenen liege. AMYNA konzentrierte sich in ihrer Arbeit daher auf die Qualifizierung von Erwachsenen in Institutionen sowie auf die Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit. Frau Rudolf-Jilg stellte weiterhin fest, dass hohe Qualitätsunterschiede bei den Präventionsangeboten festzustellen seien und zu häufig eine Konzentration auf Kinder bestünde. Erforderliche Maßnahmen seien daher die Qualifikation von pädagogischen

Fachkräften, die Aufklärung der Gesellschaft durch Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbau von Präventionsangeboten bei besonders schützenswürdigen Gruppen wie Menschen mit Behinderung oder unbegleiteten minderjährige Flüchtlingen.



Bild: MDL Eva Gottstein, MdL Brigitte Meyer, Herr Peter Mosser, Frau Sabine Wieninger, Frau Christine Rudolf-Jilg und Mdl Dr. Simone Strohmayer nach dem Gespräch

Frau Wieninger führte aus, dass IMMA e.V. als Anlaufpunkt für Mädchen in allen Problemlagen fungiere und dadurch der Zugang niedrigschwellig gehalten werde. Die Beratung werde dabei telefonisch, online oder persönlich angeboten. Kritisch werde die geringe Anzahl an vorhandenen Therapieplätzen gesehen. Aktuell erfahre beinahe jedes vierte bis fünfte Mädchen sexuelle Gewalt im unmittelbaren sozialen Umfeld, allerdings fehlten insbesondere im ländlichen Bereich Anlauf- und Beratungsstrukturen. In akuten Krisen werde eine schnelle Hilfe durch eine niedrigschwellige und kostenfreie qualifizierte Beratung benötigt.

Herr Mosser erklärte die Arbeit von kibs, welche sich ausschließlich an männliche Opfer von sexueller Gewalt wendet und kritisiert, dass es nach wie vor noch keine Daten über die Versorgung männlicher Betroffener gebe und eine verlässliche Finanzierung fehle. Als zielführend erachtete Herr Mosser auch die Implementierung von Präventionskonzepten in den Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Experten waren sich einig, dass die vorhandenen Informationen über Anlauf- und Beratungsstellen gebündelt werden sollten und der Zugang, möglicherweise durch eine zentrale Anlaufstation, erleichtert werden müsse. Die Sitzung wurde mit dem Versprechen beendet, sich weiterhin mit der Thematik „Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern“ zu befassen.

Einstimmig wurde daher am 16. Mai 2013 folgender Beschluss gefasst:

*„Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags sieht einen dringenden Handlungsbedarf bei der Prävention und Intervention bei sexuellem Missbrauch von Kindern. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik wurden im Jahr 2012 in Bayern 1.832 sexuelle Übergriffe auf Kinder zur Anzeige gebracht, die Dunkelziffer dürfte jedoch um ein Vielfaches höher liegen.*

*Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Kinderkommission die Etablierung einer bayernweit tätigen, telefonisch und per Mail und über gängige soziale Netzwerke im Internet erreichbaren, Anlaufstelle gegen sexuellen Missbrauch bei Kindern und Jugendlichen, welche als erste Kontaktperson für Betroffene selbst sowie für Angehörige fungiert. Ihre Aufgabe ist die professionelle Weitervermittlung in bestehende Angebote vor Ort durch Errichtung eines Datenpools. Die Anlaufstelle sollte bayernweit durch entsprechende Werbemaßnahmen bekannt gemacht werden. Der Zugang zu ihr soll möglichst niedrigschwellig gestaltet sein, z.B. durch eine kostenlose Telefonnummer.*

*Darüber hinaus empfiehlt die Kinderkommission die Errichtung einer Internetseite, welche einen Überblick über die in Bayern bestehenden Beratungsangebote und Anlaufstellen bietet. Die Internetseite sollte so gestaltet sein, dass auch Kinder sich auf ihr zurechtfinden. Die Kontaktdaten zu der bayernweiten Anlaufstelle sind auf dieser Internetseite zu vermerken.*

*Die Kinderkommission setzt sich für die verpflichtende Einführung der „Leitlinien zur Prävention und Intervention sowie zur langfristigen Aufarbeitung und Initiierung von Veränderungen nach sexualisierter Gewalt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Institutionen“ des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ der Bundesregierung ein.*

*Damit betroffene Kinder und Jugendliche zeit- und wohnortnah bei Bedarf eine Therapie beginnen können, ist die kinder- und jugendpsychotherapeutische Versorgung zu verbessern.*

*Zur Prävention von sexuellem Missbrauch sollten die Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte in Bildungseinrichtungen (Kita, Schule, Jugendbildung), sowie die Öffentlichkeit durch ausreichende Informationen für diese Thematik sensibilisiert werden.“*

#### **4.2 Vorstellung des Modellprojekts „Netzwerk Familienpaten Bayern“**

In der Sitzung vom 21. März 2013 hatte die Kiko des Bayerischen Landtags die Geschäftsführerin des Landesverbandes Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V., Frau Susanne Veit, zu Gast, welche das Modellprojekt „Netzwerk Familienpaten Bayern“ vorstellte. Das Netzwerk besteht aus drei Partnern, die das Projekt gemeinsam auf den Weg gebracht haben: dem Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V., dem Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Bayern e.V. und dem bayerischen Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. Die Mitglieder der Kiko erfuhren, dass das Ziel des Projektes die frühzeitige und niedrigschwellige Unterstützung und Begleitung von Familien in plötzlichen Krisen sei. Die Familienpaten seien bei den betreffenden Familien für 2-6 Stunden/Woche bis zu höchstens 12 Wochen eingesetzt und





gewährleisten in der Familie Hilfe zur Alltagsgestaltung. Dabei müssen sich die Familienpaten, so Frau Veit, an den jeweiligen Lebenswelten der Familien orientieren und die Eigenkompetenz der Familie stärken. Zum Aufgabenbereich der Familienpaten gehöre die Begleitung zu Behörden, Ärzten und Schulen und die Weiterentwicklung der Erziehungskompetenz, darüber hinaus hätten die Familienpaten eine Lotsenfunktion zu anderen Beratungs- und Fachstellen inne. Der Gewinn für die Familien sei die Annahme von Zuwendung und der Erhalt neuer Lebensperspektiven. Die Familienpaten arbeiteten alle ehrenamtlich und würden durch die für die Ehrenamtlichen kostenlosen intensiven Schulungen vor Ort in ihre Aufgabe eingeführt. Unterstützt würden sie von koordinierenden Fachkräften. Das Projekt wird finanziell durch das Bayerische Sozialministerium unterstützt.

#### **4.3 Nachgehakt: Inklusion an Regelschulen**

Bereits im vierten Turnus hatten sich die Mitglieder der Kinderkommission intensiv mit der Thematik Inklusion an Regelschulen beschäftigt. Anfang des Jahres 2012 wurden die Abgeordneten auf die Situation zweier gehörloser Mädchen aufmerksam, welche nach Wunsch der Eltern anstatt eines Förderzentrums eine Regelschule besuchen sollten. Aufgrund der hohen Kosten für die dringend benötigten Gebärdensprachdolmetscher wäre dies aber ohne staatliche Hilfe nicht möglich gewesen. Nach langwierigen Verhandlungen der zuständigen Behörden – Kultusministerium, Sozialministerium und Bezirk – haben die beiden Ministerien die notwendigen Gelder im Rahmen eines wissenschaftlichen Projekts freigegeben.

Die Mitglieder der Kinderkommission wollten nun dieses Thema weiter verfolgen und luden daher für die Sitzung vom 18. April 2013 zu einem Expertengespräch ein. Im Detail wollten die Mitglieder sich über die aktuellen Ergebnisse des Forschungsprojektes berichten lassen sowie Experten dazu befragen, welche Unterschiede im Lernen für hörbehinderte Kinder an Regelschulen im Vergleich zum Besuch eines Förderzentrums bestehen. Hierzu wurden folgende Experten eingeladen: Frau Prof. Dr. Anette Leonhardt, Lehrstuhl für Gehörlosen- und Schwerhörigenpädagogik an der LMU München, Frau Cornelia von Pappenheim, Referentin für Medien und Organisation beim Deutschen Gehörlosenbund, Frau Getrud Kreutmayr und Herr Johann Miller vom Bezirk Schwaben, Frau Eva-Maria Geser, Sonderschulkonrektorin vom Förderzentrum Augsburg sowie Vertreter des Kultus- und Sozialministeriums.

Zunächst erläuterte Frau Prof. Leonhardt die bisher gewonnen Arbeitsergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Besuches der beiden gehörlosen Mädchen an den beiden Regelschulen. Endgültige Ergebnisse gebe es aufgrund der kurzen Studiendauer noch nicht, aber im Fazit könne zum aktuellen Zeitpunkt gesagt werden, dass die beiden gehörlosen Mädchen gut in der Klasse mitkommen.

Im Anschluss an den Bericht wurde gemeinsam über den Unterschied der Beschulung an Regelschulen zu einem Förderzentrum diskutiert. Die Mitglieder der Kinderkommission

erfahren, dass die Anzahl der Kinder mit Cochlear-Implantat (einer sogenannten Hörprothese für Gehörlose, deren Hörnerv noch funktioniert) stetig ansteige. Nur noch ca. 5% aller hörbehinderten Kinder seien taub im klassischen Sinne. Dadurch bedingt, gebe es eine enorme Streubreite an unterschiedlichen Hörbehinderungen an den Förderzentren, so dass stets die Balance zwischen Vermittlung der Lautsprache sowie Wissensvermittlung mit Gebärdensprache gefunden werden müsse. Der Vorteil der Förderzentren, insbesondere der Schulvorbereitenden Einrichtungen (SVE), sei die frühe Vermittlung des Schriftsprachenerwerbs schon ab dem 5. Lebensjahr, da hier in der kognitiven Entwicklung eine sensible Phase bestehe, sowie die Vermittlung der Lautsprache von frühester Kindheit an. Von den Experten wurde aber eindeutig klargestellt, dass auch diejenigen Kinder, welche vom Babyalter an mittels Hörgerät und Implantat die Lautsprache lernen und im Laufe der Jahre gut beherrschen, dennoch immer gehörgeschädigt blieben und somit nie gänzlich auf Gebärdensprachdolmetscher verzichtet werden könne. Der Vorteil der Regelschulen sei die inkludierende Wirkung, die vordergründige Schwerpunktsetzung bei der Wissensvermittlung durch Gebärdensprache und die Wohnortnähe. Frau Prof. Leonhardt wies darauf hin, dass beim Besuch einer Regelschule die Lautsprache nicht richtig gelernt werden könne.

Frau von Pappenheim betonte, es müsse Aufgabe der Gesellschaft und der Politik sein, eine Kultur der Gebärdensprache zu etablieren. Die Betonung des Lautsprachenerwerbes empfinde sie als problematisch und ausgrenzend.

Aufgrund der bisher erlangten Forschungsergebnisse erläuterte Frau Prof. Leonhardt abschließend, dass die Eltern gehörgeschädigter Kinder insbesondere in den ersten Schuljahren Vorbehalte gegen die Förderzentren hätten, was oftmals an der weiten Entfernung sowie an der Internatsstruktur liege. Mit aufsteigenden Schuljahren würden hingegen mehr Kinder an die Förderzentren wechseln. Die Ursachen ließen sich laut den Forschungsergebnissen nach in der steigenden Bedeutung der Kommunikation mit dem Alter und dem Fehlen entsprechender Kommunikationspartner in den Regelschulen begründen.

Die Vorsitzende schloss die Sitzung mit der Bemerkung, dass das vordergründige Ziel sein solle, die Kinder zu selbstbewussten Menschen zu erziehen, ihre Stärken und Fähigkeiten herauszustellen und ihnen unterschiedliche Wege zu bieten. Darin waren sich alle einig.

#### **4.4 Pfad für Kinder**

In der letzten regulären Sitzung am 4. Juli 2013 wird<sup>1</sup> den Mitgliedern der Kinderkommission noch die Arbeit von „Pfad für Kinder“ vorgestellt. „Pfad für Kinder“ wurde 1987 in München gegründet und ist ein Zusammenschluss von Pflege- und Adoptivelterngruppen und -vereinen, Pflege- und Adoptivfamilien, Bewerber um ein Pflege- oder Adoptivkind,

---

<sup>1</sup> Aus organisatorischen Gründen war eine Drucklegung bis zum 2. Juli 2013 erforderlich, so dass noch nicht stattgefundene Aktionen im Bericht nur angekündigt werden konnten.



Tagespflegeeltern und Fachkräften der Jugendhilfe. Die Mitglieder des Verbandes werden mit den Abgeordneten über Verbesserungsmöglichkeiten in der Pflegekinderhilfe und rund um die Adoption eines Kindes diskutieren. Die Thematik stößt bei den Kiko-Mitgliedern auf großes Interesse.

## 5. Aktionen und Besuche

### 5.1 Besuch einer Schule mit CO<sub>2</sub>-Ampel

Die Kinderkommission hatte sich bereits in ihrer 34. Sitzung am 21. Juni 2012 mit der Thematik CO<sub>2</sub>-Belastung im Unterricht beschäftigt und sich vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit berichten lassen. Insbesondere die Debatte über den Zusammenhang zwischen Luftqualität und Konzentrationsfähigkeit sowie die Wirksamkeit verschiedener Lüftungstechniken führte bei den Mitgliedern der Kinderkommission zu dem Wunsch, sich vor Ort ein eigenes Bild zu machen.



Bild: Die Kinder des Städtischen Willi-Graf-Gymnasiums demonstrieren der Kinderkommission die Wirkungsweise der CO<sub>2</sub>-Ampel

Am 17. Juni 2013 besuchten zwei Mitglieder der Kinderkommission, MdL Claudia Stamm und in Stellvertretung von Brigitte Meyer, MdL Julika Sandt, daher eine Schule der besonderen Art. Da eine ausreichende Frischluftzufuhr wichtig zum Lernen ist, verleiht das Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München sogenannte CO<sub>2</sub>-Ampeln. Die Schulen,

welche das Angebot wahrnehmen, messen in einer mehrwöchigen Anwendungsphase den CO<sub>2</sub>-Gehalt, um rechtzeitig bei einer mangelhaften Versorgung mit frischer Luft durch ausreichendes Lüften entgegensteuern zu können. Dadurch werden die Schüler für diese Thematik sensibilisiert. So auch das Städtische Willi-Graf-Gymnasium München.

Nach der Begrüßung durch die Schulleiterin Frau Gertrud Sauer-Dietl demonstrierten die Schülerinnen und Schüler gleich eine der Luftgüteampeln. Im „Versuchsraum“, einem mittelgroßen Klassenzimmer, in dem sich 15 Personen befanden, sprang die Ampel bereits nach 15 Minuten auf orange. Dies bedeute eine CO<sub>2</sub>-Konzentration zwischen 1.000 und 2.000 ppm, so Herr Franz Hammerl-Pfister vom Pädagogischen Institut des Bildungsreferates der Stadt München. Laut der Studie „Frische Luft an Bayerns Schulen“ des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, welche bereits im vergangenen Jahr Thema in der Kinderkommission war, ist bei einer solchen Konzentration schon mit einer Beeinträchtigung des Wohlbefindens und der Leistungsfähigkeit zu rechnen.

Der CO<sub>2</sub>-Spiegel steigt im Laufe einer Unterrichtsstunde automatisch durch das Ausatmen der anwesenden Schüler und Lehrer. Die im Unterrichtsraum angebrachte Ampel zeigt dabei den aktuellen Pegel an. Mit steigender Kohlendioxidkonzentration in der Raumluft nehmen Konzentrations- und Leistungsfähigkeit ab, Müdigkeit und Geruchswahrnehmungen steigen an, das Wohlbefinden wird vermindert. Sobald die Ampel eine zu hohe CO<sub>2</sub>-Konzentration anzeigt, ist Lüften angesagt: mit Stoß- oder Querlüften lässt sich dabei am effektivsten und energieschonenden ein Luftaustausch vornehmen. Ein positiver Nebeneffekt des Lüftens ist darüber hinaus, dass Gerüche, Feuchtigkeit, Feinstaub und andere in der Luft enthaltene Schadstoffe aus dem Klassenzimmer herausgelüftet werden. Die Abgeordneten waren überrascht, wie schnell ein zu hoher CO<sub>2</sub>-Spiegel erreicht ist, obwohl man gefühlt noch ausreichend frische Luft vermutet hätte. Das Angebot der Landeshauptstadt München kam bei den Kiko-Mitgliedern sehr gut an und jeder nahm für sich persönlich und die Arbeit im Landtag das Wissen mit, dass regelmäßiges Lüften sehr wichtig für konzentriertes Arbeiten ist.

### **5.2 Kinderparlament**

Am 5. Juli 2013 wird nun schon zum zweiten Mal im Bayerischen Landtag das Kinderparlament stattfinden. Erneut erhalten rund 175 Schüler aus allen 7 Regierungsbezirken die Möglichkeit, mit Abgeordneten über eine Vielzahl von Themen in einzelnen Arbeitsgruppen zu debattieren. Mitarbeiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P) sowie des Landtagsamtes bilden wieder fünf Arbeitsgruppen und machen dabei politische Querschnittsthemen aus dem Erfahrungsbereich der Kinder fassbar. So wird über Gerechtigkeit, Schule, Umwelt, Gesundheit und Miteinanderleben altersgemäß und anschaulich mit den Neun- bis Zehnjährigen diskutiert. Die Mitglieder der Kinderkommission, welche auch die einzelnen

Schulen ausgelost hatten, fungieren auch in diesem Jahr wieder als Paten der einzelnen Arbeitsgruppen, um die Ergebnisse in ihre politische Arbeit mitnehmen zu können.

### ***5.3 Münchner Kinder- und Jugendforum – eine Grundschulklasse erhält Einblick in die Arbeit der Kinderkommission***

Am 3. Mai 2013 fand in München das 57. Kinder- und Jugendforum statt, wozu auch die Kinderkommission als Diskussionspartner eingeladen worden war. Im Rahmen dieses Forums kommen Kinder der Stadt München mit Stadträten, Mitarbeitern der Stadtverwaltung und anderen Entscheidungsträgern ins Gespräch, um mit ihnen über aktuelle Probleme und darüber zu diskutieren, wie München kinderfreundlicher gestaltet werden kann. Einige Kinder äußerten im Forum den Wunsch, dass bereits in der Grundschule die Möglichkeit eingerichtet werden sollte, in die Berufswelt hinein zu schnuppern. Daraufhin wurde prompt die beantragende Schulklasse von der anwesenden Vorsitzenden der Kinderkommission eingeladen, noch in diesem Schuljahr den Abgeordneten für ein paar Stunden bei ihrer Arbeit im Landtag über die Schultern zu blicken und einen Vertreter des Kultusministeriums zu befragen, warum es in der Grundschule noch kein Schnupperpraktikum gebe. Dieser Besuch kann am 4. Juli 2013 realisiert werden.

### ***5.4 Kinderfriedensfest in Augsburg***

Am 8. August 2013 findet parallel zum alljährlichen Augsburger Hohen Friedensfest im Botanischen Garten Augsburg das Kinderfriedensfest statt. In Gemeinschaft mit dem Zoo, organisiert vom Amt für Kinder, Jugend und Familie werden beim Kinderfriedensfest Informationen, Aktionen, Attraktionen, Unterhaltung und Spiele für Kinder und Erwachsene geboten. Auch die Kinderkommission wird mit einem eigenen Stand vertreten sein und die Arbeit der Kiko vorstellen sowie den Kindern und auch ihren Eltern Fragen zu den verschiedensten Themen beantworten.